

16. Juli 1928

CARL SEVERING · AUSBLICK

DER Wahlsieg der Sozialdemokratischen Partei, der sich in der Eroberung von 153 Mandaten ausdrückt, gab ihr zunächst den unbestrittenen Auftrag zur Regierungsbildung. Die Vertretungskörperschaften der Partei erhoben darüber hinaus den Anspruch der Partei bei der Regierungsbildung und in der Regierung selbst die Führung einzuräumen. Auch dieser Anspruch ist durch die Regierungsbildung in gewissem Umfang erfüllt worden. Insofern wäre also schon durch die Besetzung einiger wichtiger Ämter in der Reichsregierung mit Sozialdemokraten ein großer äußerer Erfolg zu erkennen, und wenn es sich lediglich darum handelte mit der Besetzung eben dieser Ämter zu repräsentieren, dann dürfte die Sozialdemokratie zufrieden sein. Es ist jedoch selbstverständlich, daß eine Partei wie die Sozialdemokratie noch weniger als alle anderen sich damit zufrieden geben könnte einige Vertrauensmänner in wichtige Regierungsstellen zu entsenden. Die Wahlparole der Sozialdemokratie lautete, auf eine kurze Formel gebracht: Gegen den Rechtsblock, für den Fortschritt auf sozialem, politischem und kulturellem Gebiet, für Frieden nach außen und freiheitlichen Ausbau im Innern! Ob der Wahlerfolg vom 20. Mai 1928 darum auch ein dauernder politischer Erfolg für die Sozialdemokratische Partei und von Nutzen für das ganze deutsche Volk werden wird, hängt wesentlich davon ab, ob es der neuen Reichsregierung gelingt dieser Parole entsprechend ihre Politik zu führen. Diese Politik wird angesichts der Parteienzersplitterung im deutschen Volk und bei der Zusammensetzung der Reichsregierung selbstverständlich nicht spezifisch sozialistisch sein können, wie denn auch mehrere Gegenwartsforderungen der Sozialdemokratie, die im Wahlkampf besonders unterstrichen wurden, zum Teil von dieser, zum Teil von jener bürgerlichen Partei in deren Wahlprogramm mit übernommen sind. Aber von großem Vorteil wäre es schon, wenn die Unfruchtbarkeit der letzten Legislaturperiode des Reichstags, die nicht unwesentlich durch die ständigen Krisen herbeigeführt wurde, durch eine Zusammenfassung aller produktiven Kräfte in der Reichsregierung und im Reichstag selber überwunden werden könnte.

Die vorliegenden Anzeichen geben im Augenblick weder zu einem übertriebenen Optimismus noch zu besonderer Schwarzseherei Berechtigung. Das Band, das die Regierungsparteien umfaßt, ist noch sehr lose. In den Debat-

ten zur Regierungserklärung haben es alle Parteienvertreter für zweckmäßig und nützlich gehalten dieses lose Verhältnis zur Reichsregierung bewußt zu betonen. Vom Zentrum liegt überdies eine Erklärung vor, daß es durch die Entsendung nur eines Zentrumsministers deutlich zum Ausdruck bringen wollte, daß es sich von diesem Kabinett distanzieren. Die 2 Juliwochen Reichstagsarbeit standen sichtbar unter dem Zeichen der nachteiligen Seite dieser losen Bindung, haben aber im allgemeinen den Willen zur Zusammenarbeit nicht gestört. Die Zusammenarbeit im Kabinett, die schon viel reibungsloser war und sich in den nächsten Monaten zumeist auf die laufenden Verwaltungsarbeiten erstrecken wird, könnte Brücken für eine bessere und festere Bindung der Parteien im kommenden Parlamentswinter schlagen. Folgt die Volksvertretung dem Willen und dem Beispiel der Regierung, dann ist die festere parlamentarische Basis für eine ersprißliche Zusammenarbeit gegeben, und dann besteht die Aussicht in einer längern krisenfreien Zeit nützliche Arbeit zum Wohl des Volksganzen zu leisten.

Die Rechtspresse zwar gefällt sich heute bereits in allerlei Kassandrarufern und stellt für den Frühwinter den Zusammenbruch der Regierungskoalition in Aussicht. Bei diesen Prophezeiungen ist indes in der Hauptsache der Wunsch der Vater des Gedankens, und außerdem sind sie von dem Bestreben eingegeben Zersetzungserscheinungen im eigenen Lager mit falschen Bildern über das Gesicht anderer Parteien zu drapieren. Dem aufmerksamen Beobachter entgeht es eben nicht, daß der Wahlsieg der Sozialdemokratie in weiten Kreisen als eine Mahnung zur politischen und sozialen Gewissensforschung empfunden wird. Es soll in diesem Zusammenhang der Streit zwischen dem Abgeordneten Lambach (der übrigens durchaus nicht allein steht) und seiner Fraktion nicht erörtert werden, ein Streit, der bekanntlich darum entstanden ist, daß Lambach Raum auch für Republikaner in der Deutschnationalen Volkspartei fordert. Größere Bedeutung noch kommt dem Stimmungsumschwung zu, der auf dem Gebiet der Sozialpolitik bei einem großen Teil der Deutschnationalen wahrzunehmen ist. Es kann einstweilen dahingestellt bleiben, ob dieser Umschwung der politischen Not, das heißt taktischen Erwägungen, oder dem eigenen Trieb, also einer bessern Überzeugung, entspringt. Tatsächlich sind jedenfalls einige Rechtsblätter jetzt emsig bemüht der Öffentlichkeit klarzumachen, daß sie es ja doch immer gesagt hätten, man müsse für möglichst auskömmliche staatliche Versicherung aller Arbeiter sorgen, das Recht auf Arbeit stipulieren und durch diese positiven Mittel den innern Frieden herbeiführen. Sie haben es zwar durchaus nicht immer gesagt, und was hervorragende Wortführer ihrer Partei und die ihr nahestehenden wirtschaftlichen Organisationen noch in den letzten Jahren als sozialpolitische Forderungen aufstellten, das war ungefähr das Gegenteil dessen, was heute ein Teil der Deutschnationalen als selbstverständliche Verpflichtung des Staates bezeichnet. Bismarck hat zu Beginn der sozialpolitischen Debatten im Reichstag einmal erklärt, gäbe es keine Sozialdemokraten, und gäbe es in Deutschland keine Leute, die sich vor der Sozialdemokratie fürchteten, dann gäbe es auch keine Sozialreform. Der Erfolg der Sozialdemokratie vom 20. Mai dieses Jahres, der sich in der sozialpolitischen Umstellung weiter Rechtskreise so sinnfällig ausdrückt, ist wieder eine Bestätigung der Richtigkeit der Bismarckschen Auffassung.

Nähern sich also die Rechtskreise auf den Gebieten der Sozialpolitik den Auffassungen und Forderungen der Sozialdemokratie, so ist es schwer zu er-

gründen, wie die selben Kreise heute schon davon sprechen können, daß die Sozialdemokratie nicht imstande sein werde ihren Wahlsieg in der Politik des Reichs auszunützen. Gewiß wird sie, die ja doch nicht einmal über ein Drittel der Reichstagsmandate verfügt, die Welt nicht aus den Angeln heben können. Aber so stark hat sie der Wahlsieg am 20. Mai doch gemacht, daß sie auch von den anderen Parteien verlangen kann die Methoden politischer Vernunft und sozialer Gerechtigkeit zu Grundlagen der künftigen Regierungstätigkeit zu machen. In der Politik ist Umlernen und Hinzulernen, sofern es nicht mit Gesinnungslosigkeit identisch ist und sich auf die Erkenntnis realer Dinge stützt, keine Schande sondern eine hohe Tugend. Die Sozialdemokratische Partei hat eben auch aus ihrer eigenen Geschichte gelernt. Als sie vor 25 Jahren, am 16. Juni 1903, als die Dreimillionenpartei aus dem Wahlkampf hervorging, da hat sie es in der Tat nicht vermocht mit dieser numerischen Machterweiterung den ihr entsprechenden politischen Einfluß zu gewinnen. Als das Mindestergebnis des gewaltigen Wahlsiegs verlangte damals Eduard Bernstein hier in den Sozialistischen Monatsheften, die Partei müsse unter Beiseitelassung »formalistischer Überlieferungen« fordern, daß ihr ein Sitz im Präsidium des Reichstags eingeräumt werde. Diese "Vizepräsidentenfrage" entfesselte nun einen ungeheuren Sturm in der Partei, die sich eben damals vom Formalismus nicht loslösen konnte. Es kam zum Dresdener Parteitag. Was er bedeutete, kann man nachträglich feststellen. Dieser heute kaum noch zu verstehende Streit um eine so selbstverständliche Forderung bewirkte, daß die Partei, die große Siegerin im Wahlkampf, noch vor Eröffnung des Reichstags sich selbst fesselte, und daß sie dann nachher im Parlament gar nicht zur Entfaltung ihrer wirklichen Kräfte kommen konnte. Die Hoffnung mancher politischen Kreise in Deutschland, daß auch diesmal ein Richtungsstreit die sozialdemokratische Bereitschaft zur Aufbauarbeit beeinträchtigen oder verhindern würde, hat sich erfreulicherweise nicht erfüllt. Wer im letzten Monat Gelegenheit hatte die Beratungen und Beschlüsse der einzelnen Fraktionen aufmerksam zu verfolgen, wird zugestehen müssen, daß keine Partei so einig und geschlossen in allen Phasen der Regierungsbildung und der Regierungstätigkeit votierte wie die Sozialdemokratie. An ihr wird es nicht liegen, wenn im nächsten Winter die heute bestehenden Schwierigkeiten fort dauern, die Hindernisse, die sich einer schnellen Arbeit in den Weg stellen, weiter bestehen bleiben sollten. Sie ist fest entschlossen ihren Wahlsieg nicht als eine bloße Demonstration zu betrachten sondern als eine Aufforderung ihrer Wähler zu wirklichem Schaffen. Sollte sich der gleiche Wille auch bei allen anderen Parteien, die heute in der Regierung vertreten sind, durchsetzen, dann ist nicht einzusehen, warum sich einer durch diese politische Willensbildung gefestigten Regierung nicht eine lange Ära ruhiger Aufbauarbeit eröffnen sollte.

Mit besonderer Aufmerksamkeit sind diejenigen Stellen der Regierungserklärung in der Öffentlichkeit verfolgt worden, die sich auf die Förderung der Landwirtschaft durch Regierung und Gesetzgebung beziehen. Die Sozialdemokratische Partei hat mit nur geringem Erfolg gegen die Entstellungen angekämpft, die in den Kreisen der Landwirtschaft über sie verbreitet wurden. Die Durchführung des Regierungsprogramms, das auch die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister gefunden hat, wird überzeugender als alle Zeitungsartikel und Versammlungsreden den Nachweis führen, daß es auch der Sozialdemokratischen Partei, und gerade ihr, auf eine Produktionssteige-

rung in der Landwirtschaft und auf eine Verbesserung der materiellen Lage der landwirtschaftlichen Produzenten ankommt. Dabei wird die Regierung sich dessen durchaus bewußt bleiben, daß die fortschreitende Industrialisierung Deutschlands und die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft nicht nur einen aufnahmefähigen deutschen Markt erheischen sondern auch der Erhaltung und Gewinnung ausländischer Märkte bedürfen. Eine vernünftige Wirtschaftspolitik, die diesen Erfordernissen Rechnung trägt, ist heute bei der Beteiligung der Sozialdemokratie an den Regierungsgeschäften sicherer verbürgt als unter dem Zickzackkurs früherer Regierungsperioden. Die Fürsorge für Arbeitslose und Sozialversicherte ist als Präventivmaßnahme für Zeiten wirtschaftlicher Depression schon jetzt verbessert worden; ein erster Schritt, dem andere folgen werden. Die Reichsreform mit dem Endziel Deutschland in einen regionalisierten Einheitsstaat zu verwandeln, ohne die Nachteile eines schematischen Zentralismus, steht seit langem auf dem toten Punkt. Die Aufgabe der Regierung wird es sein diesen toten Punkt zu überwinden und die Reform weiterzubringen. Die Rationalisierung der gesamten Verwaltung unseres Staatswesens muß aus dem Stadium der Erwägungen endlich in das des praktischen Handelns geführt werden.

Niemand bildet sich ein, daß alle diese Aufgaben leicht zu lösen sein werden. Doch es steht hinter ihnen ein ehernes Muß. Unsere Reparationsverpflichtungen sind in den letzten Jahren um bedeutende Summen gestiegen. Aus Mitteln des Reichshaushalts werden im Jahr 1929, dem ersten "Normaljahr", 1540 Millionen Mark gezahlt werden müssen. Sollen die Kulturaufgaben des Reichs, der Länder und der Gemeinden nicht unerträglich leiden, soll die soziale Fürsorge nicht erdrosselt sondern erweitert werden, dann ist die Rationalisierung der Verwaltung eine absolute Notwendigkeit, die zu erfüllen sich niemand entziehen darf, dem es mit dem Aufbau Deutschlands Ernst ist. Gewiß treten die Ersparnisse erst im Beharrungszustand ein, einige vielleicht erst nach Ablauf vieler Jahre. Das beweist aber nur, daß die Reformen schon reichlich spät kommen, nicht aber, daß man auf sie verzichten kann. Ob jede Maßnahme im Wiederaufbau Deutschlands im ersten Augenblick populär erscheint oder sich sofort populär auswirken wird, darf füglich bezweifelt werden. Und doch wäre nichts verfehlter als die Regierungstätigkeit in jedem Augenblick auf die Gunst jeder politischen Partei oder jeder wirtschaftlichen Gruppe einstellen zu wollen. Nicht jede einzelne Tageseinnahme, nur der Jahresabschluß gibt einem wirtschaftlichen Unternehmen das echte, untrügliche Bild. Und auch in der Politik krönt erst ein günstiges Ende das Werk. Je fester die Regierungsparteien auf ihrem Sinn gemeinsamer Arbeit beharren, je weniger sie sich von Tagesstimmungen und den Konkurrenzmanövern der anderen beirren lassen, um so stärker wird sich die Führung der Regierung im Volk herausheben, und um so größer wird das Vertrauen des Volks zu ihr werden. Man soll sich darüber nicht täuschen, daß bei allem Stürmen und Drängen unsere heranwachsende Jugend, die von Parteitraditionen unbeschwert ist, sich ihr Urteil nicht nach den demagogischen Phrasen einer Partei sondern nach ihren positiven Leistungen bildet. Und bei künftigen Wahlen werden nur diejenigen auf Erfolg hoffen dürfen, die den Kurs fest gerade aus richten. Wer sich ständig in Krisen begibt, das heißt leichtfertig das breitere Fundament der Gemeinschaftsarbeit zerstört, kommt schließlich darin um.



ALWIN SAENGER · ERSTE JUSTIZREFORM ZUR ÜBERWINDUNG DER VERTRAUENSKRISE

VOR den Wahlen wurden hier die großen rechtlichen Aufgaben gezeichnet, die der Reichstag während seiner neuen Legislaturperiode im Kriminal-, Zivil- und Verfassungsrecht in Angriff nehmen muß, damit endlich wenigstens die einfachsten Grundforderungen der republikanischen Verfassung im Rechtsleben verwirklicht werden¹. Für unsere staatspolitische und kulturelle Zukunft ist es entscheidend, wie weit ein Gefühl der Staatsverbundenheit der arbeitenden Massen gegenüber Regierung und Staat vorhanden ist. Die Emanzipation der Arbeiterklasse ist geschichtliches Faktum. Eine Staatskunst, die den Namen verdient, wird das Problem unserer Zeit darin erkennen den Völkern Regierungen zu schaffen, an die das Proletariat glauben kann. Und in dieser politischen Glaubenssphäre steht das Recht.

In einem Jahr wird das neue Deutschland die 10. Wiederkehr des 11. August 1919 feiern. Es wäre für die Republik schlimm, wenn auch an diesem Feiertag die Gesetzgebung noch das starke soziale Defizit vergangener Jahre aufwiese, die Gleichstellung der Frau mit dem Mann noch nicht erreicht, den unehelichen Kindern 10 Jahre nach der Geburt des Kindes von Weimar noch nicht die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung wie den ehelichen Kindern (Artikel 121 der Reichsverfassung) gesichert wären. Hier muß sich ein ununterbrochenes, immer stärkeres Verlangen auch in der Öffentlichkeit zeigen. Gerade in diesen beiden sozialrechtlichen Fragen der Stellung von Frau und Kind in der Gesellschaft sehe ich ein Symbol für eine wirklich neue Zeit, die sich nicht mit papierernen Grundsätzen begnügen will. Diese Überzeugung erscheint mir um so richtiger, als die praktische Möglichkeit jenes Ziel endlich zu erreichen auch im Parlament gegeben ist. Parteipolitische Bindung und weltanschauliche Differenzen treten hier doch nicht so stark wie bei anderen Fragen in den Vordergrund. Die Forderungen für Frau und Kind seien der erste Appell, den wir an die Leitung des Reichsjustizministeriums in einem auch von Sozialdemokraten gebildeten Kabinett richten.

Die außerordentliche, den Staat gefährdende Stärke des Mißtrauens gegen die deutsche Justiz hat eine tiefgehende Ursache darin, daß der Kontrast zwischen der neuen republikanischen Zeit und der konservierten Gesinnung der Schicht, die in der Kaiserzeit herrschte, nirgendwo so greifbar ist wie im Rechtsleben der Gegenwart. Gewiß mußte das Verhalten der Reichswehr heftigsten Widerspruch erregen. Doch die stärkste moralische Schwächung der neuen Staatsgewalt kam durch die negative Stellungnahme der Justiz gegenüber der Republik. Denn hier handelte es sich um eine staatliche Einrichtung, der naturgemäß in der ersten und nachdrücklichen Sanktion des republikanischen Staatswesens eine Sonderstellung zukam. Daß die zunächst berufene Hüterin der neuen Ordnung, die Justiz, vielfach so schmächtig und treulos versagte, ist das besonders Bedeutungsvolle der auch heute noch andauernden Vertrauenskrise. Noch im Mai dieses Jahres stellte der Reichsgerichtspräsident fest, daß unser Volk ein »tiefes Mißtrauen gegen unsere Rechtspflege« äußere, und daß hieran »die Art dieser Rechtspflege sicherlich

1) Siehe Saenger Rechtsreformen im kommenden Reichstag, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 I Seite 387 und folgende.

nicht unschuldig^a sei². Die Rechtspflege hat in der Front der Republik im aktiven Handeln zu stehen. Es gilt die Justiz ihrer allerersten Pflicht zuzuführen, nämlich dem Geist und der Seele des Staates zu folgen und vorbehaltlos zu dienen. Wenn starker Wille und Einsicht nicht bald in der Reformierung unseres Rechtslebens erste Spuren ihres Wirkens zeigen, wird der Glaube in die Kraft unserer Republik noch weiter erschüttert werden.

Die allernächsten Aufgaben sind nun im folgenden zu sehen.

Eine personelle Veränderung in gewissen leitenden Stellen ist sofort notwendig. Nicht etwa, damit es den Anschein hat, als ob etwas geschähe, sondern damit etwas geschieht. Ohne diese Änderung geht es einfach nicht. Bei der nach meiner Überzeugung auf die Dauer unmöglichen Hypertrophie der parlamentarischen Aufgaben ist die Abwesenheit des Ministers aus seinem eigentlichen Aufgabenkreis so häufig, daß die loyale Korrektheit seines ministeriellen Stellvertreters nicht genügt, um die notwendige innere Kontinuität in der Leitung eines Ministeriums zu sichern. Der den Minister vertretende Staatssekretär muß den Willen des Ministers, muß diesen Staat wollen. Für die Justizverwaltung gilt dies in besonderem Maß, weil kein Ressort so viele Möglichkeiten der Konstruktionen bietet, und in der Juristenwelt mit einiger Klugheit alles als richtig bewiesen werden kann. Mit der persönlichen Tugend hat dies nichts zu tun. Aber das Staatssekretariat der Reichsjustizverwaltung ist sicher in der geistigen Ausübung des Amtes eine der am meisten politischen Amtsstellen. Ein Revirement ist hier eine sofortige Notwendigkeit, soll nicht alles beim alten bleiben. Sodann ist zur Bekämpfung der Landesverratsseuche die zuständige Reichsanwaltschaft unverzüglich darauf hinzuweisen, daß die Rechtsnormen über Landesverrat in der Strafverfolgung sinngemäß und nicht sinnwidrig anzuwenden sind. Gewisse Skurrilitäten in politischen Rechtsentscheidungen der letzten Jahre sind keine Weistümer sondern Irrtümer irrender Menschen.

Endlich ist eine personelle Frage in der Besetzung der Strafgerichte alsbald zu lösen. Dabei sind die beiden entscheidenden Gesichtspunkte, daß die in Artikel 102 der Reichsverfassung garantierte Unabhängigkeit der Richter nicht verletzt wird, und zum Strafrichteramt nur die wirklich geeigneten Personen berufen werden, die in der deutschen Richter- und Anwaltschaft in genügender Zahl vorhanden wären, wenn man sie suchen wollte. Diese brennende Frage der Auslese der deutschen Strafrichter kann und muß legislatorisch geregelt werden. Es bedarf weniger Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes. Im Grunde handelt es sich nur um eine logische Fortbildung einiger für die Geschäftsverteilung bei den Amtsgerichten schon lange vorhandener Bestimmungen. In dem Artikel 17 des bayrischen Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz sind beispielsweise Bestimmungen über die Verteilung der Geschäfte bei den Amtsgerichten enthalten. Die Geschäftsverteilung bei den mit mehreren Richtern besetzten Amtsgerichten geschieht durch den Amtsrichter, der die allgemeine Dienstaufsicht hat; das Präsidium des Landgerichts aber ist nach jener gesetzlichen Bestimmung befugt im Fall wahrgenommener Bedürfnisse Änderungen der vom Amtsrichter vorgenommenen Geschäftsverteilung anzuordnen, und das bayrische Staatsministerium der Justiz hat das gesetzliche Recht für die Verteilung der Geschäfte allgemeine Grundsätze zu erlassen und auch einzelne

2) Siehe *Simons* Justizreform, in der Juristischen Wochenschrift 1928 Seite 1265.

Anordnungen über die Geschäftsverteilung zu treffen. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß es sich sehr wohl mit der sogenannten Unabhängigkeit der Richter verträgt administrativ die besonders für das Kriminalrecht geeigneten Richter an die Strafgerichte zu bringen. Nach den heute für die Verteilung der Geschäfte bei den Landgerichten gegebenen Bestimmungen kommt der Justizverwaltung außer der Ernennung der Präsidenten und Direktoren des Landgerichts eine weitere Bestimmung über die Führung des Vorsitzes nicht zu. Die Verteilung des Vorsitzes in den einzelnen Kammern, also insbesondere auch der Strafkammern, erfolgt ausschließlich durch den Präsidenten und die einzelnen Direktoren des Landgerichts. Es ist kein einziger vernünftiger Grund ersichtlich, warum die Justizverwaltung, die in die Geschäftsverteilung der Amtsgerichte nach heutigem Recht hineinreden kann und einen Teil der landgerichtlichen Richter (Präsident und Direktoren) für bestimmte Aufgaben ernennt, nicht allgemein das Recht der Auswahl der einzelnen Richter für die Zivil- und Strafkammern erhalten soll. Hat sie doch auch nach geltendem Recht bei der ersten Einrichtung der Landgerichte und für das erste Geschäftsjahr das alleinige Recht die Geschäftsverteilung des Landgerichts und die einzelnen Mitglieder des Gerichts für bestimmte Aufgaben zu bestimmen. Ein Mißbrauch solchen Rechts der Justizverwaltung unterliegt der öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle. Die Autorität des Rechts und der Gedanke der richterlichen Unabhängigkeit leiden mehr Schaden, wenn unzulängliche Richter in der Strafjustiz verwandt werden, als wenn die Justizverwaltung das selbstverständliche Recht der Richterauslese erhält. Wir wollen hoffen, daß diese für das deutsche Rechtswesen so entscheidende Frage nicht wieder mit der leeren Ausrede, die Unabhängigkeit des Richterstands sei bedroht, zu den Akten gelegt wird. Daß bei der besprochenen Richterauswahl eine Zuziehung von Anwälten notwendig ist, deren Erfahrung und Gerechtigkeit widerspruchlos feststehen, sollte bei der Reichsjustizverwaltung eine Selbstverständlichkeit sein. Auch Eugen Schiffer erkennt durchaus an, »daß die Mitglieder der Anwaltschaft über die Eignung der Richter, mit denen sie zu tun haben, aus ihrer praktischen Erfahrung heraus ein besonders treffendes Urteil besitzen«³.

Die nächsten gesetzgeberischen Arbeiten einer kleinern und sofort in Angriff zu nehmenden Justizreform wären dann, wie ich schon jüngst hier im allgemeinen ausführte, die Revision der schreienden Mängel des Strafprozeßrechts. Die einer Notstimmung entstammende sogenannte Reform des ehemaligen Ministers Emminger ist in der Hauptsache zu beseitigen, das Revisions- und Wiederaufnahmerecht im Strafprozeß ist sofort einer Reform zu unterziehen, das Recht einen Richter wegen Befangenheit abzulehnen zu erweitern. Man muß es geradezu als unglaublich bezeichnen, daß nach dem geltenden Recht die Ablehnung eines Richters wegen Befangenheit nur bis zur Verlesung des Eröffnungsbeschlusses oder bis zu Beginn der Berichterstattung in einer Berufungsverhandlung zulässig ist, selbst wenn sich erst im Lauf der Verhandlung zwingende Gründe für diese Befangenheit zeigen.

Das sind nur wenige Hinweise. Eben darum lassen sich die aufgezeichneten Ziele im Lauf eines parlamentarischen Jahres erreichen. Vorbedingung ist, daß die Justizverwaltung mutig *führt*. Dann wird es möglich sein die Massen wieder mit einem ersten Glauben an die deutsche Justiz zu erfüllen.



3) Siehe Schiffer Die deutsche Justiz /Berlin 1928/ Seite 48.

LUDWIG QUESSEL · DAS AUSSENPOLITISCHE DEBÜT DER NEUEN DEUTSCHEN REGIERUNG



FREUNDLICHER und mit lauterm Beifall als in anderen Ländern ist das Kabinett Müller-Stresemann in England begrüßt worden. Nach den Erfahrungen, die London mit Hermann Müller als Außenminister des Kabinetts Bauer, vom 21. Juni 1919 bis zum 26. März 1920, und als Reichskanzler, vom 26. März 1920 bis zum 8. Juni 1920, machen konnte, glaubt die Downing Street Grund zu der Annahme zu haben, daß Stresemann auch in dem neuen Kabinett seine bisherige Politik, deren Kennzeichen es ist keinen Schritt in kontinentaleuropäischen Fragen zu machen, ohne vorher britische Zustimmung eingeholt zu haben, fortsetzen kann. Vielleicht hat die Erklärung, die das neue Kabinett am 3. Juli vor dem Reichstag abgab, solches Vertrauen noch verstärkt. Die Außerkraftsetzung der Bestimmungen des Versailler Vertrags über die Rhein- und Saarlandbesetzung, und zwar ohne deutsche Gegenleistung, ist von dem Teil der englischen Presse, der gegen eine deutsch-französische Annäherung arbeitet, schon oft verlangt worden. Auch die Forderung der allgemeinen Abrüstung im deutschen Regierungsprogramm wird London nicht erschreckt haben, weil man dort Deutschland nicht die Kühnheit zutraut sie auch auf die angelsächsischen Seerüstungen auszudehnen. Sehr zufrieden wird man in Washington, und wahrscheinlich auch in London, mit der vorbehaltlosen Zustimmung des Kabinetts Müller zu dem von den Vereinigten Staaten von Amerika vorgelegten Pakt zur Ächtung des Krieges gewesen sein, weil man dort glaubt, daß auch nach der Annahme eines solchen Pakts ein Protest der Wilhelmstraße gegen die angelsächsische Beschießung chinesischer Städte (Nanking) und die Verwandlung indolateinischer Republiken in besetztes Gebiet (Nicaragua) sicherlich nicht zu befürchten ist. Bedenken hätte vielleicht jener Satz der deutschen Regierungserklärung in London hervorrufen können, der von der »politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung Europas« spricht; da aber mit keiner Silbe das von England zu Fall gebrachte Genfer Protokoll erwähnt wird, dessen Inkraftsetzung die Konsolidierung Europas sehr schnell aus dem Gebiet des Wunsches in das der Wirklichkeit erhebe, so liegt auch hier kein Grund für England vor sich irgendwie über die Absichten Deutschlands zu beunruhigen.

Wesentlich zurückhaltender als in London war das Urteil über die neue deutsche Regierung in Paris. Am Quai d'Orsay, wo man alle Phasen der deutschen Regierungsbildung genau verfolgte, war man sich, als am 29. Juni plötzlich, nachdem am Tag vorher die Mission Müllers mißglückt schien, nun doch vom Reichspräsidenten ein Kabinett Müller ernannt wurde, sofort klar, daß die zustande gebrachte Kombination zunächst weder eine Regierung der Großen Koalition noch der Persönlichkeiten sei sondern eine Minderheitsregierung der entschiedenen Linken (Sozialdemokraten und Demokraten), die vom Zentrum, von der Deutschen und der Bayrischen Volkspartei toleriert wird, und zwar einstweilen nur bis zum Herbst, wo es sich entscheiden soll, wie diese Minderheitsregierung der Linken nun tatsächlich zu einer Mehrheitsregierung der Großen Koalition umgestaltet werden kann. Paris hat nicht übersehen, daß bei der Aussprache über die Regierungserklärung am 5. Juli das neue Kabinett nur das unbedingte Vertrauen der Sozialdemokraten und Demokraten ausgedrückt erhielt. In der Tat, 3 von

den 5 Parteien, die durch Minister in dem neuen Kabinett vertreten sind, sehen in ihm in seiner jetzigen Zusammensetzung lediglich eine Übergangserscheinung. Sie sprechen ihm in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung noch nicht das Vertrauen aus, finden sich vorläufig nur dazu bereit seine Erklärung zu billigen. Nicht unbeachtet ist im Ausland auch die wohl durchaus ernstgemeinte Erklärung des volksparteilichen Fraktionsführers Ernst Scholz geblieben, nach der die Deutschnationalen »ihrer ganzen politischen Struktur nach mindestens ebenso geeignet wären wie beispielsweise die Deutsche Volkspartei mit der Sozialdemokratischen Partei eine Koalition oder ein ähnliches Verhältnis einzugehen«. Scholz begründete dies, indem er betonte, daß »auf nationalem Gebiet« seine Fraktion den Deutschnationalen »nicht um ein Komma« nachstehe, und hinzufügte: »Auf wirtschaftlichem Gebiet stehen Sie [die Deutschnationalen] . . . sozialistischen Ideen eigentlich näher als wir.« Diese Erklärung des Abgeordneten Scholz ist vielfach als eine volksparteiliche Einladung an die Deutschnationalen angesehen worden ihren Eintritt in die neue Kombination für den Herbst taktisch vorzubereiten. Bei den Deutschnationalen ist diese Einladung allerdings schroff abgelehnt worden, weil hier einstweilen die Entwicklung zum republikanischen Konservatismus agrarischer Färbung, wie ihn Walther Lambach propagiert, noch auf zu starke Widerstände der monarchistischen Ideologie stößt.

Sehr eingehend sind die Phasen der deutschen Regierungsbildung in dem Organ des französischen Auswärtigen Amtes geschildert worden. Die 1. Phase, die den Zeitraum vom 13. bis 22. Juni umfaßte, war dem Aufbau der Großen Koalition gewidmet. Sie endete mit dem Ultimatum der Deutschen Volkspartei an die Sozialdemokratie 1. ihre Zustimmung zur sofortigen Inangriffnahme des Baus eines Panzerkreuzers zu geben, 2. die Erklärung des 11. August zum Nationalfeiertag fallen zu lassen, 3. die preußische Regierung gleichzeitig mit der Reichsregierung zu einer Großen Koalition umzubauen. Die Ablehnung des volksparteilichen Ultimatums führte dann zu dem Versuch ein Kabinett der Persönlichkeiten ohne fraktionelle Bindung zu bilden. Diese 2. Phase füllte den Zeitraum vom 23. bis zum 28. Juni aus. Auch sie endete mit einem Ultimatum. Am 28. Juni stellte das Zentrum die ultimative Forderung Joseph Wirth den Posten des Vizekanzlers einzuräumen. Nach Ablehnung dieses Verlangens, gegen das sich Hindenburg ausgesprochen hätte, sei dann in der 3. Phase als Notlösung ein Kabinett der Sozialdemokraten und Demokraten möglich gewesen, in dem zwar auch Vertreter des Zentrums, der Deutschen und der Bayrischen Volkspartei Platz nähmen, ohne daß sie aber über ein Plazet für beschränkte Zeit, nämlich vom Juli bis zum Oktober, hinausgingen, so daß das Kabinett Müller lediglich als Sommerkabinett, toleriert von 3 Parteien der Mitte, hätte ins Leben treten können. So die Auffassung des Temps. Der Quai d'Orsay vermag nun nicht einzusehen, wie die von der Mitte tolerierte Minderheitsregierung der Linken jene großen Verhandlungen in Angriff nehmen könne, auf die Stresemann in seinem Brief an Hermann Müller hingewiesen hat. Und in den anderen Hauptstädten Kontinentaleuropas wird die Lage im ganzen ebenso beurteilt.

Aus diesem Grund vermag in Paris, Warschau und Prag die höchst erfreuliche und auch dort erfreuende Erklärung des Kabinetts Müller, daß seine Außenpolitik ihre Ziele »in dem Willen zur friedlichen Verständigung und unter Verzicht auf den Gedanken der Revanche« verfolge, nicht ganz die Bedenken über den Inhalt des Wunschzettels zu zerstören, zu dem dieser

Verzicht auf Revanche die Präambel bildet. Müller und Stresemann wünschen die »Befreiung der noch besetzten Gebiete am Rhein und des Saarlandes«, aber nicht mehr im Geist der Unterredung von Thoiry, der deutsches Entgegenkommen in der Sicherheits- und Reparationsfrage voraussetzt, sondern in einer Formulierung, die die von Briand in Thoiry entwickelten Gedanken als einen Versuch abtut »den Sachverhalt durch das unberechtigte Hineinziehen anderer Probleme zu verwirren«. Die Abwendung des Kabinetts Müller-Stresemann von dem Gedanken von Thoiry, die man in Frankreich in dieser Wendung sieht, hat dort denn auch die Antwort bestimmt. Sieht man von der sozialistischen Presse ab, so geht die französische Meinung fast einhellig dahin, daß die Besetzung des Rheinlands nicht nur eine militärische Sicherung Frankreichs sondern auch ein finanziell höchst wertvolles Faustpfand darstelle. Bei entsprechenden deutschen Gegenleistungen in der Sicherheitsfrage, und zwar an der Weichsel, die die eigentliche Gefahrenzone des europäischen Friedens darstelle, sowie bei einem deutschen Entgegenkommen in der Reparationsfrage wäre man in Frankreich allerdings gern bereit in eine vorzeitige Räumung des Rhein- und Sargebiets zu willigen. Ohne deutsche Gegenleistungen käme eine solche aber nicht in Betracht.

Nicht weniger entschieden lehnt die französische Regierung es ab lediglich aus dem Grund, weil Deutschland in den Moratoriumsjahren seine Verpflichtungen erfüllt habe, nun an eine Endlösung der Reparationsfrage außerhalb des Problems der interalliierten Schulden heranzutreten. Es verdient bemerkt zu werden, daß selbst Ernst Scholz in seiner Reichstagsrede zur Regierungserklärung es bitter beklagte, daß das Kabinett Müller-Stresemann die untrennbare Verbundenheit der deutschen Reparationszahlungen, der Änderung des Dawesplans, mit der Regelung der interalliierten Schulden in seiner Regierungserklärung nicht zum Ausdruck gebracht und nicht einen einzigen Gedanken zur Lösung dieses Problems beigesteuert hätte. Scholz bezeichnete »die große Frage der Auseinandersetzung der Völker über die interalliierte Schuldenregelung im Zusammenhang mit den Tributleistungen Deutschlands« als »ein Problem so groß und gewaltig«, daß er »gewünscht hätte es im Vordergrund der Regierungserklärung behandelt zu sehen«. Richtig ist, daß die Höhe der deutschen Reparationssumme eben faktisch von den Zahlungsverpflichtungen Europas gegenüber Amerika abhängt, und daß es keinen Zweck hat diesen Zusammenhang übersehen zu wollen. Will Deutschland seine Reparationsschuld erleichtert sehen, so muß es die moralische Einheitsfront der kontinentaleuropäischen Völker gegen den Gläubiger Amerika, der auf seinem (moralisch anzuzweifelnden) Schein besteht, verstärken helfen.

Was den deutschen Anspruch auf Abrüstung des Kontinents als rechtliche Folgerung der deutschen Abrüstung anlangt, so ist folgendes zu beachten: Nach dem französischen Standpunkt, der von den meisten europäischen Staaten geteilt wird, bietet der Vertrag von Versailles diesem Verlangen keine rechtliche Stütze. Aber, von aller formalen Deduktion abgesehen, empfindet man es in Frankreich als wesentlich, daß die Wilhelmstraße ihre Entwaffnungsdoktrin bisher nur gegenüber den kontinentaleuropäischen Staaten, nicht aber gegenüber der gewaltigen Seerüstung der beiden angelsächsischen Reiche ernstlich zu vertreten wagte. Es ist zu wünschen, daß in dieser Haltung des Auswärtigen Amts unter dem Kabinett Müller-Stresemann eine Änderung eintritt. Sie wird dann vermutlich auch automatisch eine veränderte Stellung Frankreichs in diesem Punkt bewirken.

Die Ziele, die sich das neue Kabinett Müller gesetzt, sind gut, und manches kann auch erreicht werden. Notwendig dazu ist aber die Befreiung von jeder nationalistischen Starrheit, und zwar aus nationalen Gründen, weil eben das deutsche Volk sonst schlecht fährt. Das starre System muß so schnell wie möglich verabschiedet werden, und die neue Regierung zu der Einsicht gelangen, daß nur mit einem beweglichen System, das auch Entgegenkommen der Gegenseite gegenüber einschließt, außenpolitische Erfolge zu erzielen sind. Mit dem bloßen Verzicht auf den Gedanken der Revanche, so wertvoll er auch sein mag, läßt sich erfolgreiche Außenpolitik heute nicht mehr betreiben. Wohl aber kann dieser Verzicht, wenn er als Leitgedanke für die endgültige Gestaltung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich dient, den Boden für eine materielle und geistige Kooperation der beiden Nachbarvölker frei machen, die auf ihm das Gebäude des Vereinigten Europäischen Kontinents errichten. Keine Regierung wäre wohl zu solchem Werk mehr geeignet als eine, in der die entscheidende innere Aufbauarbeit von Sozialdemokraten, unter Zusammenfassung aller produktiven Kräfte, geleistet werden soll. Es ist aufs innigste zu wünschen, daß das neue deutsche Kabinett diese seine europäische Aufgabe in ihrer ganzen Tragweite, damit aber auch in ihren Mitteln, begreift und, von den Gegenkräften anderer Mächte sich unabhängig machend, durchführt.



ANNA SIEMSEN . DIE FRAUENWAHLEN



ON der Frauenliga für Frieden und Freiheit ist ein Wahlprotest eingereicht worden, weil in beträchtlichen Teilen Deutschlands Frauen und Männer getrennt gewählt haben. Sie sieht darin eine Durchbrechung des Wahlgeheimnisses und also eine Benachteiligung der Wählerinnen. Mir ist es nicht möglich, wie die Dinge zurzeit liegen, diesen Standpunkt einzunehmen, ich bedaure im Gegenteil, daß die Trennung der Wahl nach Geschlechtern nicht überall durchgeführt ist, daß wir also nicht zu einer ganz sauberen und umfassenden Feststellung kommen können. Dabei verstehe ich allerdings gut, weshalb eine Anzahl Frauen zu solcher Stellungnahme kommen kann. Im allgemeinen herrscht nämlich in Deutschland der Glaube vor, daß das Frauenwahlrecht sich reaktionär auswirke. Und dieser Glaube hat außerhalb Deutschlands die ohnehin vorhandenen Widerstände gegen die Einführung des Frauenstimmrechts gerade bei den sonst ihm günstig gestimmten sozialistischen und bürgerlich radikalen, namentlich antiklerikalen, Parteien verstärkt und innerhalb Deutschlands gewisse Strömungen auf Revision und Einschränkung des Frauenstimmrechts entstehen lassen. Es scheint mir aber nicht, daß wir klug tun in der gegebenen Situation die unbedingt notwendige individuelle Geheimhaltung der Wahl auf eine solch große Gruppe, wie es die Frauen sind, auszudehnen, vielmehr haben wir im gesellschaftlichen Interesse wie im Fraueninteresse allen Anlaß möglichst klar zu sehen, wie sich die eigentümliche Übergangstellung, in der sich die Frau befindet, politisch auswirkt, um dadurch der üblen Gewohnheit diese Dinge mit allgemeinen Redensarten zu verwischen und zu verfälschen entgegenzutreten.

Im ganzen sind diese Redensarten auf den Ton abgestimmt: Die Frauen sind konservativer, mehr überlieferungsgebunden, leichter kirchlich zu beeinflussen, radikalen Strömungen abgeneigt. Man sucht also in einer beson-

dem Frauenveranlagung die Erklärung dafür, daß die Frauen beispielsweise für das Zentrum oder die Deutschnationalen stimmen. Die Linkspresse kommt dann mit Vorliebe zu der melancholischen Betrachtung eines Thüringer sozialdemokratischen Blatts, das nach den letzten Landtagswahlen schrieb, es zeige sich, »daß die reaktionären Parteien ihre stärkste Stütze noch immer bei den Frauen haben, denen sie beharrlich das Wahlrecht verweigerten, als sie noch an der Macht waren«. Wie sah das Resultat, das zu diesem Vorwurf Anlaß gab, aus? Es hatten in Eisenach und Apolda Männer und Frauen getrennt gewählt, und zwar wie folgt:

Partei	Wahlstimmen (in %)			
	Eisenach		Apolda	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Sozialdemokratische Partei	54,0	51,9	40,0	40,1
Kommunistische Partei	16,7	16,7	15,0	9,2
Bürgerliche Einheitsliste	29,3	31,3	45,0	50,7

Ich muß schon sagen: Wenn so der stärkste Rückhalt der Reaktion aussieht, so ist es schlecht mit ihm bestellt. In Eisenach beträgt der Prozentsatz der bürgerlichen Frauenstimmen 2 %, in Apolda rund 4 % mehr als bei den Männern. Dieser kleine Unterschied ist zwanglos daraus zu erklären, daß in Apolda mit seiner Textilindustrie sehr viele Arbeiterinnen von außerhalb aus der Umgegend kommen, also für die Wahlen ausfallen, was bei den Männern in erheblich geringerem Maß der Fall ist, während in Eisenach überhaupt weit weniger Frauen in den Betrieben arbeiten und also der politischen Einwirkung der Betriebsarbeit entzogen sind. Es sind in Eisenach wie in Apolda die proletarischen Hausfrauen, die die Frauenwahlen bestimmen. Das etwas ungünstigere Bild Apoldas ergibt sich ohne weiteres aus dem sehr kleinbürgerlichen Charakter der dortigen Arbeiterschaft, die bei einer sehr zersplitterten Industrie mit kleinen Betrieben und einer starken Zwischenschicht von Zwischenmeistern und kleinsten Unternehmern und Verlegern ein lebhaftes Streben nach bürgerlicher Wohlhabigkeit und "Wohlständigkeit" entwickelt. »Wer es in Apolda zu einem Häuschen gebracht hat, beweist sich seinen bürgerlichen Aufstieg dadurch, daß er aus der Partei austritt«, behauptete ein Genosse. Solche Kleinstadtverhältnisse und -vorstellungen prägen sich natürlich am stärksten in der politischen Haltung der Hausfrauen aus. Ihnen heißt es nachgehen, wenn man ein wirkliches Verständnis für das oft sehr verwirrende Bild erhalten will, das die letzten Reichstagswahlen, soweit sie Frauenwahlen sind, bieten.

Leider sind die veröffentlichten Resultate bisher sehr unvollständig und teilweise so mangelhaft, daß sich gar nicht damit arbeiten läßt. So bringt die Rheinische Zeitung für Köln nur eine Berechnung, wie sich Zentrumsstimmen und Stimmen der Sozialdemokratie bei Männern und Frauen in den letzten 3 Reichstagswahlen verschoben haben. Das mag als Grundlage weiterer Parteiarbeit ganz interessant sein. Im übrigen läßt sich nichts damit anfangen. Und so werden wir für irgendwelche endgültigen Betrachtungen auf die Reichsstatistik warten müssen. Da diese aber sich so lange Zeit läßt, bis das unmittelbare politische Interesse anderen Dingen zugewandert ist, und da auch die bisher faßbaren Resultate schon recht aufschlußreich sind, so will ich wenigstens diese, soweit sie mir zugänglich sind, zusammenstellen und das, was sich daraus ergibt und zu recht wichtigen weiteren Studien Anlaß bietet, daraus zu folgern suchen.

Da die meisten Veröffentlichungen die vielen Splitterparteien zusammenrechnen oder ganz weglassen, muß ich ebenso verfahren. Alle Prozentzahlen haben daher nur eine annähernde Richtigkeit, die aber für unsere Zwecke ausreicht, da sich die kleinen Fehler unter einander korrigieren. An sich bilden die kleinen Parteien ohnehin nur ein Kuriositätsinteresse. Zufälligkeiten aller Art sprechen bei ihnen mit, so daß aus ihren Stimmen sich keinerlei allgemeine Schlüsse ziehen lassen. Im ganzen haben sie die Frauen um ein geringes stärker angezogen als die Männer, was der Tatsache entspricht, daß die Frauen erst eine kürzere und daher geringere politische Erfahrung besitzen und also eher durch persönliche Rücksichten oder ein schönes Schlagwort sich gewinnen lassen. Wenn aber beispielsweise in Leipzig auf die Splitterparteien 6,3 % der Männerstimmen gegen 7 % der Frauenstimmen fallen, so ist auch hier der Unterschied erfreulich gering. Ein paar tausend inflationsruinierte alte Frauen, die für die Aufwertler stimmten, lassen uns ihn bereits zur Genüge verstehen.

Beginnen wir mit Berlin. Ich gebe da die Prozente, die bei Frauen und Männern auf die einzelnen Parteien fallen. Da die absoluten Zahlen bei den Frauen höher sind, ergibt sich nur so eine vergleichbare Gruppierung. Doch seien auch die tatsächlich abgegebenen Stimmen daneben angeführt:

Partei	Wahlstimmen Groß Berlin			
	Männer absolut	in %	Frauen absolut	in %
Sozialdemokratische Partei	382 447	32,7	433 749	33,0
Deutschnationale Volkspartei	181 440	15,5	258 292	20,0
Zentrum	30 431	2,6	51 868	4,0
Kommunistische Partei	324 477	27,7	286 880	22,0
Deutsche Volkspartei	172 326	14,7	87 540	7,0
Demokratische Partei	90 243	7,7	100 277	8,0
Wirtschaftspartei	32 544	2,8	33 227	2,5
Nationalsozialisten, Völkisch-Nationaler Block	40 563	3,6	41 885	3,2

Man wird feststellen müssen, daß sich im ganzen die Resultate in erheblichem Maß gleichen. Um so interessanter sind die Punkte, bei denen ein stärkerer Unterschied hervortritt. Das ist der Fall bei Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei und Kommunisten.

An sich haben Deutschnationale und Volksparteiler zusammen Männer und Frauen ungefähr in gleichem Maß angezogen. Ihre Männerstimmen betragen rund 30 % der für die großen Parteien abgegebenen Stimmen, die Frauenstimmen rund 27 %. Beide Parteien sind Parteien von "Besitz und Bildung", ausgesprochene Bourgeoisparteien. Die Deutsche Volkspartei zählt freilich unter ihren Anhängern nicht nur die Unternehmer und leitenden Direktoren und Aktionäre sondern auch sehr weite Kreise der gehobenen Angestelltenschaft und des höhern Beamtentums. Unter diesen jedoch fehlen die Frauen. Es wird zwar unter den unteren Beamten- und Angestelltenschichten, wo Frauen häufig auftreten, unter den Post- und Telegraphenangestellten, den Telephonistinnen, Kontoristinnen und Verkäuferinnen eine große Anzahl geben, die bürgerlich, das heißt für sie "vornehm", wählt. Aber diese lesen bestimmt häufiger den Berliner Lokalanzeiger als die Deutsche Allgemeine Zeitung, und ihre politische Richtung wird durch einen Militärfilm oder Hünfelds Kaiserhuldigungen ebenso wirkungsvoll bestimmt wie durch die politische Überzeugung des Chefs. So erklärt sich die stärkere Anziehungs-

kraft der Deutschnationalen. Und durch den Einfluß der Kirche, der, wo er im protestantischen Berlin vorhanden ist, ziemlich restlos ihnen zugute kommt. Im ganzen dürfte aber dieser kirchliche Einfluß weniger auf das Heer der weiblichen Angestellten wirken als auf die ältere Generation, bei der Kindheitseindrücke und Schuleinflüsse nachwirken, wie sich bei den Elternbeiratswahlen in Berlin wieder gezeigt hat. Die Proletarierfrauen, die bei diesen für die christlich-unpolitische Liste gestimmt haben, werden teilweise auch die deutschnationalen Stimmen vermehrt haben. Ich glaube indes nicht, daß das in sehr hohem Maß der Fall ist. Die sozialdemokratischen Männerstimmen bleiben sogar hinter den Frauenstimmen zurück. Im ganzen hat offenbar die Arbeiterfrau in Berlin gestimmt wie ihr Gatte. Was an wirklichen Proletarierinnen in den 20 % der Deutschnationalen steckt, das dürfte neben Schreibmaschinistin, Verkäuferin und Hausangestellter durchweg die Klein- und Sozialrentnerin sein, die eigentlichem politischen Leben völlig entrückt, unter dem Einfluß der kirchlichen Wohlfahrtspflege und der Erinnerungen an die gute alte Zeit lebt. Frauen leben länger als Männer, und mit ihnen lebt auch die politische Überlieferung als eine Art sentimentaler Romantik. Das kommt in den 20 % deutschnationalen Frauenstimmen und dem Mißerfolg der Volkspartei bei den Berliner Frauen zum Ausdruck. Dieser hat indes zweifellos auch einen "gesellschaftlichen" Grund. In Berlin ist es nicht gesellschaftlich anrühlich Demokrat zu sein. Während in vielen Provinzstädten schon eine Verkäuferin sich herabzuwürdigen glaubt, wenn sie eine demokratische Versammlung besucht (es spielen hierbei oft sehr feine Unterscheidungen hinein; das Warenhaus ist demokratisch, das Spezialgeschäft volksparteilich oder deutschnational), kompromittiert man sich in Berlin damit nicht. Die Frauen haben dementsprechend sogar einen stärkern Prozentsatz an demokratischen Stimmen als die Männer.

Unerklärt bleibt, wenn sich so die Schichtung innerhalb des Bürgertums durchaus verstehen läßt, die innerhalb der sozialistischen Parteien. Hier bleibt der Prozentsatz der kommunistischen Frauenstimmen mit 22 % um beinahe ein Fünftel hinter den 27,7 % der Männer zurück. Nur dadurch wird überhaupt der Prozentsatz sozialistischer Frauenstimmen mit rund 55 % von den 60 % der Männer übertroffen. Man hat das mit der Abneigung der Frauen gegen den Radikalismus und die Gewalttätigkeit der extremen Parteien erklärt. In der Tat sind überall Völkische und Kommunisten von den Frauen schwach gewählt. Da man den Deutschnationalen übertriebene Mäßigung und Friedfertigkeit gerade in Berlin kaum vorwerfen kann, und da man auch anderwärts die Erfahrung macht, daß Frauen auch auf sehr extreme Wahldemagogie von bürgerlicher Seite bereitwillig eingehen, glaube ich nicht an diese Begründung. Ich sehe die Ursache vielmehr darin, daß die Kommunisten, ebenso wie die Völkischen, eine ausgesprochene Jugend-, besser noch: "Jungens"partei, bilden. Das politische Interesse erwacht beim Mädchen später als beim Jungen. Noch bis in die zwanziger Jahre hinein ist auch das Proletariermädchen weit stärker von seinen persönlichen Angelegenheiten in Anspruch genommen. Völkische und kommunistische Jugendverbände mit ihrem stark militaristischen Aufbau bieten den Mädchen keinen rechten Boden. Diese bleiben unorganisiert oder gehen in mildere und vergnüglichere Veranstaltungen. Auch die kommunistische Betriebsagitation erfaßt die Frauen nicht sehr, da sie ihre Zentren vorwiegend in Männerindustrien hat. Der Strom des kommunistischen Einflusses erreicht

die Frau also nicht. In Berlin sind vergleichsweise noch viele Frauen von der Kommunistischen Partei ergriffen. In kleineren Orten mit schwacher Bewegung gehen die Frauenstimmen noch bedeutend mehr, auf die Hälfte der Männerstimmen und weniger, zurück. Ein deutliches Zeichen, daß hier keine psychische sondern eine gesellschaftliche Ursache vorliegt.

Stellen wir neben Berlin 2 große Industriestädte mit protestantischer Bevölkerung und sozialistischen Mehrheiten, so sieht das Resultat so aus:

Partei	Wahlstimmen							
	Leipzig				Magdeburg			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
ab-	in	ab-	in	ab-	in	ab-	in	
solut	o/o	solut	o/o	solut	o/o	solut	o/o	
Sozialdemokratische Partei	72 469	37,6	81 328	38,0	38 930	41,5	42 229	40,6
Deutschnationale Volkspartei	12 374	6,4	17 836	8,3	7 199	8,5	10 166	11,0
Zentrum	1 277	0,7	1 801	0,8	1 908	2,3	1 968	2,1
Kommunistische Partei	70 088	19,7	31 833	14,9	10 430	12,4	8 334	9,0
Deutsche Volkspartei	29 896	15,0	37 618	17,5	12 017	14,3	15 006	16,1
Demokratische Partei	12 978	6,7	14 375	6,7	7 218	8,6	7 583	8,2
Wirtschaftspartei	8 747	4,5	10 216	4,7	3 849	4,6	4 145	4,5
Völkische	5 699	3,0	4 989	2,3	2 595	3,0	2 114	2,4
Splitter	11 659	6,3	15 397	7,0	—	—	—	—

Das Bild ist hier im wesentlichen das selbe. Die Frauenstimmen, die der Deutschen Volkspartei zufallen, gehen den Deutschnationalen verloren. Das erklärt sich aus dem geringern Einschlag der Beamtenschaft in beiden Städten und der stärkern Rechtsrichtung der Deutschen Volkspartei in der Provinz. Beides stärkt ihre gesellschaftliche Bedeutung, und diese zieht diejenige Frauenkategorie an, die in Berlin aus gesellschaftlichen Aspirationen heraus deutschnational wählt. Entsprechend ist auch die Anziehungskraft der Demokraten auf die Frauen geringer. Mit sinkendem Einfluß der Kommunisten sinken die Frauenstimmen stärker. Das Verhältnis der Männer- zu den Frauenstimmen ist in Leipzig und Magdeburg 4 : 3, in Berlin 5 : 4.

Wir hatten bisher norddeutsche Industriestädte. Nehmen wir zum Vergleich eine Reihe süddeutscher Städte, die nach ihrer Größe ein recht verschiedenes gesellschaftliches Bild geben:

Partei	Wahlstimmen											
	Stuttgart (342 000 Einwohner)				Darmstadt (90 000 Einwohner)				Heilbronn (45 000 Einwohner)			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen		Männer		Frauen	
ab-	in	ab-	in	ab-	in	ab-	in	ab-	in	ab-	in	
solut	%	solut	%	solut	%	solut	%	solut	%	solut	%	
Sozialdemokratische Partei	30 103	43,0	27 002	37,2	7 952	37,0	7 450	33,0	6 047	54,0	5 695	48,5
Deutschnationale Volkspartei	7 438	10,3	11 084	15,3	1 738	8,0	2 147	9,5	743	6,3	1 060	9,1
Zentrum	5 403	7,5	8 985	12,4	1 225	5,7	1 921	8,5	624	5,6	986	9,0
Kommunistische Partei	16 082	22,3	11 226	15,4	1 362	6,0	867	3,7	576	5,0	354	3,0
Deutsche Volkspartei	7 386	10,2	8 832	12,2	6 146	28,0	7 551	33,4	670	6,0	798	6,6
Demokratische Partei	2 229	3,0	2 544	3,5	1 851	8,0	1 915	8,5	2 229	20,0	2 544	21,4
Wirtschaftspartei	934	1,3	921	1,3	160	0,7	174	0,7	92	0,8	70	0,6
Völkische	2 492	3,4	1 882	2,6	908	4,0	598	2,6	255	2,0	175	1,5

Was Städte dieser Art im Vergleich interessant macht, ist die jeweilige gesellschaftliche Atmosphäre, das Überwiegen einer bestimmten Anschauung unter den oberen Zehntausend. Im Stuttgart des Ministeriums Bazille ist das der Nationalismus, im Darmstadt des liberalsten deutschen ci-devant Großherzogs der Liberalismus volksparteilicher Färbung, in Heilbronn,

Naumanns ehemaliger Domäne, die Demokratie. Und nun vergleiche man, wie immer die Frauenstimmen sich noch mehr nach dem Lokalkolorit färben, wie die Modepartei von ihnen bevorzugt wird. In Stuttgart haben wir 15,3 % deutschnationale Frauen- gegen 10,3 % Männerstimmen; in Darmstadt 33,4 % volksparteiliche gegen 28 % der Männer; in Heilbronn endlich 21,7 % demokratische gegen 20 % der Männer.

Ich möchte vor dem Fehler warnen daraus nun zu schließen: Also zeigt sich hier wieder einmal die stärkere Beeinflussbarkeit der Frau, ihre geringere Widerstandskraft gegen Agitation, ihr Mangel an Urteilsfähigkeit. So liegen die Dinge nicht. Vielmehr ist die Frau heute noch in weit geringerem Maß als der Mann direktem politischen Einfluß ausgesetzt. Das gilt ohne weiteres für die Hausfrau. Aber auch die Frau in Bureau und Geschäft und Betrieb teilt ihre Zeit fast ausschließlich zwischen Arbeitsstelle und Haushalt. Wenige halten sich selbst eine Zeitung, weniger noch besuchen Versammlungen, kaum eine das Wirtshaus. Die Politik erreicht sie auf dem Weg durch die Familie, die Arbeitskollegin, die Unterhaltung im Laden, auf der Straße, bei Besuchen und Ausflügen, das heißt weniger als politisches Argument denn als politische Stimmung. Dieser Stimmung unterliegt sie. Und deshalb geben die Stimmen der Frauen mit ihren überraschenden Schwankungen ein besseres Bild der politischen Lokalatmosphäre als die der Männer. Wo bereits eine Stadt "rot" geworden ist, da erreichen die sozialistischen Frauenstimmen die der Männer oder gehen über sie hinaus. Man vergleiche Berlin, Leipzig, Magdeburg. Man erinnere sich auch an die glänzenden Resultate der Frauenstimmen in den Arbeitervierteln Wiens. Wo dagegen die Atmosphäre noch vorwiegend bürgerlich ist, da folgen die Frauen der gesellschaftlich führenden und bestimmenden bürgerlichen Partei.

So und nicht anders ist auch die Tatsache zu werten, daß die Frauen die besten und bis heute sichersten Zentrumswähler sind. Man hat das durchgehends auf das starke religiöse Bedürfnis der Frau geschoben und beinahe wie mit einer Naturerscheinung damit gerechnet. Jetzt zeigt sich im industriellen Westen, daß nicht nur die Männer sondern auch die Frauen das kirchliche Lager verlassen. Und zwar sinkt der Einfluß der Kirche auf die Frauen in geometrischem Verhältnis zur Zahl der sozialistischen Stimmen. Ich möchte das an 3 süddeutschen katholischen Bezirken zeigen: dem ganz katholischen Konstanz, in dem die Sozialdemokratie es noch nicht auf ein Fünftel der Stimmen bringen konnte, dem Mainzer Bezirk Alzey, wo sie fast auf ein Drittel kam, und Ulm, wo die Männerstimmen bereits dies Drittel überschreiten. Der Einfluß des Zentrums erhellt aus folgendem:

Partei	Wahlstimmen											
	Konstanz				Alzey				Ulm			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	ab-	in	ab-	in	ab-	in	ab-	in	ab-	in	ab-	in
	solut	%	solut	%	solut	%	solut	%	solut	%	solut	%
Sozialdemokratische Partei	1387	23,0	969	14,8	2374	33,0	1591	27,4	4310	35,6	3312	26,3
Deutschnationale Volkspartei	529	8,8	567	8,7	210	3,0	223	4,0	1940	15,8	2737	21,3
Zentrum	1534	25,6	2892	44,5	1590	22,0	1843	32,0	2088	17,2	3275	23,2
Kommunistische Partei	791	13,2	409	6,3	277	3,8	110	2,0	335	2,7	166	1,3
Deutsche Volkspartei	553	9,2	526	8,0	807	11,2	680	12,0	1596	13,0	1717	13,3
Demokratische Partei	791	13,1	734	11,3	1329	18,5	1009	17,4	1294	10,7	1254	9,9
Wirtschaftspartei	444	7,4	393	6,0	—	—	—	—	109	0,9	110	0,9
Völkische	—	—	—	—	250	3,3	154	2,6	455	3,7	334	2,6

Während also in Konstanz die sozialistisch gesinnten Arbeiter ihre Frauen

nur zu einem Bruchteil sich nachziehen (Männer- und Frauenstimmen in den beiden Arbeiterparteien verhalten sich wie 3 : 2), das Zentrum beinahe 45 % aller Frauenstimmen erhält, betragen in Alzey die weiblichen Zentrumsstimmen nur noch 10 %, in Ulm gar nur noch 6 % mehr als die Männerstimmen, und entsprechend nähern sich die sozialistischen Frauenstimmen dem Bestand der Männer. Man wird wohl kaum behaupten, daß die Frauen in Konstanz so sehr viel religiöser veranlagt seien als in den anderen Städten. Vielmehr wirkt hier die Umgebung, sie bestimmt die Frauen gefühlsmäßig und läßt sie ihre politische Entscheidung fast triebmäßig fällen.

Es wird nach den Stichproben, die ich geben konnte, ganz unmöglich sein die Frauenwahlen in Bäusch und Bogen zu beurteilen und von einer Art Gesamteinstellung oder Gesamttendenz der Wählerinnen zu sprechen. Vielmehr brauchen wir gerade hier sorgfältige Einzeluntersuchungen, die aus den örtlichen Verhältnissen, aus der kulturellen und wirtschaftlichen Atmosphäre und der speziellen gesellschaftlichen Schichtung die oft so auffallend wechselnden Erscheinungen erklären. Das eine scheint sich mir jedenfalls aus dem bisher Gesehenen deutlich zu ergeben: daß die politische Entwicklung der Frau weit weniger durch unsere für den Mann zugeschnittene und für diesen ausreichende Propaganda in der politischen Versammlung, im Betrieb und durch die Presse erfolgen kann, sondern daß sie durch kulturelle und Erziehungsorganisationen erfolgen muß, durch die Aktivierung der Frau im täglichen Leben, durch Einwirkung auf ihre Haushaltsführung, ihr Wohnen, ihr Festfeiern, durch alles das, was wir als sozialistische Kulturarbeit zu umschreiben suchen. Wir sehen nämlich, daß der sozialistische Gedanke auf die Frauen wirkt, und ebenso sehr wie auf die Männer, wo er ihnen durch eine starke Bewegung als Erscheinung des wirklichen Lebens entgegentritt. Wo er nur politische Dogmatik und agitatorische Rede bleibt, wie in der Kommunistischen Partei, da entziehen sie sich seiner Einwirkung.

ADOLF SCHEER · MENSCHEN GEHEN



MENSCHEN gehen immer in der Nacht,
Keine Stunde gibt's, da niemand wacht.
Immer ruft die nimmermüde Zeit
Ihren Glockengruß in alle Ewigkeit.

Tag und Nacht tragen ein fremd Gesicht.
Oft kennst du dein eignes Wesen nicht,
Schleier hüllen deine Seele ein,
Und das Ja entwertet sich zum Nein.

In dem Tageskampf wird Gott uns fremd,
Man verrät ihn für ein leinen Hemd.
Wem der Hunger im Gedärme bellt,
Flucht auf die verdammte Welt.

Menschen gehn und schaffen Tag und Nacht,
Glockenruf durch alle Stunden wacht,
Immer gibt es Licht und Dunkelheit,
Sehnsucht immer nach Unendlichkeit.

MAX SCHIPPEL · DAS WESEN DER KOLONIE UND DER KOLONIALEN WIRTSCHAFT

I

DIE Klage ist alt, daß die wissenschaftliche Betrachtung der kolonialen Entwicklung von ganz verschiedenen Grundauffassungen ausgehe und deshalb bereits in der Abgrenzung ihres Arbeitsfelds, ihres Forschungs- und Darstellungsgebiets zu schreienden unversöhnlichen Widersprüchen, zum mindesten zu recht bedauerlichen Unklarheiten führe. Wie gewöhnlich, macht sich auch in diesem Fall die eigenartige Betrachtungsweise und Interessiertheit jeder der hier in Frage kommenden Einzelwissenschaften geltend: also vor allem der Kultur- und Wirtschaftsgeographie, der Volkswirtschaftslehre, des Staats- und Völkerrechts, der Soziologie im allgemeinen. In ganz außergewöhnlichem Maß bleiben jedoch darüber hinaus die oft recht krassen Unstimmigkeiten auf einem und dem selben engern Fachgebiet, so daß Ernst Hasse, als Bearbeiter der kolonialen Fragen für die ersten Auflagen des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften, jedesmal einleitend bemerken mußte: »Über das Wesen der Kolonisation und über die Klassifikation der kolonialen Erscheinungen ist in Wissenschaft und Praxis durchaus noch keine Übereinstimmung erzielt worden.« Ähnlich fiel im Hatschek-Struppschen Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie, also mehr vom juristischen Standpunkt aus, erst jüngst wieder das Urteil: der Begriff Kolonie sei »sehr streitig«. Allerdings mit dem für den Vertreter des Staats- und Völkerrechts einigermaßen tröstenden Zusatz »besonders unter den Nationalökonomern«. Doch darf vielleicht der Nationalökonom abwehrend darauf hinweisen, daß beispielsweise ein verdienstvoller Kenner des deutschen Kolonialrechts kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges nach längerem Nachdenken (er hatte früher eine andere Auffassung verfochten) zu der Feststellung gelangte: deutsche Schutzgebiete wie Kamerun, das innere Ostafrika seien überhaupt keine Kolonie. Andererseits steht es für Anschütz außer allem Zweifel:

»Die Schutzgebiete des Deutschen Reichs sind genau das, was man sonst herkömmlicherweise unter Kolonien zu verstehen pflegt: Länder niederer Zivilisation, welche sich in einem Abhängigkeitsverhältnis befinden, kraft dessen sie dazu bestimmt sind den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Staates, von dem sie abhängig sind, dienstbar zu sein.«

Behauptete der ersterwähnte Gelehrte, die deutschen Schutzgebiete fielen mehr in das Gebiet der »Protektorate«, in diesem Sinn seien sie »geschützte Gemeinwesen«, so fährt Anschütz nach dem oben Angeführten unerbittlich fort:

»Die deutschen Schutzgebiete sind weder Staaten noch staatsähnliche Gemeinwesen noch überhaupt Gemeinwesen, vielmehr lediglich Objekte der Reichsherrschaft und zwar Gebiete, in denen außer dem Reiche niemand herrscht, die dem Reiche en toute souveraineté et propriété, wie der ältere diplomatische Sprachgebrauch sich ausdrücken würde, gehören.«

Nicht viel anders ist die Sachlage im Ausland. In Frankreich betont Joseph Chailley die Schwierigkeiten für Kolonien aller Arten und Entstehungsweisen eine genügend eindeutige und umfassende Begriffsbestimmung aufzustellen; jedes neue koloniale Gebilde drohe die gewählte Definition nach dieser und jener Seite hinfällig zu machen (*rendre dès lors cette définition inexacte par quelque côté*). Nicht minder findet A. Caldecott, in Palgraves Dictionary of Political Economy, die übliche englische Begriffsverwendung »dehnbar und sehr von tatsächlichen Zufälligkeiten beherrscht«.

Gerade in *England* hat dies zu einem viel begangenen Ausweg aus der Verlegenheit geführt, der sich besonders bei allen der britischen vielseitigen und erfahrungsreichen Verwaltungspraxis nahestehenden Kolonialschriftstellern einer großen Beliebtheit erfreut. Scheint eine eigentliche wissenschaftliche Abgrenzung und Unterscheidung in streng logischem Aufbau und Ausbau zunächst schier aussichtslos, so kann man zur Not darauf vertrauen, daß (durch eine gewisse natürliche Auslese, die oft zweckmäßiger ausscheidet und verbindet als alle apriorische Systematisierung) im Lauf der Jahrzehnte und Menschenalter alle kolonial bedeutungsvollen Vorgänge sich an der einen überragenden Verwaltungsstelle zusammengefunden, um die eine Verwaltungsstelle herumgruppiert haben, deren einzige und hervorragendste Aufgabe seit jeher die sachverständige Bearbeitung und Lösung aller wechselnden, auftauchenden und wieder verschwindenden oder ständig bleibenden kolonialen Probleme war. Kolonien sind die dem Kolonialministerium, dem Colonial Office, unterstellten auswärtigen (in England stets: überseeischen) Gebiete. Kolonialpolitik und Kolonialwissenschaft ist die aus solcher Verwaltungssphäre emporsprießende überlegte Lenkung und Leitung der Dinge und menschlichen Beziehungen, ist der hieraus zu gewinnende, die bloße Verwaltungsroutine überwindende, tiefergerichtete Einblick in große eigenartige menschheitliche Entwicklungen.

Solche Auswege führen gewiß nicht auf den letzten Höhen der Wissenschaft hin; sie sind Provisorien in Erwartung einer befriedigenden Verständigung. Doch soll man sie nicht unterschätzen, denn in den Staatswissenschaften greifen wir gar nicht selten zu ähnlichen Notbehelfen. Es glückt uns nicht Übereinstimmung über die Abgrenzung der Sozialpolitik in ihrem Verhältnis zur politischen Ökonomie oder des Arbeitsrechts als Rechtsdisziplin zu erreichen, und wir zählen katalogartig die von der Gesetzgebung bisher aus guten Gründen in Angriff genommenen Sonderrechtsschöpfungen für die Arbeitnehmer bestimmter Arten auf. Oder: Was ein Angestellter ist, ist keineswegs leicht zu sagen; deshalb begnügen wir uns listenartig zu verzeichnen, was, sei es für die Zwangsversicherung, sei es für die Betriebsrätemitwirkung, »als Angestellter zu gelten« hat; auf diese Liste wird, mangels eines Bessern, in Gesetzen und Verordnungen immer von neuem hingewiesen. Warum sollte also die Liste des Regierungs- und Aufgabenkreises des Colonial Office nicht eine immerhin hinlängliche Unterlage für allgemeinere kolonialwissenschaftliche Betrachtungen darbieten, etwa wie die alten Kameralisten die Funktionen des aufkeimenden territorialstaatlichen Absolutismus und Bürokratismus umschrieben und zergliederten und dadurch unbestreitbar mancherlei volkswirtschaftliche und staatswissenschaftliche Erkenntnisse förderten?

Natürlich haben die hierhergehörigen englischen Kolonialtheoretiker und -praktiker ihre wissenschaftliche Hilflosigkeit, ihre Abhängigkeit von Äußerlichkeiten nur zögernd offen eingestanden. Aber durch die verschiedensten Verschleierungen, zu denen man griff, blickt die notgedrungene Selbstbescheidung immer wieder durch, und bei Sir George Cornewall Lewis, dem Verfasser eines der einschneidendsten kolonialwissenschaftlichen Werke der ideenreichen Wakefield-Merivale-Periode, wird es ohne Umschweife herausgesagt: »Nach dem Sprachgebrauch nennt man Kolonie jedes untergeordnete Gebiet (every dependency), das dem Staatssekretär des Kolonialamts zugewiesen ist ... Montgomery Martin zieht in seine Statistik der Kolonien des Britischen Reichs /1839/ auch die Herrschaftsgebiete der East India Company hinein [das heißt demnach unter den damaligen Umständen: Indien überhaupt] ... Ich bin der Meinung, daß

nach dem herrschenden Sprachgebrauch . . . die Territorien der East India Company nicht als englische Kolonien bezeichnet werden dürfen, da sie nicht der Oberleitung (superintendence) des Staatssekretärs des Kolonialamts unterstehen.«

Molesworth, dem gleichen Kreis von Kolonialreformern und Kolonialpolitikern angehörig, eröffnete 1848 gleichfalls seine berühmte Kolonialreformrede im Haus der Gemeinen mit den Worten:

»Wenn ich von Kolonien spreche, so sollen darin nicht die von der East India Company regierten Gebiete eingeschlossen sein. Meine Bemerkungen beschränken sich vielmehr auf jene ausländischen Besitzungen der Krone, die der Kompetenz des Colonial Office unterliegen.«

Damit stehen wir jedoch schon vor dem ersten, wahrlich nicht geringen Stein des Anstoßes. Indien unterstand niemals dem Kolonialamt, nicht zur Zeit der großen Freibriefgesellschaft und ebenso später nicht, als unter dem niederschmetternden Eindruck des großen Aufstands ein eigener Kabinettsminister für die indischen Angelegenheiten (Secretary of State for India) eingesetzt wurde. War Britisch Indien niemals Kolonie? Nach der ministeriellen Verwaltungsarbeitsteilung sicherlich niemals. Ebensowenig nach dem staatsrechtlichen Interpretationsgesetz von 1889, das einer Reihe von widersprechenden schwankenden Bezeichnungen in der Gesetzgebung Englands die Spitze abbrechen sollte, und das klipp und klar bestimmte, der Ausdruck Kolonie gelte »für jeden Teil von Ihrer Majestät Besitzungen, ausgenommen die Britischen Inseln und Britisch Indien«. Der englische Sprachgebrauch hat sich daran gleichfalls gewöhnt, obwohl es den Nichtengländer noch immer verblüffen mag, daß in einem der verbreitetsten und anerkanntesten Geschichtswerke über die britische Kolonialpolitik, nämlich bei dem kürzlich verstorbenen Egerton, Indiens sensationelle und lehrreiche Schicksale ganz beiseite gelassen sind. Nur in der Einleitung wird es hier als Sonderbarkeit gestreift, daß eine allzu allgemeine Begriffsbestimmung der Kolonialpolitik »sogar Indien einschließe, was offenbar für unsere Zwecke unzulässig ist . . ., wir würden sagen, eine Kolonie ist eine vom Kolonialministerium verwaltete dependency«: wobei für Egerton so seltsame Abweichungen von der amtlichen Norm wie die Zuweisung Ceylons an ein anderes Department als Indien »nur aus der Geschichte, nicht aus der Logik« erklärlich bleiben.

Solcher auf geschichtlichem Zufall beruhenden Abweichungen von aller wissenschaftlichen Logik finden sich jedoch in der englischen Praxis und Literatur so viele, und sie zeigen einen solchen kunterbunt regellosen Wechsel, daß schon deshalb diese ganze, anscheinend so bequeme Unterscheidung nach der Amtszuständigkeit meines Erachtens hilflos in sich zusammensinken muß. Um zunächst einmal gleich bei Ceylon zu bleiben, so wurde es, als Beute im Krieg mit Napoléon und Holland, 1796 der Präsidentschaft Madras angegliedert, 1802 wiederum von Indien getrennt und zur Kronkolonie umgewandelt. Geographisch ist Ceylon ein Anhängsel Indiens, etwa wie Sizilien ein Anhängsel Italiens; geschichtlich teilte es fast immer die Schicksale Indiens; seine wirtschaftliche, kolonialwirtschaftliche Struktur stellt es als durchaus gleichgeartet neben weite Teile Indiens: nur im Schematismus der britischen Reichsverwaltung wies man ihm eine gegenteilige Stellung zu. Kann dies für die wissenschaftliche, vor allem für die kultur- und wirtschaftswissenschaftliche Gruppierung entscheidend sein?

Wo fände diese Willkür der Gruppierung eine Grenze? »Ceylon«, lesen wir 1894 bei Caldecott, »wird zu den Kolonien gerechnet, aber Burma nicht [das hinterindische Burma bildet eine der 15 indischen Administrationen], weil

sie von verschiedenen heimischen Staatsämtern (departments) aus geleitet werden«. Die Maldiveninseln sind eine dependency von Ceylon, die Laccadiven gehören verwaltungsrechtlich zu Indien. Auf der Malaienhalbinsel blieben die Straits Settlements das hoffnungsreiche Hinterland für das weltwirtschaftlich und weltpolitisch ungeheuer wichtige Singapore, bis 1866 unter der indischen Regierung; wenn man sie seit 1867 vom Colonial Office abhängig machte, wurden sie etwa erst damit zur Kolonie mit ausgebreiteter kolonialwirtschaftlicher Betätigung? War Britisch Somaliland bis 1905 keine Kolonie, weil es 1884 bis 1898 vom Residenten von Aden seine obersten Weisungen erhielt, dann von 1898 bis 1905 vom Londoner Auswärtigen Amt und erst von 1905 ab vom Kolonialamt? Traf gleiches von Britisch Ostafrika nebst Uganda zu, weil sie gleichfalls bis 1905 vom Auswärtigen Amt, nicht vom Kolonialamt, ressortierten? Helgoland figuriert in den britisch amtlichen Listen seit 1868 bis zur Übertragung an Deutschland als Kronkolonie, Cypern wurde 1925 dafür erklärt. Ägypten und der Sudan standen oder stehen unter dem Auswärtigen Amt, die Ascensioninsel unter der Admiralität. Kann ein Anklammern an solche, aus der britischen Außenpolitik durchaus verständliche, für die Kolonialerkenntnis jedoch ganz zufällige und gleichgültige verwaltungspolitische Äußerlichkeiten uns wesentlich in der Erkenntnis des Kerns der Kolonisation und der Kolonialpolitik vorwärtsbringen?

Besonders die Einreihung oder Absonderung Indiens nach solchen Gesichtspunkten erweckte in der Tat immer von neuem Bedenken, vor allem im nicht-britischen Ausland. Selbst Lucas, der hervorragende Vermittler zwischen englisch amtlichen Kolonialkreisen und der englischen Wissenschaft und öffentlichen Meinung, sieht Indien »tatsächlich einer Kronkolonie großen Maßstabes nahekommen«. Außerdem erblickt er in Indien das große Trainingfeld für koloniale Administratoren der Vergangenheit und Gegenwart; hier habe man mit farbigen Rassen, mit fremden Zivilisationen, Geschichtsüberlieferungen, Religionen und Gebräuchen umgehen und sich abfinden gelernt, dies habe der überseeischen Verwaltung überall die unschätzbarsten Dienste geleistet. Bei Devangeon, um einen gegenwärtig viel gelesenen französischen Autor herauszugreifen, steht Indien an der Spitze der britischen Nutzungskolonien. In Fuchs' Handelspolitik Englands und seiner Kolonien /1893/ ist ein besonderer Abschnitt Indien und die Kronkolonien überschrieben, und überwiegend wird man in Deutschland Fuchs in folgendem zustimmen:

»Im ganzen kann man sagen, daß sich Indien in der Hauptsache faktisch von den Kronkolonien nur durch seinen Umfang unterscheidet sowie durch die Abhängigkeit von einem besonderen Ministerium. Wir können es daher für unsere Zwecke zu den Kronkolonien rechnen.«

II



LS unter den deutschen Staatswissenschaftlern vorherrschend kann man heute die hauptsächlich von Paul Reinsch und Gottfried Zoepfl ausgehende Definition bezeichnen: Kolonien sind »auswärtige Verwaltungsgebiete eines Staates für weltwirtschaftliche und weltpolitische Zwecke«. In der 3. Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften verfocht diese »scharfe Begrenzung des Begriffs der Kolonialpolitik«, mit vollem Bewußtsein ihrer stark »einschränkenden« Bedeutung, Zoepfl ausführlich selber. Ihm schloß sich, um bei den tonangebenden deutschen Nachschlagewerken und Lehrbüchern zu bleiben, Karl Rathgen, der Vertreter der Kolonialtheorie in Schnees Deutschem Kolonial-

lexikon /1920/, zustimmend an, ebenso in der laufenden 4. Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften der jüngere Leutwein. Bei Köbner-Wolff werden Kolonien als »Niederlassungen eines Volkes oder Volksteiles außerhalb seines ursprünglichen Gebiets« bezeichnet, aber, in Anklang an das Zoepflsche »auswärtige Verwaltungsgebiet eines Staates«, »nur so lange, als zwischen ihnen und dem Mutterlande ein politischer und rechtlicher Zusammenhang besteht«. Freiherr von Stengel will als »eigentliche Kolonien« nur »überseeische Provinzen [das heißt hier natürlich weiter nichts als Herrschaftsgebietsteile] eines europäischen Staates, welche seiner Souveränität unterworfen sind,« anerkennen. Ergänzend wird bei diesen deutschen Begriffsbestimmungen meist noch hinzugefügt: daß diese auswärtigen Nebenländer Länder mit verhältnismäßig verminderter Rechtsstellung, im Gegensatz zu den rechtlich vollwertigen Landesteilen des Mutterlands, seien.

Werden diese, im großen und ganzen nicht allzu weit von einander abweichenden Wesenszusammenfassungen dem vielgestaltigen wirklichen Leben genügend gerecht? Und vor allem: Heben sie den Kern, das Wesen der ganz eigenartigen Übereinstimmungen hervor, wegen deren man die kolonialen menschheitlichen Sozialgebilde und Sozialentwicklungen seit jeher, offenbar aus sehr durchschlagenden, in der Sache selber liegenden Anlässen, als ein Sonderfeld der historischen, der nationalökonomischen, der rechtlichen, der geographischen Betrachtung behandelt hat?

Zunächst bleibe ganz unerörtert, ob die Beifügung, ein Gebiet werde gegebenenfalls zur Kolonie, wenn es »weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zwecken« diene, mehr sei als eine Wiederholung des zu Erklärenden, nur in anderen, kaum viel aufschlußreicheren Worten. Aber »Verwaltungsgebiet eines auswärtigen Staates«: was war alsdann der unermeßliche, von Naturschätzen überquellende Kongostaat bis zum Jahr 1908, bis ihm in Belgien ein Mutterland zufiel, zu dem er seitdem gehört? Für den Wirtschaftswissenschaftler kehren hier, lange vor 1908, alle soziologischen und sozialen Grunderscheinungen, sogar in ausgeprägtester Form, wieder, die uns als charakteristisch für die Tropenkolonisation geläufig geworden sind: die Landfrage, gleich schicksalsschwanger für Eingeborene wie für Europäer, das Eingeborenen- und Arbeiterproblem, die Frage, ob mehr kapitalistische Plantagenproduktion oder mehr innerlich umgebildete bäuerliche Eingeborenenkultur sich für die Herausgestaltung einer dem Weltmarkt zustrebenden tropisch-agrarischen Produktion empfehle. Die erschreckenden Ausschreitungen, die während der ersten Jahrzehnte in den Urwalds-, Savannen-, Steppen- und Minenbezirken des Kongobeckens emporwucherten, die zuletzt nicht ohne Nebenabsicht von England vor der Öffentlichkeit ganz Europas an die große Glocke gehängt wurden, nannte man allgemein Kolonialgreuel, wie so viele ähnlich geartete, immer wiederkehrende koloniale Auswüchse, sei es noch unter alter Negersklaverei, sei es unter dem häufig die Negersklaverei zunächst geschichtlich ablösenden Kulisystem, sei es unter anderen tropisch-kolonialen Arbeits- und Wirtschaftsverfassungen. Aber der Kongostaat, seit 1885 als unabhängiger souveräner Staat international anerkannt, war zunächst weiter nichts als Herrschaftsgebiet der Internationalen Kongoassoziation, einer der letzten großen, mit Hoheitsrechten ausgestatteten Gesellschaften, die die Kolonialgeschichte kennt. Nur durch die Person seines Gründers, des Königs Leopold II, war der Kongostaat mit Belgien verbunden, rein äußerlich und ohne jede besondere staats- und völkerrechtliche Wir-

kung, am allerwenigsten nach außen gegen Dritte. »Nous . . . Roi de Belges, souverain de l'État indépendant du Congo«, leitet Leopold II später sein Testament ein, von dem schließlich die Herausbildung eines wirklichen politischen Abhängigkeitsverhältnisses zu Belgien ausging. Niemand wird in diesem zukunftsreichen Teil Afrikas die Kolonialpolitik, die Kolonisation, die Kolonialproduktion, die Kolonialbahnen, die Kolonialwirtschaft jeder Art, auch die Kolonialgreuel erst mit dem Jahr 1908, mit dem Annektierungsbeschluß der belgischen Kammern beginnen lassen wollen. Aber in der von Zoepflschen Grundanschauungen ausgehenden, im wesentlichen wohl von Zoepfl selbst herrührenden großen amtlichen Denkschrift über die Kolonialverwaltung der europäischen Staaten erpreßt der Zwang der Logik dennoch Folgerungen, wie sie jedem Sprachgebrauch und, fast möchte man sagen: jedem natürlichen Empfinden, kaum schärfer widersprechen können:

»Diese Kolonie wurde im Jahre 1882 als unabhängiger Staat . . . begründet und im Jahre 1885 für ewige Zeiten für neutral erklärt. Eine Kolonie im eigentlichen Sinne wurde der Kongostaat erst 1908, als der unabhängige Staat auf Grund eines Vertrages vom 28. November 1907 von Belgien annektiert wurde. Jetzt erst kam er zu Belgien in eine abhängige Stellung.«

Noch in mancher andern Richtung ist die in Deutschland übliche Definition wenig glücklich. Die ehemaligen deutschen Schutzgebiete sind, nachdem Deutschland im Artikel 119 des Versailler Friedensvertrags förmlich auf sie verzichten mußte, dem Völkerbund anvertraut, aber England, Frankreich, Belgien, die Südafrikanische Union, Australien, Neuseeland, Japan, in einem Fall sogar Großbritannien, Australien und Neuseeland gemeinsam haben »die Vormundschaft als Beauftragte und im Namen des Bundes zu führen« (Artikel 22 des Völkerbunds). »Überseeische Provinzen (das heißt Teile des Reichs- und Staatsterritoriums) eines europäischen Staates« sind diese Mandatsländer nicht: nicht Provinzen Deutschlands mehr, aber ebenfalls nicht einfach Provinzen Englands, Frankreichs, auch nicht außer »europäischer« Staaten wie des Australischen Bundes oder Japans: wenigstens nicht nach der in Deutschland überwiegenden Rechtsanschauung. Der Völkerbund selber ist kein "Staat". Aber kolonialen Charakter tragen die strittigen Gebiete selbstverständlich nach wie vor. So machen, um mit Chailley zu sprechen, neue koloniale Gebilde immer wieder die gewählte Definition noch »unexakter«.

Andrerseits, legen wir bei der in Frage kommenden Definition den Nachdruck mehr auf das "Auswärtige" bei Verwaltungsgebieten eines Staats und weiter noch auf die mindere Rechtsstellung dieser Außenzonen, so wird dies wiederum angesichts der systematisch betriebenen sogenannten Assimilationspolitik einiger unserer größten Kolonialmächte zu einer nicht minder peinlichen Fußangel, die uns jedes freiere, natürlichere Ausschreiten nach den Gesichtspunkten der wirtschaftlichen und soziologischen Gleichartigkeit verwehrt. Die Assimilationspolitik Frankreichs, Spaniens, Portugals, gelegentlich noch anderer Staaten, merzt bekanntlich die verwaltungs- und staatsrechtlichen Differenzierungen zwischen überseeischem und einheimischem Verwaltungsgebiet aus, erhebt also ein bisher kolonial neben- und untergeordnetes Gebiet zum département, zur provincia, mit eigenen Parlamentsvertretungsrechten, mit lokaler Selbstregierung nach dem Zuschnitt der zentral-mutterländischen Reichsteile. In Alfred Zimmermanns Kolonialpolitik lesen wir:

»Die alte spanische Kolonialverfassung fand mit dem Verlust Südamerikas im 19. Jahrhundert ihr Ende . . . Cuba, Portorico und die Canarischen Inseln wurden mit der Zeit zu Provinzen erklärt und erhielten das Recht der Wahl von Abgeordneten für die spanischen Cortes.«

Und die erwähnte deutsche amtliche Denkschrift legt dar:

»In den portugiesischen Kolonien ist das Prinzip der politischen Assimilation im großen und ganzen zur Durchführung gelangt. Die Kolonien sind Teile des portugiesischen Staatsgebiets (provincias). Die in den Kolonien geborenen Portugiesen haben die gleichen politischen Rechte wie die im Mutterlande geborenen ... Aus dem herrschenden Prinzip der Assimilation folgt, daß es portugiesische Kolonien mit völliger Selbstverwaltung, eigenen Ministern und Parlamenten nicht gibt. Die einzelnen portugiesischen Kolonien sind eben, wie bereits angedeutet, und worauf auch der Name provincias hinweist, Teile des portugiesischen Staatsgebiets. Die in den Kolonien ansässigen Portugiesen von Geburt (nicht auch die naturalisierten) wählen ebenso wie die in der Republik selbst wohnenden ihre Abgeordneten zum Parlament in Lissabon, wozu 14 besondere koloniale Wahlbezirke eingerichtet sind. Der Wahlmodus ist mit geringen Abweichungen, die durch die lokalen Verschiedenheiten bedingt sind, der gleiche wie im Mutterlande. Auch an den Wahlen zur konstituierenden Versammlung nach dem Sturze des Königtums waren die Kolonien beteiligt (Dekret vom 5. April 1911). Das Grundgesetz für die gegenwärtige Verwaltungseinrichtung der portugiesischen Kolonien ist das Dekret vom 1. Dezember 1909 betreffend die Organisation der überseeischen Provinzen.«

Mit der Assimilation erlischt also, innerhalb bestimmter Schranken allerdings, die verminderte Rechtsstellung, die den Kolonien eigen sein sollte. Wird aber durch eine derartige, oft nur die Oberfläche und meist nur die dünne weiße Oberschicht berührende Verwaltungsmaßnahme das betroffene Gebiet nach seiner Wirtschaftsstruktur, nach seinem ganzen kulturellen Zuschnitt plötzlich etwas anderes? Die erwähnte amtliche Denkschrift mit ihrer vollkommen einseitigen Ausgangsweise weicht abermals dieser Schlußfolgerung nicht aus:

»Bei verschiedenen [französischen] Kolonien [1] ist der, auf Ideen der Französischen Revolution zurückgehende Grundsatz der Assimilation in Geltung geblieben, derart, daß diese Kolonien als Teile Frankreichs angesehen werden, die dem Mutterlande vollständig gleichstehen. Die Gesetze des Mutterlandes gelten ohne weiteres in diesen Kolonien, zum Teil haben auch die Eingeborenen die gleiche Stellung wie die Franzosen und genießen die französischen Bürgerrechte. Am strengsten ist dieser Grundsatz durchgeführt in Algier, das vollständig französische Provinz ist mit französischer Provinzial- und Kommunalverwaltung. Es wird daher bei der später folgenden Darstellung der Kolonien nicht mitbehandelt werden.«

Noch ungehemmter im Handwörterbuch der Staatswissenschaften Zoepfl, der überhaupt die rein formale Wertung und Klassifizierung der überseeischen Besitzungen und Gemeinwesen auf die denkbar höchste Spitze getrieben hat. Für Zoepfl »gilt Algier nicht mehr als Kolonie sondern als integrierender Teil oder als Provinz Frankreichs«. Für die Kolonialpolitik scheidet deshalb Algier jetzt aus, und auch Tunis sei »keine Kolonie«. Ägypten ist »keine Kolonie«, selbst als Protektorat ist es »ohne völkerrechtliche Anerkennung«, demnach für die koloniale Entwicklung wohl kaum vorhanden. Zieht Zoepfl bei unvermeidlichen Gelegenheiten dennoch einmal ägyptische Erfahrungen heran, so fügt er stets wie entschuldigend hinzu: »obwohl es sich um keine Kolonie handelt«.

Aus dem bisher Gesagten dürfte zum mindesten das eine zu entnehmen sein: daß nämlich starke Bedenken sich dagegen erheben müssen für die Abgrenzung des kolonialen Forschungstoffs und der entsprechenden Kolonialwissenschaften rein verwaltungspolitischen, staats- und völkerrechtlichen Gesichtspunkten ausschlaggebende Bedeutung einzuräumen. Gleichartige Beziehungen zu einem Mutterland, zur Auslandsstaatenwelt sind bei den zu erforschenden soziologischen Gebilden und Entwicklungsvorgängen zweifellos häufig, freilich nicht immer vorhanden. Das Wesentliche jedoch können sie unmöglich sein, denn ihr Wegfall verändert kaum den besondern Charakter,

die eigenartige wirtschaftliche, soziale und allgemein soziologische Struktur solcher Gebilde. Was ist das Dauerndere und Tiefere, das uns immer von neuem veranlaßt von kolonialer Entwicklung und kolonialer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung selbst dann zu sprechen, wenn die Angliederung an die Unterordnung unter ein Mutterland aufhört oder von vornherein ausblieb wie beim Kongo, wenn die administrative Zuweisung zu einem beaufsichtigenden und leitenden Kolonialamt fehlt, wie bei Indien, wenn das Außengebiet so gut wie volle völkerrechtliche Staatssouveränität erlangt, wie der ursprüngliche Kongostaat, und wie schließlich vor allem die britischen Dominien, Canada, Australien, Neuseeland, die Südafrikanische Union? Sind doch diese Dominien heute anerkannte Mitglieder des Völkerbunds, zum Teil, wie Südafrika unter dem General Smuts, Mitglieder rührigster und einflußreichster Art, also ganz etwas anderes als »mindern Rechts«, als bloße »auswärtige Verwaltungsgebiete« Englands »für weltwirtschaftliche und weltpolitische Zwecke«; wiederum Englands, wie man nach dem Wortlaut der Formel doch wohl hinzudenken müßte.

Was wollen inmitten dieser überwältigenden Erscheinungen und Erfahrungen des letzten Menschenalters wissenschaftliche Grenzabsteckungen noch besagen, denen bestenfalls ein Wert nur für die mutterländische, den Kolonien sich zuwendende verwaltungspraktische und verwaltungsbürokratische Tätigkeit zuerkannt werden kann? Die Tätigkeit eines mutterländischen Verwaltungsapparats hört selbstverständlich auf, wenn und so weit koloniale Außengebiete, wie die britischen Dominien, vollkommene Selbstregierung erhalten. Sie hört als abgesonderte besondere Tätigkeit auf, wenn die Differenzierungen zwischen mutterländischen und kolonialen Reichsteilen, wie bei der romanischen Assimilation, fallen. Aber enden damit an sich die Kolonisation und Kolonialwirtschaft, die ganze Erdteile und weite Inselreiche dem europäischen Wirtschaftskulturkreis mehr und mehr unterwerfen? Enden damit die überseeischen kolonialen Staatenneubildungen und Neuentwicklungen und deren eigenartige Daseins- und Entwicklungsgesetze, die wir eben als Inhalt der Kolonialwissenschaften kennen lernen wollen, auch wenn sie sich neuerdings mehr und mehr unter dem Schild überseeischer Selbstregierung und Gleichberechtigung vollziehen?

PAUL KAMPPMEYER · MAX SCHIPPEL

FÜR die Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie ist das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts besonders bedeutungsvoll geworden. Im Jahr 1891 gibt sich diese Partei das auf dem Kommunistischen Manifest und dem Marxschen Kapital aufgebaute Erfurter Programm. In den Jahren 1890 und 1891 reißt die Rebellion der "Jungen" aus, die sich aus dem Kommunistischen Manifest Waffen gegen die geschichtlich gewordene sozialreformerische Parteitaktik schmiedeten und diese im Geist der nach ihrer Ansicht hereinbrechenden revolutionären Katastrophe umbilden wollten. Bei ihnen läuft das Schlagwort von der Diktatur des Proletariats um, sie suchen die Gewerkschaften zu syndikalistischen, sozialrevolutionären Kampfvereinen mit dem Ziel des Generalstreiks und des ihm entspringenden Staatsumsturzes umzubilden. Während so Theorie und Taktik der Partei von der linken Seite einen heftigen Angriff erfahren, werden sie von der rechten Seite mit kühler Überlegung von Vollmar und dem emporkommenden Reformismus berannt. In dem nun begin-

nenden recht dramatischen Werdeprozeß einer neuen Wertung der sozialen und wirtschaftlichen Theorien und der taktischen Kampfmittel und Machtorganisationen der Sozialdemokratie nimmt Max Schippel eine wegweisende Stellung ein. Sein Tod hat jetzt alle die Genossen heftig erschüttert, die in die stets kraftvoll durchbrechende Eigenart dieses tiefeschürfenden und urlebendigen, immer beweglichen Geistes eingedrungen sind.

Max Schippel wurde am 6. Dezember 1859 in Chemnitz geboren. Auf ihn stürmten die erbitterten Kämpfe des dortigen Proletariats um Brot, Licht und Freiheit schon frühzeitig ein. Er studierte in Leipzig, Basel und Berlin Volkswirtschaft und Staatswissenschaften und schloß sich da dem bahnbrechenden Staatssozialisten Rodbertus-Jagetzow an. Über seinen geistigen Entwicklungsgang liegt von seiner Hand ein sehr charakteristisches Dokument vor. Am 17. Dezember 1887 schrieb er nämlich an August Bebel einen außerordentlich interessanten Brief, in dem er mit kurzen Strichen seinen Werdegang vom Staatssozialisten zum Sozialdemokraten zeichnete. Er nannte diese Entwicklung durchaus nicht plötzlich sondern sogar »äußerst langsam« und »durchaus konsequent«. Von »Sprüngen« könnte keine Rede sein. Wörtlich fuhr er dann in dem Brief fort:

»Schon 1882 war ich (also 21 Jahre alt), obgleich blinder Rodbertusianer, unter den Arbeitern tätig, ich verfaßte eine Petition für staatliche Lohnregulierung, mit Motivierung, die in den Werkstätten zirkulieren sollte. Als Staatssozialist, der die Klassengegensätze versöhnen, nicht aufheben will, handelte ich natürlich konsequent, wenn ich mich auch an die besitzende Seite wandte, ich schrieb daher in "antimanchesterliche" Blätter über Normalarbeitstag, Zerstörung des Mittelstandes usw. Ich siedelte gleichzeitig nach Berlin über und wurde Schüler von Ad. Wagner. Das ging bis Anfang oder Mitte 1884. Schon 1883 hatte ich in meiner Übervölkerung scharf betont, daß die üblichen Sozialreformen bei weitem nicht ausreichen; ich trat Anfang oder Mitte 1883 ganz energisch für die Berliner Gewerkschaftsbewegung ein, weil ein »linker Flügel« der Sozialreform durchaus nötig sei. Ich fing also damals (1884) an mich nach links zu entwickeln: ohne den Druck der Massen geht es nicht, das klingt hier fortwährend schon hindurch. Die Lohnregulierung 1885 wird hier schon sehr deutlich, sie spricht der »Sozialreform« schon den *guten Willen* ab, weil die Arbeiterorganisationen, die Arbeiterpresse und so fort vernichtet seien. Damals war es über ein Jahr, daß ich nicht mehr für konservative Blätter schrieb, ich kritisierte die Regierungspolitik auf das schärfste, aber ich war noch immer (freilich ganz vereinsamt) Staatssozialist. Damals brannte der Streit zwischen Rodbertus und Marx lichterloh, Kautsky, Schramm, Engels publizierten ihre Aufsätze. Ich war damals schon so in meinen Grundanschauungen erschüttert, daß ich nicht mehr für Rodbertus eintrat; ich habe damals eifrig die sozialdemokratische Literatur studiert, und Anfang 1886 durfte ich mich wohl Sozialdemokrat nennen. Ich denke, man kann sich nur wundern, daß ein Mensch, der Anfang 1883 die Übervölkerung schrieb, erst Anfang 1886 so weit war die Illusionen von Kompromissen zwischen Kapital und Arbeit aufzugeben. Von Sprüngen, denke ich, ist keine Rede, und daß ich nach *beiden* Seiten ehrlich war, beweisen die Artikel in konservativen Blättern, wo ich für *weitergehende* Reformen, für Arbeiterbewegung usw. eintrete, das beweist die Übervölkerung, und das beweist auf der andern Seite mein Brief an Kautsky; ich könnte die Unfallversicherung nicht für die Neue Zeit behandeln, weil ich hier mehr dem Regierungsentwurf zuneige, das beweist weiter meine Ablehnung der Handelskammersekretärstelle in Chemnitz und ähnliches. Also eine äußerst langsame Entwicklung, ein zähes Festhalten an alten Illusionen. Damit ein für allemal ein Riegel vorgeschoben ist, daß man sagt: ich traue einem Menschen nicht, der heute Rodbertusianer und morgen Marxist (und übermorgen natürlich Anarchist) ist, so würde ich dankbar sein, wenn dieser, doch wohl *zweifello*s festgestellte Punkt scharf hervorgehoben würde.«

In dieser Skizze seines Entwicklungsgangs bleibt ein Mann unerwähnt, der bestimmend auf eine ganze Generation junger Akademiker, die sich in und nach der fieberhaft aufgeregten Attentatsperiode staatswissenschaftlichen

Studien widmeten, eingewirkt hat: Albert Schäffle. In das junge Denkerleben Max Schippels ist nämlich auch dieser eigenwillige und in seiner Art tapfere Schwabe eingebrochen. 2 Schriften Schäffles haben den jungen Schippel besonders aufgerüttelt: die Quintessenz des Sozialismus und Bau und Leben des sozialen Körpers. In dem Studenten- und Freundeskreis Schippels wandern die breiteren und verlockenderen Detailschilderungen des 3. Bandes des Schäffleschen Bau und Leben des sozialen Körpers von Hand zu Hand. Mit gutem Humor erzählt Schippel in seinem vortrefflichen Lebensbild Schäffles, wie stark er und seine Freunde durch Schäffle gepackt wurden.

»Ich selber mußte mir, koste es was es wolle, ein Exemplar erwerben, und an den Fettflecken und den Äpfelschalenspuen erkenne ich noch heute den mehr friedlich-behägigen Karnivoren, der zuerst auslieh, und den mehr himmelstürmenden intransigenten Vegetarier, der es trotz aller Zeichen der animalischen Entweihung nach ihm verschlang. Wenn beide diese Zeilen sehen sollten, so werden sie sich hoffentlich ebenso gern wie ich des gleichstrebenden Jugendeifers erinnern. Wir waren alle noch sehr, sehr jung. So sahen wir eine Zeitlang in erster Linie zu Schäffle als zu unserem Lehrer empor.«¹

Die Entwicklung Schippels zum Sozialdemokraten hatte sich noch nicht ganz vollzogen, als er Ende 1884 Redakteur des Berliner Volksblatts wurde. Nun nimmt er aber engste Fühlung mit den hervorragend tätigen Genossen der sozialdemokratischen Bewegung. Die Berliner Bewegung ist ausgesprochen radikal, und von der radikal-marxistischen Gedankenströmung wird nun auch Max Schippel ergriffen. Er wertet die Parlamentswahlen im wesentlichen als Agitationsmittel. In einer Artikelserie in der Wiener Gleichheit sieht er in der parlamentarischen Tätigkeit eine gewisse Gefahr, denn in dem labyrinthisch-irren Herüber- und Hinüberwogen des parlamentarischen Kleinkriegs können die Abgeordneten leicht den sichern Blick für die beherrschenden großen Strömungen des öffentlichen Lebens verlieren. Mancher früher kräftig durchgreifende und darum meist das Richtige treffende Genosse kommt nach Schippel in Gefahr sich im Parlament das superkluge, bei allen Berechnungen natürlich fehlgehende Diplomatisieren anzugewöhnen. Die breite Öffentlichkeit der Reichstagswahlen gestattet der Sozialdemokratie eine Massenpropaganda der sozialistischen Endziele in größtem Stil, und nur deshalb erwärmt sich der radikale Sozialdemokrat für diese Wahlen. Sein Interesse für öffentliche Wahlen tritt aber stark in den Hintergrund, wenn die Arbeiter ihre Stimmen für die Besetzung der Verwaltungskörperschaften abzugeben haben. In Berlin brach in den Jahren 1887 und 1888 eine starke Strömung gegen die Stadtverordnetenwahlen durch, und diese Strömung hatte hier das Oberwasser. Schippel wurde zum theoretischen Wortführer dieser besonders aus der "inneren", der geheimen Bewegung gespeisten Strömung.

Schippel besaß in den Jahren 1887 bis 1889 die wärmsten Sympathieen der radikalen "inneren" Genossen. Diese sandten ihn 1887 mit Glocke und Rohmann zum Sankt Gallener Parteitag. Er arbeitete in der Berliner Volkstribüne das Gutachten der Genossen aus, das sich gegen die Beteiligung der Sozialdemokraten an den Stadtverordnetenwahlen aussprach. Das Gutachten selbst schloß mit folgenden bezeichnenden Grundgedanken:

»Ein Teil unserer Partei richtet mehr als der andere sein Auge vertrauensvoll auf diejenigen Gesetzgebungs- und Verwaltungsinstitutionen (Parlamente, Gemeindevertretungen), welche die Bourgeoisie geschaffen hat, um ihre wechselnden Interessen und Wünsche zum Ausdruck und Durchbruch bringen zu können. Dieser Teil legt sehr leicht einen übertriebenen Wert darauf die Bourgeoisorganisationen mit

1) Siehe Schippel Schäffles Lebensbild, in den Sozialistischen Monatsheften 1905 II Seite 1011.

sozialdemokratischen Gliedern zu durchsetzen, um so, gleichsam von oben herab, größere agitatorische und positive Erfolge für die Partei zu erzielen. Die Gegenpartei *leugnet* diese Erfolge *nicht*, aber sie legt der *direkten* Agitation *unter den Massen*, der Vereinsbildung, der unmittelbaren Ideenverbreitung in Wort und Schrift, ohne die Dazwischenkunft eines ganz andersartigen Mediums, verhältnismäßig größeren Wert bei.«

Diese besondere Wertschätzung der nicht durch die Intervention des Parlaments gedämpften Massenbewegungen begeisterte Schippel im Jahr 1890 für eine allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai. In der Maifeier traten ja die Massen selbst durch die Demonstration der Arbeitsruhe für den Achtstundentag ein. Nicht nur einige Parlamentsvertreter erhoben den Ruf nach dieser Arbeiterforderung, sondern die millionenköpfigen Massen. Die sozialdemokratische Fraktion sah scharfe Konflikte der Massen mit der öffentlichen Gewalt voraus, wenn die Arbeitsruhe gleichsam durch den Druck der Massen durchgeführt würde. Nachdem die Massen am 20. Februar bei den Reichstagswahlen aufmarschiert waren, erübrigte sich nach der Ansicht der Fraktion eine neue Heerschau. Schippel als Verfechter der Arbeitsruhe kam in einen heftigen Gegensatz zur Mehrheit der Fraktion, namentlich zu Bebel.

Die radikalste Gruppe der Schippelschen Anhängerschaft in Berlin geriet nun mehr und mehr in ein antiparlamentarisches Fahrwasser. Sie trieb einen gewissen Kultus mit den revolutionären Ideen, die Wilhelm Liebknecht 1869 in seiner Rede Die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere zum Reichstag, entwickelt hatte. Sie machte Front gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung, sie verwarf die Taktik der klugen, friedlichen Propaganda der Sozialreform, die in so erfolgreicher Weise die Reichstagsfraktion in den letzten Jahren des Ausnahmegesetzes getrieben hatte. Sie war von dem nahen Zusammenbruch des Kapitalismus, der ihr ja immer und immer wieder prophezeit worden war, fest überzeugt. Sie forderte eben eine der revolutionären Lage entsprechende, sich auf die bevorstehende ökonomische und soziale Katastrophe einstellende Taktik. Diesen Weg konnte aber Max Schippel, der seine ökonomischen und sozialen Studien sehr vertieft hatte, nicht gehen. Die "Berliner Opposition", so wurde nun die radikale Berliner Richtung getauft, entfernte sich mit schnellen Schritten von dem Boden jeder parlamentarischen Taktik der Partei.

In der Leitung der Berliner Volkstribüne (von der er nunmehr zurücktrat, nachdem er Conrad Schmidt zu seinem Nachfolger bestimmt hatte) arbeitete er auf einen alle wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensgebiete umfassenden Sozialismus hin. Enge Fühlung hielt er namentlich mit der emporkommenden naturalistischen Richtung in der Literatur, und so finden wir denn in der Volkstribüne manche Schöpfung von Arno Holz, Johannes Schlaf, Richard Dehmel. Der intelligente Leserkreis der Berliner Volkstribüne bildete auch die Kerntuppe der Berliner Volksbühnenbewegung.

Eine große propagandistische Bedeutung erlangte die von Schippel ins Leben gerufene Berliner Arbeiterbibliothek. In dieser erschien auch seine Flugschrift Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung, eine Broschüre, deren Grundgedanken Schippel schon 1889 in der Berliner Maurerbewegung zum Ausdruck gebracht hatte. In dieser Schrift bahnte Schippel den Weg zu einer neuen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einschätzung der Gewerkschaftsarbeit. Die Gewerkschaft erzieht den Arbeiter nach Schippel zu höheren Kulturansprüchen und schult ihn wirt-

schaftlich in hervorragendem Maß. »Namhaftes« leisten dann die Gewerkschaften nach ihm für den politischen Aufschwung des Proletariats. In einer Zeit, in der führende Köpfe der Sozialdemokratie noch die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Funktionen der Gewerkschaften verkannten und von einer absteigenden Kurve der Gewerkschaftsbewegung sprachen, maß Schippel den Gefechten und Siegen der Gewerkschaften eine einschneidende Bedeutung für die ökonomische und politische Entwicklung der Arbeiterklasse bei. Im Frühjahr 1892 richtete er an die Verkleinerer und Unterschätzer der Gewerkschaften diese mahnenden Worte:

»Die deutschen Arbeiter haben sich zur mächtigsten politischen Partei der Arbeiter zusammengeschlossen; sie dürften aber selbst als politische Partei manche Enttäuschungen erleben, wenn sie nicht auch gewerkschaftlich die ihnen gebührende Machtstellung erringen.«²

Auf dem Kölner Parteitag /1893/ wandte sich Schippel mit sachlicher Schärfe gegen Bebel, der die Gewerkschaftsbewegung einfach verblissen sah:

»Was Bebel zum Schlusse sagte von der Gesetzgebung und der fortschreitenden Kapitalkonzentration, die den Gewerkschaften den Boden abgraben sollen, drückt eine weitverbreitete Anschauung aus, die eins der wesentlichsten Hindernisse des Fortschreitens der Gewerkschaften ist. Ist das richtig, so klären wir doch besser die Gewerkschaften über ihre Nutzlosigkeit auf, wie es Keßler macht. Es ist das aber meiner Meinung nach eine grundfalsche Anschauung in unserer Partei, und zwar nach beiden Richtungen. Vielfach liegt es umgekehrt. Wenn wir Arbeiterschutzgesetze erreichen, werden uns die besten Gewerkschaften bahnbrechend vorausgegangen sein. Für den Zehn-, den Neunstundentag sind die Gewerkschaften die Vorrechter gewesen.«

Schippel erinnert an England, das keine politische Partei, aber starke Gewerkschaften besäße, die bereits im Bergbau den Achtstundentag errungen hätten.

In der Gewerkschaftsfrage beginnt die revisionistische Tätigkeit Schippels. Während er in der Agrarfrage auf dem Frankfurter Parteitag /1895/ noch den "radikalen" Kurs zu steuern scheint. Seine Haltung in Frankfurt erklärt sich, wenn man die Gesamtentwicklung nimmt, daraus, daß ihn das damals geplante Agrarprogramm nicht befriedigen konnte, weil seine Verfechter in, wie es Schippel schien, kleinbürgerlicher Befangenheit vor entschiedenen wirtschaftspolitischen Konsequenzen zurückgeschreckt waren. Daß Schippel unrecht daran tat wegen dieser Halbheit nun auch den bedeutenden Fortschritt zu verkennen und zu verwerfen, den der Entwurf brachte, hat er später selbst mit der ihm eigenen strengen Selbstkritik ohne weiteres zugegeben. Und kurze Zeit darauf begann ja dann auch seine eigene Agrarpolitik, in der er den neuen Boden vorbereitete, auf dem sich eine Wandlung der agrarwirtschaftlichen Anschauungen der Partei zu vollziehen begann: ein Prozeß, der heute noch nicht abgeschlossen ist, der aber ohne die entscheidende Arbeit Schippels kaum diese Richtung genommen hätte. Daß er gerade in der Agrar- und der damit unlöslich zusammenhängenden allgemeinen Wirtschaftspolitik in heftige Konflikte mit der Partei geriet, dürfte allgemein bekannt sein. Daß Schippel selbst verketzert wurde, hat nicht gehindert, daß die Partei dann später mehr und mehr in seine Bahn einrückte.

Schneller als in der Agrarfrage setzten sich die revisionistischen Anschauungen auf dem Gewerkschaftsgebiet durch, auf dem Schippel später ein reiches Tätigkeitsfeld fand, als er zum Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands berufen wurde. Seine

2) Siehe Schippel Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und der Kongreß zu Halberstadt, in der Neuen Zeit 1891-1892 II Seite 10.

umfassenden Kenntnisse der nationalen und internationalen Arbeitsmarktverhältnisse und der allgemeinen Lage der organisierten und unorganisierten Arbeiterschaft in allen Ländern befähigten ihn besonders zu diesem Posten. Er hatte überdies tief in die Taktik der deutschen Arbeitgeberverbände hineingeblickt; davon zeugte seine instruktive Schrift Der Zentralverband der Scharfmacher und die Sozialpolitik Deutschlands /1899/. Von gründlicher Sachkenntnis zeugten ebenfalls seine Schriften Gewerkschaften und Koalitionsrecht der Arbeiter /1899/ und Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung der verschiedenen Länder /1907/.

Dem Reichstag gehörte Max Schippel 15 Jahre an; ein immer rühriger und weitblickender Arbeiter. Am 20. Februar 1890 hatte ihn seine Heimatstadt Chemnitz in den Reichstag entsandt, und er war dort immer eines der sachkundigsten Mitglieder überhaupt. Welch eine gewaltige Arbeit er hier leistet, beweist sein 1902 erscheinendes Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch, das eine Fülle von übersichtlich geordneten Tatsachen aus allen wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Gebieten der Parlamentstätigkeit enthält. Es ist auch heute noch eine schier unerschöpfliche Fundgrube für Journalisten, Parlamentarier, politische und gewerkschaftliche Führer. Auch dem Historiker der Geschichtsepoche von 1875 bis 1900 leistet dieses Handbuch die wertvollsten Dienste. Einige Jahre arbeitet Schippel an der Neuen Zeit mit, der damals offiziellen Wochenschrift der Partei, und in den Jahren 1894 und 1895 leitet er ein neugegründetes Berliner Wochenblatt Der Sozialdemokrat, das dann wieder einging. Mit dem Jahr 1897 aber beginnt seine, bis zum Tod währende, geistig aufrüttelnde, die Theorie und Taktik der Sozialdemokratie befruchtende Mitarbeit an den Sozialistischen Monatsheften.

Die Grundtendenz der gewaltigen Lebensarbeit Schippels an dieser Zeitschrift ist; durch strenge, sachliche Kritik die Grundlagen für eine aufbauende, die kapitalistische Gesellschaft wirklich umgestaltende Tätigkeit der Sozialdemokratie zu gewinnen. Schippel ging oft mit einem nicht zu überbietenden Sarkasmus dem scheinmarxistischen "Radikalismus" zu Leibe, eben weil dieser sich als unfruchtbar für eine in die Tiefe gehende Reformarbeit erwies. Schippel entband aus manchem schon vergessenen Ausspruch Marx' und Engels' wirklich lebende Kräfte für eine neue Auffassung der Wehrorganisationsfragen, der Handelspolitik usw. Er wies zum Beispiel darauf hin, daß Friedrich Engels die Miliz sehr von oben herab behandelt hatte und für den Gedanken einer schrittweisen Reform des stehenden Heeres sehr zugänglich gewesen war. Er holte den Wirklichkeitssozialismus aus den Schriften Marx' und Engels' heraus, die immer gebieterisch ein festes Fußes auf den realen, sich aber ständig verändernden ökonomischen und sozialen Tatsachen forderten. Mit nie ermüdender Energie schlug seine dornige Geißel auf die "Marxisten" ein, die bestimmte, historisch bedingte Resultate der Marxschen Forschung für endgültige abgeschlossene Denkergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit Marxens überhaupt hielten. Auf dem Stuttgarter Parteitag /1898/ ließ Schippel ein riesiges Material gegen das in der Sozialdemokratie herrschende, vom Liberalismus übernommene Freihandelsdogma aufmarschieren, um eben zu zeigen, »daß die Frage "Schutzzoll oder Freihandel?" niemals Klassenfrage der Arbeiter werden kann«. In den einzelnen Ländern waren die Arbeiter nach ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage Schutzzöllner oder Freihändler gewesen, und sie hatten nach

Schippel recht daran getan. Öfter hätte der Schutzzoll revolutionärer als der Freihandel gewirkt; denn er hatte an allen Ecken der Welt Industrieansätze hervorgerufen, die sich dann zu mächtigen Industrien entfalteten, die wirtschaftliche Struktur der Länder entscheidend änderten und damit erst dort die Voraussetzungen einer sozialen Neugestaltung schufen.

In seinem Stuttgarter Referat lenkt Schippel die Partei auf den Standpunkt hin, der für die ökonomische Betrachtungsweise von ausschlaggebender Bedeutung wird: zum Produzentenstandpunkt. Von nun an greift er mit fast leidenschaftlicher Heftigkeit den einseitigen Konsumentenstandpunkt an. Dieser erhebe sich »mit seiner Billigkeitsrichtschnur« zum unumschränkten Schiedsrichter und Herrscher in allen Wirtschaftsfragen³. Aber dieser Standpunkt sei bewußt von den gewerkschaftlichen Verbänden verlassen worden, die zum Beispiel in der untermenschlichen, aber billig arbeitenden Hausindustrie oft ein ein ganzes Gewerbe verelendendes Sumpfgebiet erblickten. Ende März 1907 hätten die Berliner Schneider den Arbeitern zugerufen: Seht nicht ausschließlich auf die Billigkeit der Sachen! Und die organisierten Schneider führten nun einen erbitterten Feldzug gegen die Firmen, die ihre Profite direkt aus der hausindustriellen Schwitzarbeit schöpften.

Die manchesterliche Theorie spukte in der Handelspolitik der Sozialdemokratie noch nach. Und da hat denn die Schippelsche Schilderung des revolutionären Einbruchs eines ungeheuren Koloniallands in die europäische landwirtschaftliche Produktion alle ernsthaften Politiker aufgerüttelt und den Glauben an die Segnungen des freien Gewährenlassens auf handelspolitischem Gebiet von Grund auf erschüttert. Fast ganz Europa baute Schutzdämme gegen die Überflutung seiner Märkte mit spottbilligen, auf geschenktem oder zusammengestohlenem Kolonialland erzeugten Lebensmitteln. Die Landwirtschaft mit ihren Millionen Produzenten konnte hier durch eine vom "reinen Konsumenten" aus geleitete Handelspolitik vernichtet werden. Schippel stellte den Arbeitern die Tatsache klar vor Augen, daß ihre Lebenshaltung durchaus nicht allein von der Billigkeit der Lebensmittel abhängt. Für den Arbeiter als Produzenten ist von entscheidender Bedeutung der Arbeitslohn, dessen Höhe von der Entwicklung der sachlichen und persönlichen Faktoren der Produktion und vor allem von den Machtverhältnissen zwischen Unternehmern und Arbeitern abhängt. Schippel schärfte den Arbeitern den Marxschen Satz ein, daß unerläßliche Bedingung für eine passable Lage der Arbeiter möglichst rasches Wachsen des produktiven Kapitals sei. Ein merkliches Zunehmen des Arbeitslohns setzt ein rasches Wachsen des produktiven Kapitals voraus. An diese Sätze knüpfte Schippel dann für die Lösung der Frage "Freihandel oder Schutzzoll?" diese wichtige Folgerung:

»Entscheidet sich also die Arbeiterklasse eines Landes für den Freihandel, so wird ihre Stellungnahme nur dann richtig und auf die Dauer haltbar sein, wenn sie erfolgt ist im Hinblick auf die Produktion und den Arbeitsmarkt, nicht aber in oberflächlicher Konsumentenschwärmerei für niedrigen Preisstand. Und umgekehrt: Trotz des eintretenden höhern Preisniveaus würde man sich für den Schutzzoll entscheiden müssen, wenn eine allgemeine, dauernde Vermehrung und Beflügelung der Produktionskräfte eines Volkes oder eines Völkerkreises in sicherer Aussicht stände und bei Freihandel nicht zu erzielen wäre.«⁴

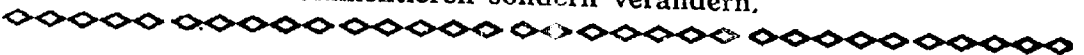
3) Siehe Schippel Konsumentenstandpunkt und Arbeiterorganisationen, in den Sozialistischen Monatsheften 1918 I Seite 14.

4) Siehe Schippel Konsument und Produzent, in den Sozialistischen Monatsheften 1900 Seite 791.

In seinen Grundzügen der Handelspolitik /1902/ hat Schippel seine umfassenden handelspolitischen Studien zusammengestellt, sie sollen gleichsam den Arbeitern als Kompaß zur richtigen Steuerung durch die Stürme der wirtschaftlichen Kämpfe dienen. Auf handelspolitischem Gebiet ragen noch besonders seine Werke Amerika und die Handelsvertragspolitik /1906/ und die Praxis der Handelspolitik /1922/ hervor. Einen dicken Band würden allein die Aufsätze Schippels über handelspolitische Themata umfassen, die in den Sozialistischen Monatsheften erschienen. In der Agrarpolitik erlebte Schippel noch die Vorschläge des sozialdemokratischen Agrarprogramms für den Schutz der landwirtschaftlichen Produktion und ihrer Preise durch ein staatliches Handelsmonopol. Die Produktionspolitik, die er mit nie ermüdendem Eifer vertreten hatte, kam im Heidelberger Programm der Sozialdemokratie zum offenen Ausdruck.

Schippels temperamentvolle und stets durchschlagende Polemiken gingen niemals aus Rechthaberei hervor sondern stets aus einem Streben nach einer wirklichen Klärung der in den Parteidiskussionen herumgeworfenen Begriffe. In dieser Hinsicht ist sein Aufsatz Imperialismus und Manchestertum /1912/ von besonderer Wichtigkeit gewesen. Einem Franz Mehring erschien der aufstrebende Imperialismus mit seiner Abkehr vom Manchestertum als eine ökonomisch-reaktionäre Erscheinung, als ein sicheres Merkzeichen des Niedergangs der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Schippel definierte nun den Imperialismus als ein machtpolitisches System, das bewußt die Staatsmacht in den Dienst der weltwirtschaftlichen Erschließung neuer Lieferungsquellen, neuer kolonialer Gebiete usw. stellt. Der Imperialismus schritt nicht hinter das Manchestertum zurück sondern über dieses hinaus. Schippel widerlegte glänzend die alte sozialdemokratische Anschauung, daß der imperialistische Kapitalismus, um nicht im eigenen Fett zu ersticken, atemlos nach Luft keuchend, den Planeten Erde abrause, um neue Absatzgebiete zu entdecken, und zeigte, daß er gerade neue Lieferungsgebiete, neue Zufuhren an Rohstoffen, Lebens- und Genußmitteln zu gewinnen suche, um auf erweiterter Stufenleiter zu produzieren. Schippel schätzte den Imperialismus als keine reaktionäre, sondern als eine fortschrittliche vorwärtstreibende Kraft ein, und zugleich erschloß er das Verständnis für die gigantischen Aufgaben der Kolonialwirtschaft, auf deren Massenproduktion zum Teil die modernen kapitalistischen Industriezweige fußen. Wenn der Leser die Aufsätze Schippels in den Sozialistischen Monatsheften durchblättert, erhält er einen gewaltigen Respekt vor dem vielseitigen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wissen dieses Mannes, dessen ganzes Leben ein unablässiges Suchen nach Erkenntnis und Wahrheit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet war. Er lebte wirklich in der Weltwirtschaft und Weltpolitik, und er war ebenso zum praktischen Politiker wie zum forschenden Gelehrten berufen. Als Professor am Dresdener Polytechnikum beschloß er seine Tage, nachdem er die nach dem Novemberumsturz gegründete Sächsische Landesstelle für Gemeinwirtschaft geleitet hatte.

Max Schippel zählte zu den wirklich schöpferischen Geistern unserer Zeit. Sein Wissen war schaffendes Wissen, seine soziale und wirtschaftliche Erkenntnis drängte immer nach sozialökonomischer Praxis. Er war ein wahrer Jünger Marxens. Denn er wollte, wie Marx es als Aufgabe verkündet hatte, die Welt nicht nur kommentieren sondern verändern.



ROBERT SCHMIDT · MAX SCHIPPEL IM DIENST DER ARBEITERBEWEGUNG

MAX Schippels Verdienste um die Gewerkschaften hängen eng mit seiner ganzen politischen Tätigkeit zusammen, die begann, als die Sozialdemokratische Partei unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes geächtet und verfolgt einen harten Kampf gegen ihre Unterdrücker führte. Wer in dieser Zeit den Weg zu uns fand, gab viel auf, und die Zukunftsaussichten gestalteten sich für ihn nicht rosig. Schippel kam aus dem bürgerlichen Lager, und er blieb der treue Gefährte, Lehrer und Mahner der Arbeiterbewegung bis zu seinem Ende.

Da kommt mir die Erinnerung an meine erste persönliche Begegnung mit ihm im Jahr 1886. Schippel war auf Drängen der Berliner Parteigenossen in die Redaktion des Berliner Volksblatts eingetreten, und wir hatten so einige Hoffnung, daß wir nun einen frischen lebendigen Zug im Blatt verspüren würden, den wir bisher vermißten. Natürlich schlugen wir Berliner alle Vorstellungen, daß unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes mit sehr viel Vorsicht und Zurückhaltung taktiert werden müßte, in den Wind; wir beriefen uns auf die bürgerliche Berliner Volkszeitung, die eine sehr viel kräftigere Sprache führte als das sozialdemokratische Organ. Es gab zwar einige Parteigenossen, die die Einwände des Parteivorstands gelten ließen, aber an uns prallten diese aus der politischen Situation hergeleiteten Argumente ab, sie blieben ohne jeden Eindruck. Berlin verlangte ein kräftiges Draufgängertum. (Eigentlich ist die Berliner Organisation dieser Grundrichtung immer treu geblieben; es ist mir nicht erinnerlich, daß sie je mit ihrem Parteiblatt zufrieden war, und so ist es bis heute geblieben.) Also wir hatten die Hoffnung auf Schippel gesetzt, daß es anders werde. Die Berliner Parteigenossen hatten eine Kommission, zu der auch ich gehörte, beauftragt die Wünsche und Forderungen Berlins nachdrücklich der Redaktion zu Gemüt zu führen, um den "Alten" einmal auseinanderzusetzen, was Sozialismus und Klassenkampf in Reinkultur bedeuten. Ich weiß nicht mehr, welche inhaltsschweren Vorschläge wir damals gemacht haben, und welche Nachwirkung sie hinterlassen haben. Schippel hielt sich bei der Aussprache ziemlich zurück. Als wir dann am Schluß der Sitzung in eine längere Erörterung über aktuelle Fragen kamen, lud er mich ein zu ihm zu kommen, er würde sich gern einmal weiter mit mir unterhalten. Das kam mir sehr gelegen, denn es bestand bei mir aus unverdauten Lesefrüchten sozialistischer Literatur eine Reihe von Unklarheiten, über die mir Schippel wohl die beste Aufklärung geben konnte. An einem Sonntag Nachmittag, es war ein unfreundlicher kalter Wintertag, suchte ich Schippel in seinem sehr dürrtigen Logis auf. Ein ungeheiztes kleines Zimmer, ohne Bequemlichkeiten in der Ausstattung, das mich wegen seiner Armseligkeit geradezu in Erstaunen setzte. Schippel hatte den Winterüberzieher angezogen, um sich gegen das Unbehagliche der Temperatur zu schützen, ich mußte seinem Beispiel folgen. Das Einkommen eines sozialdemokratischen Redakteurs zu jener Zeit zwang wohl oder übel zu Einschränkungen, denn die Gehaltsfrage wurde in der Berliner Preßkommission nicht glänzend gelöst, was nicht sagen will, daß es besser hätte sein können; es fehlte eben an allen Ecken und Enden an der nötigen materiellen Grundlage des Handelns. Trotz dem Unbehaglichen in diesem Schriftstellerheim verrannen in der angeregten Unterhaltung die Stun-

den, so daß ich gar nicht bemerkte, daß wir bis spät in die Nacht hinein alle möglichen Ideen und Probleme aufrollten und abschlossen. Schippel hatte eine eigene fesselnde Art der Belehrung, was später auch in seinen Vorträgen der Gewerkschaftsschule immer gern anerkannt wurde.

Als Schippel 1886 in die Redaktion des Berliner Volksblatts eintrat, war er mit einer der führenden Genossen in der Opposition gegen die Reichstagsfraktion, er warnte vor einer Überschätzung des Parlamentarismus. Das erklärt sich aus der damaligen Zeit. Die Verfolgung der Sozialdemokratischen Partei unter der Ära Puttkamer schlug ihre höchsten Wogen. Die Ausweisungen aus den Gebieten, über die der Belagerungszustand verhängt wurde, nahmen mit all ihrer Brutalität und Rücksichtslosigkeit zu; Polizei und Justiz verfolgten mit schonungsloser Härte jede selbständige Regung in Partei und Gewerkschaft. Damit verlor der Glaube, daß es ohne gewaltsame Auseinandersetzung wieder zu erträglichen Zuständen komme, immer mehr an Festigkeit, und es entstand in der Berliner Parteiorganisation jene Stimmung, die sich gegen eine vermeintlich allzu schwächliche Stellung der Fraktion und des Parteivorstands richtete. Und wie es in solchen Streitigkeiten immer geschieht, wurden in der Partei alle möglichen und unmöglichen Verfehlungen entdeckt und mit idealistischem Überschwang in Grund und Boden kritisiert. Schippel hat sich darin nicht festgerannt. Er sah die große Bedeutung des Arbeiterschutzes, die er später bei der Gründung des Berliner Wochenblatts der Opposition, der Volkstribüne, 1887 stark hervorhob, und ebenso versprach er sich von einer Fortführung und Reform der Arbeiterversicherung den größten Nutzen. Diese Erkenntnis stand in gewissem Gegensatz zu seinen etwas antiparlamentarisch gerichteten Neigungen, denn Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung wiesen auf eine Reform der Gesetzgebung hin, die ohne politische Vertretung der Arbeiterklasse im Parlament nicht zu erzielen war. Hier läßt sich auch folgerichtig seine Stellung zur Gewerkschaft erklären. Zerriß er 1887 durch einen Artikel in der Wiener Gleichheit, in dem er seinen antiparlamentarischen Standpunkt vertrat, gewissermaßen die Verbindung mit der offiziellen Partei und gestaltete seine Position im Berliner Volksblatt unhaltbar, so suchte er nunmehr nach dem Austritt aus der Redaktion des Blattes eine Anlehnung an die Gewerkschaften. Das kam in der Volkstribüne, die als Organ der Berliner Opposition ins Leben gerufen wurde, und für die ihn die Berliner als Redakteur beriefen, deutlich zum Ausdruck. Allerdings, auch in der Gewerkschaft tobte der Streit, vor allem um die richtige Organisationsform, und der alte Regierungsbaumeister Keßler, der in der Volkstribüne zu Wort kam, führte eine scharfe Klinge gegen die Verfechter der Zentralorganisation. Die Stellungnahme für eine lokale Organisation der Gewerkschaften war im wesentlichen durch das preußische Vereinsgesetz bestimmt. Dieses Gesetz verbot das Inverbindung-treten politischer Vereine und die Aufnahme von Frauen. In zahlreichen Prozessen wurde auf Grund dieser Bestimmungen gegen die Gewerkschaften vorgegangen, so daß sich die Meinung in der Gewerkschaft festsetzte, man könnte durch rein lokale Organisationen dem Vereinsgesetz und der Rechtsprechung begegnen. Der Streit ebte mit der Zunahme der Zentralverbände ab und verlor mit der Änderung des Vereinsgesetzes jede Grundlage.

Schippel verstand es in der Volkstribüne einen großen Kreis tüchtiger Mitarbeiter heranzuziehen, junge, aufstrebende Talente, von denen sich viele später in der Literatur und als Wissenschaftler einen Namen errungen haben,

die aber als Politiker nur das ganze Feuer jugendlicher Begeisterung mitbrachten, ohne eine gründliche Schulung und Erfahrung auf politischem Gebiet. Für eine solche geistige Haltung war Berlin ein besonders günstiger Boden. Die Verbitterung der Arbeiterschaft über die Hetze, die hier von der Behörde schlimmer gegen sie betrieben wurde als an anderen Orten, ließ eine ruhige Würdigung der politischen Situation nicht aufkommen, zumal es auch an einer politischen und gedanklichen Erziehung der Arbeiterklasse während des Sozialistengesetzes fehlte. Aber es wäre verfehlt von diesem Gesichtspunkt allein die Stellung der Volkstribüne zu betrachten. Sie wurde dasjenige Organ der Partei, das eine Reihe gründlicher und doch allgemein verständlicher Artikel über politische, volkswirtschaftliche und soziale Fragen brachte. Dazu gesellte sich als Ergänzung die Herausgabe der Berliner Arbeiterbibliothek, in der Schippel und die von ihm herangezogenen Mitarbeiter in knapper Form besondere Abhandlungen über aktuelle Fragen brachten, die den Horizont der Arbeiterklasse bedeutend erweiterten.

Kurz vor dem Fall des Sozialistengesetzes stand Schippel mit den in der Organisation führenden Berliner Parteigenossen noch einmal im Vordergrund der Aktion, die der Arbeitsruhe am 1. Mai 1890 gewidmet war. Der Internationale Sozialistenkongreß in Paris /1889/ hatte zu dieser Kundgebung aufgefordert. Sollte nun die Feier durch Arbeitsruhe allgemein begangen werden oder, wie der Vorstand der Reichstagsfraktion etwas spät empfahl, nur unter Prüfung der obwaltenden Umstände, ob die Gewerkschaften stark genug seien die Arbeitsruhe zu erzwingen? Schippel stand mit einer Anzahl führender Männer in der Gewerkschaft auf der Seite derjenigen, die die Arbeitsruhe mit starkem Nachdruck verlangten. Damit war der Zündstoff, der von den "Jungen" (so nannte man die Opposition, die außer in Berlin auch in Dresden und Magdeburg starken Anhang bekommen hatte) zusammengetragen war, gewaltig angefacht. Die Angriffe aus der Partei richteten sich mit äußerster Schärfe gegen Schippel, der, wie es scheint, mehr aus Korpsgeist den Aufruf für die Arbeitsruhe am 1. Mai unterschrieben hatte. Die Opposition der "Jungen" überstürzte sich, und Schippel, unzufrieden mit dem Treiben der Werner und Wildberger, schied 1890 aus der Volkstribüne aus. Eine eigentliche Kampfnatur, die im Parteigetriebe ihre Sache bis zur letzten Konsequenz ausfocht, war Schippel nicht; er blieb doch mehr der wissenschaftlich gerichtete Geist, der sich gern in sein Studium versenkte, dann aber auch seine eigenen Wege ging. Mit der Wandlung der politischen Verhältnisse revidierte er seine politische Stellung; auf Meinungen, die durch die Zeit überholt waren, blieb er nie sitzen.

Vermöge seiner tiefgehenden Kenntnisse auf volkswirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet hat Schippel uns Werke von dauerndem Wert hinterlassen. Dazu gehört, um nur eins zu nennen, das Sozialdemokratische Reichstags-Handbuch, das 1902 herauskam; dort gab er uns einen Überblick über die Parlamentsarbeit, auf den jeder zurückgreifen wird, der sich über den Zeitabschnitt von 1871 bis zum Ende des Jahrhunderts informieren will, um Heutiges zu begreifen. In hoher Wertschätzung seiner geistigen Bedeutung trat im Jahr 1911 die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, als sie eine Sozialpolitische Abteilung einrichtete, an Schippel heran, um ihn für diese Arbeit zu gewinnen. Nach außen ist diese Tätigkeit weniger sichtbar gewesen; denn die Abteilung entwickelte sich mehr zu einem Archiv, in dem das umfangreiche Material auf allen Gebieten, die die Gewerkschaften

berührten, gesammelt wurde und dann sehr vielen zu wertvollen Arbeiten die Grundlage bot. Das war eine Aufgabe, an die Schippel mit voller Kraft heranging, und durch die er der Gewerkschaftsarbeit die wesentlichsten Dienste leistete. In seinem stillen Archivzimmer im 4. Stock des Gewerkschaftshauses am Engelufer saß er tagaus tagein bei seiner äußerlich so friedlichen Arbeit, die doch dem Kampf der Arbeiterklasse gewidmet war. In der Öffentlichkeit trat er dann nur noch literarisch hervor. Von vielen Anfeindungen verbittert, auch eine etwas verschlossene Natur, pflegte er wenig Verkehr, er blieb der Grübler, Zweifler und Forscher. Im Jahr 1919 gab er seine Stellung in der Generalkommission der Gewerkschaften auf, um dem Ruf der sächsischen Regierung zu folgen, die eine Landesstelle für Gemeinwirtschaft einrichtete. Am Schluß seines arbeitsreichen Lebens ist er Professor der Volkswirtschaft an der Dresdener Technischen Hochschule: ein Amt, für das er eine persönliche Eignung mitbrachte wie kaum ein anderer.

Der Tod dieses eigenartigen Menschen ruft, wie es nicht anders sein konnte, die Erinnerungen an die heftigen Parteistreitigkeiten der achtziger und neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wach, die hier nur unvollkommen erwähnt sind. Schippel war eine vielangefeindete Persönlichkeit, so insbesondere auch in seiner Stellung zur Agrarfrage und Zollpolitik. Dennoch, er hat in der Zugehörigkeit zur Partei nicht geschwankt. Er kam zu uns als junger Gelehrter, brach seine gewiß aussichtsreiche Laufbahn in der Chemnitzer Handelskammer ab, um sich in die sehr bescheidenen Verhältnisse der Sozialdemokratischen Partei einzufügen. Die Treue hat er ihr gewahrt, und er hat sich mit bescheidenen Stellungen in ihr begnügt; bescheiden, was die materielle Seite betraf. Gewiß hat dazu beigetragen, daß er sich nie in dem offiziellen Gleis der Partei bewegte, seine Kritik nicht selten heftig vorstieß und nun von der Gegenseite ihm bitter heimgezahlt wurde. Seine sozialistische Erkenntnis blieb unerschüttert, und wo er das Wort nahm, wußte er so viel zu sagen, daß auch derjenige, der nicht mit ihm einverstanden war, neue Anregungen erhielt und viel lernen konnte. Das kam so recht deutlich in der Gewerkschaftsschule zum Ausdruck, als er seine Vorträge über Wirtschaftspolitik hielt und dabei seine Schutzzollauffassung darlegte. Bei der Aussprache erklärten die Hörer immer, daß sie abseits von der üblichen Parteimeinung eine Betrachtung gefunden hätten, die sehr zum Nachdenken angeregt und vieles von dem alten Lehrgebäude ins Wanken gebracht hätte.

Die Partei und die Gewerkschaften haben dem Verstorbenen einen Dank abzustatten für sein Streben in zahlreichen literarischen Arbeiten die Erkenntnis politischer und wirtschaftlicher Vorgänge den Arbeitern näherzubringen und sie in ihrem Urteil zu festigen. Vieles von dem, was Max Schippel uns gegeben hat, wird dauernd Wert behalten.

PAUL FERDINAND SCHMIDT · DIE BAHNBRECHER DER NEUEN BAUKUNST IN FRANKREICH



WILL man sich über die heutige Situation der Baukunst und den Anteil der Nationen daran klar werden, so muß man die Probleme der Schöpfer von denen der Auftraggeber trennen. Solche Differenzierung hat die größte Bedeutung für die Praxis. Wir sitzen allenthalben in Wohnungsnot, und es gibt wenige Aufgaben in Europa, die so dringen wie die der Siedlung und der Normativarchitektur.

Das klassische Experimentierland der modernen Baukunst ist nicht Deutschland, ist auch nicht etwa, wie man bei dem herrschenden konventionellen Amerikabyzantinismus anzunehmen geneigt ist, Amerika, nicht einmal Holland, sondern Frankreich¹. Vor unseren Augen wiederholt sich ein historischer Prozeß, der im 12. Jahrhundert die geniale Schöpfung der Pfeiler- und Rippenkonstruktion in Nordfrankreich zur Folge hatte und heute Gotik genannt wird. Was für die christliche Welt des Mittelalters die Dome und ihre steinerne Überwölbung bedeuteten, das sind heute Fabrik, Verkehr, Massenwohnbau, im Material: Eisen und Eisenbeton. Beide Male steht Frankreich als führende Nation an der Spitze. Aber während sich seine Schöpfung im Mittelalter durch 3 Jahrhunderte voll auswirken konnte, weil die großen Auftraggeber: Kirche und weltliche Machthaber, von Anfang an die Bedeutung der genialen Neuerung zu würdigen und anzuwenden verstanden, stehen die französischen Bahnbrecher heute vor der Gefahr den Preis ihrer Anstrengungen sich und Europa entgleiten, den Gewinn ihrer Erfindungen über den Ozean davontragen zu sehen, woher wir ihn dann, als "Amerikanismus" bewundert, unvollständig wieder zurückerhalten, so daß die eigentlichen Initiatoren nun von ihren Nutznießern abhängig gemacht werden. Aber nicht nur die Gerechtigkeit verlangt das primäre Verdienst festzustellen, mehr noch die Sorge um die künftige Produktivität unseres Kontinents, die sich nicht entfalten kann, wenn man das Selbstvertrauen verliert und sich selber zum Nachahmer seiner eigenen Nachahmer macht.

Dem einzelnen ist es fast unmöglich trotz allen Verkehrserleichterungen und trotz den periodischen Publikationen vieler Länder, voran Frankreichs und Deutschlands, eine wirkliche Übersicht über Spitzenleistungen und historische Folge des Wichtigen zu erhalten. Man kann nicht beständig in der Welt herumreisen, um das jeweils Neue aufzusuchen; man kann sich auch nicht dauernd in allen Fachzeitschriften auf dem laufenden erhalten. Dabei genießen wir in Deutschland noch den Vorzug einer gutorganisierten und anschaulichen Berichterstattung. Das stärkste Erlebnis von internationalem Rang war die Stuttgarter Ausstellung auf dem Weißenhof vom vorigen Sommer², durch praktische Anwendung auf wirklich gebaute Wohnungen. Der Deutsche Werkbund, dem wir das Zustandekommen dieser Mustersiedlung verdanken, sorgt auch weiterhin für Verbreitung notwendiger Kenntnisse; seine Wanderausstellung Internationale Baukunst, eine Sammlung umfänglicher Photographieen der wichtigsten Bauwerke in der ganzen Welt, ist zurzeit in der Großen Berliner Kunstausstellung zu sehen.

Aber das alles ist allein als Material zu betrachten, das ohne kritische Vorbildung nur einen sehr lückenhaften Eindruck vermittelt. Wirkliche Einsicht in das Wesen, die Probleme, die Möglichkeiten dieser sozial ungeheuer wichtigen Angelegenheit gewährte uns schon vor 2 Jahren das von Hans Hildebrandt musterhaft verdeutschte Buch *Le Corbusiers*³. Fast noch aufschlußreicher ist das mit klarem Instinkt zusammengefaßte und geistvolle Buch *Sigfried Giedions*, das soeben bei Klinkhardt & Biermann erschien⁴: ein Werk, das jeder kennen muß, den die Fragen unserer Zeit bedrängen,

1) Siehe *Behne Junge französische Architektur und Über die moderne Baukunst Frankreichs*, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 I Seite 512, 1924 Seite 374 und folgende.

2) Siehe *Schmidt Europas kommende Baukunst*, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 II Seite 728 und folgende.

3) Siehe *Le Corbusier Kommende Baukunst /Stuttgart 1926/*.

4) Siehe *Giedion Bauen in Frankreich, Eisen, Eisenbeton /Leipzig 1928/*.

und der sich über die Schwierigkeiten und den Weg, der noch zurückzulegen ist, klarwerden will. Denn dieses außerordentliche Buch (das an Spannung und Interesse sich mit einem Abenteuerroman vergleichen läßt) ist nicht nur als Referat über die Eroberungen auf dem Gebiet des Eisen- und Betonbaus in Frankreich zu werten. Dies wäre nur der erste Eindruck; gleichwohl würde er genügen ihm seinen sehr hohen Rang in der Literatur über heutige Kunst zu sichern. Was es zu einer so bedeutenden Leistung erhebt, ist die Hellsichtigkeit, mit der die größten Probleme unserer sozialen Weltgestaltung erfaßt und knapp, streng, endgültig formuliert sind. Giedions intensive und abschließende Spezialforschungen über die Entstehung und Formgestaltung der beiden Materialien, die die Gegenwart beherrschen und das Aussehen der Welt bestimmen werden, bilden nur die Basis für seine Feststellungen. Auszusprechen, was ist und worin die Wirkungen für Erfolg und Versagen neuer Methoden bestehen, ist sehr wenigen gegeben; die Klarheit, mit der Giedion diese Probleme begriffen und für uns zur Nutzenanwendung präpariert hat, verdient höchste Anerkennung.

Die Situation ist in Kürze die, daß auf dem Gebiet des modernen Bauens auch in Frankreich sich 2 Lager auf Tod und Leben bekämpfen. Auf der einen Seite die klassische Tradition, der am Alten festhaltende Bürger, der nicht in seiner Rentnerruhe gestört sein will und die Stilsfassaden (Barock und Rokoko, allenfalls noch Gotik) als das Wesentliche, Sachlichkeit in moderner Lebensführung, wie Licht, Luftigkeit, Bad, warmes Wasser, als störende Überflüssigkeiten empfindet. Wortführerin dieses Lagers ist die Académie des Beaux Arts, und in ihrem Sinn arbeitet die Bureaukratie, arbeiten auch Instanzen, die Bauaufträge zu vergeben haben. So konnte es diese Jahre der Nachkriegszeit hindurch scheinen, als ob in Frankreich auf dem Gebiet des Wohnungsbaus noch weniger als in Deutschland geschehe, nämlich nichts, als ob keine öffentliche Stelle daran denke die Riesenzahl der fehlenden Wohnungen in Frankreich erbauen zu lassen. Aber, wie so oft in französischen Dingen, erleben wir auch hier wieder eine Überraschung. Es ist der Vorgang, der uns immer wieder in Erstaunen versetzt, und den wir von einem zum andern Mal immer wieder vergessen: Man hat in Frankreich die Idee, die Konzeption, läßt aber dann die Dinge laufen und beharrt Jahre und Jahre hindurch im Alten, wird von anderen überholt. Aber dann kommt plötzlich die Wendung. Mit einem Schwung setzt sich Frankreich wieder an die Spitze, ergreift die Initiative und wird so Vorkämpfer Europas. Die Jahre der Nachkriegszeit haben Frankreich, das schwer an der Verwüstung seiner Gebiete gelitten hat, in Wirtschaftssorgen gestürzt, die beinahe zu einer Finanzkatastrophe geführt hatten. Es ist bekannt, daß die Krise, als sie auf ihrem höchsten Punkt angelangt war, durch die Energie des Ministeriums Poincaré überwunden wurde. Dank seiner unbeirrten Arbeit ist nun die französische Währung saniert; ein Prozeß, der am 24. Juni 1928 durch einen legislativen Akt abgeschlossen wurde. Am selben Tag aber wird in Frankreich ein Wohnungsbauprogramm größten Stils bekannt gegeben. Das Projekt des neuen Arbeitsministers Louis Loucheur, das dann in der Nacht vom 3. zum 4. Juli von der Kammer einstimmig angenommen wurde, sieht den Bau von 260 000 neuen Wohnungen vor, die in 5 bis 6 Jahren fertiggestellt sein sollen. Allein in Paris werden etwa 100 000 Wohnungen errichtet. Das freilich ist nun ein anderes Format und ein anderes Tempo als in Berlin, und es ist begreiflich, daß jetzt bei uns die Öffentlichkeit erstaunt auf dieses

Beispiel sieht, daß selbst nationalistische Blätter nach einem "deutschen Loucheur" rufen. Bei der Ausführung dieses großen Programms wird nun die junge Generation Frankreichs, eben das andere Lager, für die Forderungen der neuen Zeit zu kämpfen, gegen Unvernunft und bösen Willen von Bureaucratie, Baupolizei und Akademicien, die wir ja auch bei uns in Deutschland zur Genüge in ihrer Wirksamkeit kennen, das Richtige durchzusetzen haben. In solchem aggressiven Widerstand gegen das Alte hat das geistige Frankreich von je Großes geleistet, jene kleine und tapfere Schar von Bahnbrechern, die nicht nur in der Gegenwart, die schon seit 100 Jahren gegen die Zähigkeit des Ewiggestrigen ihre Forderungen durchgesetzt hat. Dieses stets neue Frankreich ist es, das Europa geistig immer vorwärtstreibt, dem auf allen Gebieten und seit jeher die Postulate der Humanität zu danken sind: von Descartes und Voltaire, von Victor Hugo und Zola bis zu den unerschrockenen Bannerträgern einer neuen Kunst- und Lebensgestaltung. Das unvergleichlich aufschlußreiche Buch Giedions zeigt die Pionierarbeit der französischen Ingenieure und Architekten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auf und sagt zum mindesten der deutschen, aber wohl auch der französischen wenig unterrichteten Öffentlichkeit verblüffend Neues. Es gehört zu den deutschen Tugenden das echte Verdienst anzuerkennen, auch wenn es nicht auf dem eigenen Boden gewachsen ist. Und in diesem Fall fällt es uns um so leichter, als das Neue, das aus Frankreich kommt, den Vereinigten Europäischen Kontinent schaffen hilft, in dem das deutsche und französische Volk ihre Kräfte vereinen, sich gegenseitig befruchten werden.

Die Geschichte der Eisenkonstruktion und des Betonbaus ist die Geschichte der heutigen Baukunst schlechthin. Auf diesen Gebieten wurden die entscheidenden Schlachten des modernen Geistes geschlagen. Wenn wir von heutiger Architektur reden, die über die Renaissancetradition des ornamentierten Steinbaus hinwegschreitet zu funktionellen Lösungen, die das Sachliche geben an Stelle der Phrase, so müssen wir unsern Blick über die Anreger einer neuen Dynamik um 1900 weit zurücklenken auf die Gestalter der Eisenkonstruktion und der Möglichkeiten des Betonbaus im 19. Jahrhundert. Voran ging der Eisenbau, in den 40 Jahren von 1850 bis 1890 vollendet; der Betonbau folgte ihm seit 1890. Ihr Nebeneinanderwirken, ihr Zusammenspiel bedeutet das Wesentliche der heutigen und der künftigen Architektur. Einfür allemal aber ist es vorbei mit der Imitationsspielerei schmückender Zutaten, mit dem, was in den Kunsthandbüchern als "Stil" sein Wesen treibt, und was heute nur ein Akzidenz ist, das stört und ausgemerzt werden muß: mit dem aus der Vergangenheit oder der Ära "kunstgewerblicher" Sinnlosigkeit stammenden Ornament. Funktionsarchitektur verträgt nicht mehr aufgedrängtes Schmuckwerk, gleichviel welcher Art.

In der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts schien zunächst England die führende Nation im Eisenbau, weil eben seine Industrie am weitesten entwickelt war. Weithin sichtbaren Abschluß bildete der Londoner Kristallpalast von 1850, ein ungeheuer vergrößertes Treibhaus, reines Erzeugnis von Glas und Eisen. Aber seine Abmessungen im Konstruktiven waren äußerst vorsichtig. Französische Ingenieure schickten sich an die Konsequenzen daraus in unvergleichlich kühnem Geist zu ziehen. Henri Labrouste, der erste, der die Eigenschaften des Ingenieurs und des Architekten in einer Person vereinigte, hatte schon 1843 in der Bibliothèque Sainte-Geneviève in Paris den ersten

Monumentalbau in reiner Eisenkonstruktion gewagt. 1849 entwarf Hector Horeau ein Projekt für die großen Markthallen in Paris mit einer einzigen riesigen Eisenüberspannung von 86 Meter Breite, 1850 Eugène Flachat das gleiche mit Polonceaubindern von 80 Meter Spannweite. Die Ausführung der Hallen erhielt indes ein mäßiger Kompromißler, der beider Intentionen vermengt und abgeschwächt hat: das typische Schicksal der schöpferischen Bahnbrecher, deren Namen verklingen und dann verschollen sind.

Zur Geltung und Durchführung großer Ideen gelangte erst die 2. Generation mit Gustave Eiffels Eisenbauten. Lange vor seinem berühmten Ausstellungsturm von 1889 hat er seine Erfindung, den parabolischen Eisenträger von hoher Spannweite, bei Eisenbahnbrücken verwendet: vom Siouleviadukt 1869 bis zur Garabitbrücke 1879, die eine Spannweite von 165 Meter besitzt. In Zahlen und Abmessungen äußert sich die stürmisch voranschreitende Unterwerfung der Materie: gipfelnd im Eiffelturm, der 1889 aller Welt das Recht des nackten Eisenbaus auf Selbständigkeit und Monumentalität bewies (und natürlich den wütenden Protest aller Traditionalisten auf den Plan rief), und in der gleichzeitigen Krönung der Anstrengungen immer größere Flächen mit freitragenden Eisenbindern zu überdecken, der ungeheuren Galerie des Machines auf der Pariser Weltausstellung von 1889. Die Vollkommenheit dieser ganz leichten, auf wenigen Punkten beweglich aufruhenden Eisenglashalle (115 zu 420 Meter bei 45 Meter Höhe) ist von keiner andern Halle je übertroffen worden, weder von der Londoner Saint-Pancras-Station noch dem Frankfurter Bahnhof oder den neuesten Versuchen, wie dem Lyoner Schlachthof Garniers und der Jahrhunderthalle Bergs in Breslau. Sie wurde erst 1910, wie der alte Frantz Jourdain sagte, aus »künstlerischem Sadismus« abgerissen: geniales Endprodukt der Versuchsreihen von Pariser Ausstellungshallen seit 1855, an denen sich entscheidend 1878 auch Eiffel beteiligt hatte. Den Namen des Konstrukteurs darf man nicht vergessen: Cottancin.

Zwischenlösungen und Ansatzpunkte für Neuformungen bedeuten der Pont Transbordeur in Marseille 1905, von Arnodin, die Schokoladefabrik Menier 1871 von Jules Saulnier, die in ihrer freischwebenden Eisenskelettwand zum erstenmal ein heute aktives Problem aufstellte, und die Warenhausbauten, beginnend mit dem Pariser Bon Marché 1876, dessen Wichtigstes, die innen ganz schwebende und lichte Eisenkonstruktion, wiederum von Eiffel stammt, während die eigentliche "Architektur" diese Errungenschaften mit einem faden Spinngewebe von Renaissance-motiven zudeckte.

Eine Weiterbildung der endgültigen Hallenform auf der Pariser Weltausstellung von 1889, bei der Giedion mit Recht von »Konstruktion als Gestaltung« spricht, vollzog sich erst im Eisenbeton, dessen Entwicklung ganz ähnlich wie beim Eisenbinder aus unscheinbaren Anfängen allmählich, zuletzt aber mit dem gleichen rapiden Elan vor sich ging. Gipfelpunkte in dieser Beziehung sind die parabolischen Betonbögen Freyssinets, die zu so imposanten Leistungen führten wie der hängenden Brücke von Saint-Pierre du Vauvray 1922 und, schon 1916, der berühmten Luftschiffhalle von Orly. Dieses Baumaterial wird in allem Wesentlichen Monnier verdankt, der seit 1867 seine Patente nach und nach verbesserte. Wirkliche Bedeutung für die moderne Baukunst erlangte der Eisenbeton erst im 20. Jahrhundert. Und wiederum sind es die Franzosen gewesen, die seine Möglichkeiten am folgerichtigsten durchdachten und der übrigen Welt das Beispiel kühnster Anwendung gaben.

Es waren natürlich nur wenige erlesene Geister, die ihre Ideen gegen die Unvernunft und Herzensträgheit ihrer Umgebung durchsetzen mußten. Perret, Garnier und Le Corbusier bedeuten überall, wo man den Pulsschlag der Gegenwart fühlt, Namen von starkem Klang, wenn auch in ihrer Umgebung das Alte wie ein riesiger Block ihnen im Weg liegt. Bahnbrecher sind Auguste Perret in Paris und Tony Garnier in Lyon, wo ihm Herriot als Bürgermeister seit 1909 umfassende Möglichkeiten zu öffentlichem Wirken gab. 1909 wurde dort das gewaltige Schlachthaus begonnen, 1915 folgten die 22 Pavillons des Krankenhauses von Grange Blanche, beide noch nicht vollendet, 1916 kam das Stadion, bezeichnenderweise der am ersten beendete Bau. Garniers größte und folgenreichste Tat aber war schon 1904 geschehen: der bis ins Kleinste durchgebildete Entwurf einer utopischen Cité Industrielle, das Vorbild aller künftigen Großstadtplanungen. Perret fußt wie Garnier in seinen Details vielfach noch auf dem Formenkanon des französischen Akademismus. Aber er schuf schon 1903 das erste Wohnhaus, das ganz auf leichtesten Eisenbetonstützen ruht, dieses Skelett auch durch alle 8 Etagen des Mietshauses offen zeigt und die schmale Fassade durch Einbeziehung von Luftkuben illusorisch macht. Seine stärkste und freieste Leistung, die Kirche von Raincy von 1922, ist eine konsequente Betonkonstruktion auf 20 dünnen Pfeilern mit papierdünnen Betondecken, von einer nach außen abgerückten Glashaut umhüllt, gleich den klassischen Bauten der Hochgotik (Sainte-Chapelle in Paris), auch formal von der Gesinnung phrasenloser Sachlichkeit erfüllt: ein Bekenntnis zur Aufzeigung der reinen Konstruktion.

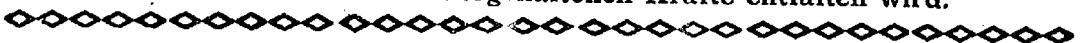
Zur vollkommenen Freiheit, zu kompromißlosem Durchdenken der heutigen Probleme gelangte die jüngste Generation in der Gestalt Le Corbusiers. Es liegt Notwendigkeit darin, daß er ein Schüler Perrets war (und historische Ironie in seinem zeitweiligen Arbeiten bei Peter Behrens, den er später als Exponenten der deutschen Vertikalbrutalität so heftig ablehnte, während in Stuttgart 1927 ihrer beider Bauten die Pole des Erreichten darstellten). Vorzug und Begrenzung seines Wirkens bildet das fanatische Bekenntnis zum ausschließlichen Betonbau, dessen Anwendbarkeit er bis auf eingebaute Möbel ausdehnt. Die Frage des Festhaltens am Beton um jeden Preis steht noch offen; was man von Le Corbusiers Bauten kennt, beantwortet sie nicht, die Praxis der Holländer und Deutschen, die daneben zahlreiche alte und neu erfundene Materialien verwenden, verneint sie. Aber so, wie die Dinge heute liegen, sind Ansprüche auf Behaglichkeit, Geräuschlosigkeit, Nägeleinschlagenkönnen und dergleichen von untergeordnetem Rang. Das Revolutionäre im Wirken Le Corbusiers ist seine radikale Anwendung des Betons, der bisher im wesentlichen nur Ingenieurbauten und öffentlichen Aufgaben diente, auf das Wohnhaus auch des kleinsten Typus. Er hat seit seinen Anfängen von 1915 Schritt für Schritt die Beziehung zwischen Material und Endzweck, der "Wohnmaschine", durchdacht und verbessert, bis zu der grandiosen Aufgelockertheit des Hauses de Monzie bei Saint-Cloud aus dem laufenden Jahr. Was man auch gegen Form und Bewohnbarkeit dieses und seiner Stuttgarter Wohnhäuser beibringen kann, gehört zu den Einwänden, die aus Gewöhnung, Milieu, klimatischen Eigenschaften stammen und nichts gegen das Prinzip selber aussagen. Man darf solche Negationen vorwegnehmen, um das Einzigartige und Wertvolle seiner Leistung desto nachdrücklicher zu betonen: daß er am striktesten und kühnsten die Wohnung als Funktion heutigen Lebens und als Ausdruck unserer sozialen Wünsche

gestaltet hat. Flaches Dach, selbst Dachterrassen und weitgehende Öffnung der Wand sind dabei nur Begleiterscheinungen. Das Moment größter Fruchtbarkeit ist die Erkenntnis, daß ein Wohnhaus reine Lebensfunktion ausdrücken, daß es Luft und Licht nicht nur hereinlassen, sondern daß es von ihnen durchströmt, ein Teil des ganzen Luftraums sein muß. Die gewaltigen Möglichkeiten der Betonkonstruktion liefern dafür die materielle Basis: Aufhängen des Baus an wenigen dünnen Stützen, Emporheben über den Erdboden, weitgehende Verbindung mit der Außenwelt, Durchbrechung und Auflockerung der Masse mittels Luftkuben und Dachterrassen, Ineinanderfließen der Einzelräume in horizontaler wie vertikaler Richtung. In der Praxis vor allem: dominierender Hauptraum, kleine angehängte Spezialhöhlen für die persönlichen Funktionen des Schlafens, Badens, Kochens usw.

Dies ist das Programm, das Le Corbusier aufgestellt und ebenso theoretisch wie in zahlreichen praktischen Beispielen durchgeführt hat. Ein kühner Revolutionär ist sehr weit nach vorwärts und in die Zukunft gestoßen, unvermeidliche Entgleisungen sind dabei mit untergelaufen, nie aber ist das große Ziel, die künftige Lebensgestaltung des Menschen, aus dem Auge verloren worden. An Le Corbusiers Anregungen wird eine ganze Generation weiter zu schaffen und zu vollenden haben. Sein größtes Werk, der preisgekrönte Entwurf für das Völkerbundshaus in Genf, wird nicht ausgeführt werden. Persönliche Intrigen übelster Herkunft haben den Sieg akademischer Mißgebilde durchgedrückt. Jourdain hat das eine »2. Affäre Dreyfus« genannt. Hier wäre die höchste Schlußfolgerung aus seinen Taten gezogen worden; auf dem Gebiet gesamteuropäischer Gesinnung, der Le Corbusier das vollkommene Symbol und das reibungslose Funktionsgehäuse errichtet hätte. Aber dafür scheint das Europa, das von alten Leuten nach veralteten Grundsätzen geleitet wird, noch nicht reif zu sein.

Von seinen Zeitgenossen und Nachfolgern in Frankreich ist, da das Land selber wirtschaftlich und sozial sich jetzt nach dem Kriegsausgang, der Rückgewinnung Elsaß-Lothringens und dem Neubeginn einer Industrialisierung, in einem Übergangsstadium befindet, noch nichts Endgültiges zu sagen. Robert Mallet-Stevens baute einige kostspielige Paläste sozusagen im Corbusierstil; er zeigte nur, daß der Funktionalismus für kapitalistische Prunkbedürfnisse nicht die geeignete Ausdrucksweise ist. Blitzartig wird seine Verbundenheit mit einer Neugestaltung des ganzen Lebens und der Gesinnung an solchen Gegenbeispielen erhellt. Stärkere Beziehungen hat Henry Sauvage zu den heutigen Forderungen (8stöckiges Mietshaus in der Rue des Amiraux in Paris 1925, mit zurückspringenden Stockwerken und einem Schwimmbad an Stelle des Lichthofs). André Lurçat, J. Beaugé, H. Boyer-Gérante und der aus Persien stammende Gabriel Guevrekian setzen die Ideen Le Corbusiers mit persönlicher Färbung fort, finden aber vorläufig noch nicht die notwendige Resonanz. Ob diese Pioniere ihre Posten drüben werden behaupten können: das ist die Lebensfrage der französischen Baukunst. Eine soziologische, keine künstlerische Frage, die sich daher mit der sozialen Umgestaltung Frankreichs von selbst entscheidet.

Man kann auf jeden Fall aber getrost diese Prognose stellen: Die neue Epoche der Baukunst, die von diesen französischen Bahnbrechern vorweggenommen ist, wird eine Epoche des schöpferischen Europas sein, das nun endlich seine von anderen und ihm selbst niedergehaltenen Kräfte entfalten wird.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Staatssozialismus / Walther Pahl

Schippel † »Sein Werk kann . . . nur die jüngste Generation fortsetzen«, sagte Joseph Bloch in seinem Nachruf auf Max Schippel. Die junge Generation verehrt in Max Schippel einen der bewegendsten Köpfe unter jenen verantwortungsbewußten Genossen, die sehr früh erkannten, daß die Sozialdemokratie zu einer neuen Synthese fähig sein muß, wenn sie mehr sein will als ein Schattengebilde der Bourgeoisie. Er gehörte zu jenen wenigen, die die alte Sozialdemokratie über die antibourgeoise Kritik hinaus zu den positiven Aufgaben des sozialistischen Aufbaus hingeführt haben. Die lebensleeren Vorstellungen von der "letzten Stunde des Kapitalismus", von dem "Tag nach der Revolution", die Katastrophenselbsttäuschungen, die die Ideologie des vermeintlich linken Flügels unserer Partei bestimmten, hat Max Schippel stets demaskiert. Was Wunder, daß diejenigen ihm nicht wohlwollten, die sich von der verkündeten Nähe der großen Götterdämmerung des Kapitalismus aufblasen ließen. Um so stärker weiß sich mit ihm die junge Generation der sozialistischen Bewegung verbunden, der die Doktrin nichts, das Schaffen alles ist. Schon vor Jahrzehnten erkannte Schippel, daß die Verwirklichung aller wirtschaftsdemokratischen Forderungen davon abhängt, wie weit die Arbeiterklasse Produktions- und Produzentenpolitik zu treiben lernen wird. Frei von doktrinären Scheuklappen hat er in der Handelspolitik, in der Agrarpolitik, in der Kolonialpolitik und auf anderen Gebieten neue Wege gesucht und gefunden.

Als einer der ersten erblickte er in der Ausdehnung der Staats- und Gemeindegewirtschaft eine der wichtigsten Aufgaben des konstruktiven Sozialismus. Er wurde daher der erste Leiter der von der neuen Republik Sachsen ins Leben gerufenen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, des ersten und einzigen Amtes dieser Art. Auch später, nachdem er die Leitung dieses Amtes Edmund Fischer übergeben hatte, nahm er an dessen Arbeiten ständig teil. Die Sozialisierung war ihm kein doktrinäres Problem sondern eine Realität, ein sichtbarer Entwicklungsgang, dessen Förderung zu den wesentlichsten Aufgaben gehörte, die

dem sozialistischen Willen gestellt werden können. Die von ihm herausgegebenen Veröffentlichungen der Sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft haben zur Klärung aller jener wirtschaftlich-sozialen Probleme, die mit der Überwindung der Wirtschaft des freien Markts durch öffentlichrechtliche Eingriffe und Organisationen zusammenhängen, zum Teil richtunggebend beigetragen. Durch den Tod Max Schippels verliert daher der Staatssozialismus einen hervorragenden Förderer. Die junge Generation weiß sich Max Schippel verpflichtet. Sie wird seine Arbeit, der er ein Leben widmete, fortsetzen. Werke von so hohem Rang wie das Schippels wachsen erst in Geltung und Wirkung, wenn ihre Zeit erfüllt ist.

Preußen

Dem Geschäftsbericht der Preußischen Elektrizitätsaktiengesellschaft über die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1927 ist zu entnehmen, daß die Stromabgabe sich von 233,7 Millionen Kilowattstunden auf 290,2 Millionen, das heißt um 24 %, gesteigert hat. Laut Gewinn- und Verlustrechnung verbleibt, nach Zuweisung von 3 127 904,85 Mark für Erneuerungsrücklage, ein Reingewinn von 2 580 965,08 Mark. Aus diesem Reingewinn wird eine Dividende von 4 % auf 80 Millionen Mark Aktienkapital für $\frac{3}{4}$ Jahre verteilt. Da die Umstellung des Geschäftsjahrs auf das Kalenderjahr beschlossen wurde, umfaßt der Geschäftsbericht für das Jahr 1927 nur das Ergebnis von 9 Monaten. Von diesen 9 Monaten fallen unter die Tätigkeit der neuen Verwaltung nur 2 Betriebsmonate. Von diesen 2 Monaten konnte festgestellt werden, daß die an die Zusammenfassung in wirtschaftlicher und betrieblicher Hinsicht geknüpften Erwartungen berechtigt waren. Die Zusammenarbeit mit anderen Großunternehmungen der Elektrowirtschaft hat beträchtliche Fortschritte gemacht. Von den Demarkationsabkommen, die in der Öffentlichkeit unter der Bezeichnung Elektrofriede bekannt sind, fallen in das abgelaufene Geschäftsjahr der Vertrag mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk und das Abkommen mit den Hamburgischen Elektrizitätswerken. In dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätsvertrag wurde eine Abgrenzung der Interessensphären nach wirtschaftlich richtigen Gesichtspunkten ver-

einbart. Im laufenden Geschäftsjahr erfolgte dann noch im Anschluß an den mit den reichseigenen Elektrowerken abgeschlossenen Freundschaftsvertrag der Austausch der Beteiligung des preußischen Staats an der Braunkohlenindustrieaktiengesellschaft Zukunft gegen die Beteiligung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks an den Braunschweigischen Braunkohlenwerken. Diese Verträge sicherten und erweiterten das Interessengebiet der Preußischen Elektrizitätsaktiengesellschaft im Bereich der Seeküste und der Weser bis zum Main sowie an der Saar. Das Abkommen mit den Hamburgischen Elektrizitätswerken betraf die Festlegung gemeinschaftlicher Richtlinien für die Errichtung von Stromerzeugungsanlagen zur wirtschaftlichen Versorgung der Nordseegebiete. In das Berichtsjahr fällt auch der Abschluß eines Vertrags mit dem Bayernwerk, der insbesondere den Austausch von Braunkohlenstrom gegen Wasserspitzenstrom zur Grundlage hat und seit Ende des vorigen Jahres durchgeführt wird. Erst auf der Grundlage dieser vertraglichen Vereinbarungen war die Gründung der Aktiengesellschaft für Deutsche Elektrizitätswirtschaft möglich, über deren Bedeutung an anderer Stelle dieser Rundschau berichtet wird. Es kann nicht übersehen werden, daß der Verwirklichung des großen Gedankens einer Zusammenfassung der deutschen Elektrizitätserzeugung noch mannigfache Widerstände im Weg stehen, die aus eigenstaatlichen Prestigerücksichten erwachsen. Ein aktueller Konflikt dieser Art hat sich jetzt zwischen Preußen und Thüringen in der Frage des Ausbaus und der elektrowirtschaftlichen Ausnutzung der Saalealsperren herausgebildet. Thüringen, das bisher seinen Strom von den Sächsischen Werken, dem Großkraftwerk Erfurt und der Preußischen Elektrizitätsaktiengesellschaft bezieht, will durch den Bau "seiner" Talsperre an der obern Saale in die Reihe der deutschen Großkraft-erzeuger eintreten. Der Bau dieser Sperre (Bleilochsperre) ist im Jahr 1926 in Angriff genommen worden, obwohl die Frage der Finanzierung dieses höchst unwirtschaftlichen Baus heute noch der Lösung harret. Preußen seinerseits will durch den Bau einer Talsperre bei Hohenwarte an der obern Saale ein Laufwasserkraftwerk und ein Pumpspeicherwerk errichten, um so den Besitz an Kraftwerken innerhalb seiner Versorgungssphäre abzurunden. Thüringen hat durch seinen Einspruch die

Verwirklichung dieses Projekts bisher verhindert. Im April fanden zwischen den beteiligten Ländern und dem Reich Besprechungen statt, die mit der Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Rentabilität und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit des Ausbaus einer oder beider Talsperren abschlossen. Indessen hat man von den Arbeiten dieser Kommission bisher nichts erfahren. Vielmehr scheint Thüringen die Absicht zu haben den Bau seiner Talsperre unter allen Umständen, ohne Rücksicht auf die Frage der gesamtwirtschaftlichen Zweckmäßigkeit, durchzuführen. Thüringen führt nämlich Verhandlungen mit Sachsen wegen der Finanzierungsfrage. Es will nunmehr den Bau der Bleilochsperre gemeinsam mit Sachsen durchführen. Thüringen benutzt also die elektrowirtschaftliche Macht, die es sich auf Grund eines Notgesetzes aus dem Jahr 1923 verschafft hat, dazu, um eine Energiepolitik zu treiben, die den Notwendigkeiten der deutschen Gesamtwirtschaft nicht entspricht.

Deutsche Elek- Die Bedeutung der neu-
trizitätswirt- gegründeten Aktiengesell-
schaft schaft für Deutsche Elek-
trizitätswirtschaft kann gar nicht über-
schätzt werden. Mit dem großen Ver-
tragswerk zwischen den Reichselektro-
werken, der Preußischen Elektrizitäts-
aktiengesellschaft und dem Bayernwerk
ist die erste Etappe auf dem Weg zu
einer einheitlichen Reichselektrizitäts-
wirtschaft erreicht. Ausdrücklich setzt
sich die neue Gesellschaft das Ziel die
Zusammenarbeit zwischen den deutschen
Energiewirtschaftsgebieten zu fördern.
Allmählich sollen sich in der neuen Ak-
tiengesellschaft die Unternehmungen zu-
sammenfinden, deren Mitarbeit für den
Ausbau einer planmäßigen Reichselek-
trizitätswirtschaft notwendig ist. Die
neue Gesellschaft soll auch jene über-
geordnete Instanz darstellen, die über
den Bau und die Erweiterung gemein-
schaftlicher Stromerzeugungsanlagen un-
ter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ent-
scheidet. Neben der Herbeiführung eines
Stromausgleichs liegt in der wirtschaft-
lichen Planung der Stromanlagen ihre
wichtigste Aufgabe. Es ist ferner be-
absichtigt die technischen Anlagen der
3 Werke, die sich zunächst zu gemein-
samer Arbeit gefunden haben, so weit
wie möglich zu vereinheitlichen und
auch experimentelle Versuche über die
Brauchbarkeit neuer Techniken plan-
mäßig durchzuführen. Das große Ziel
einer Vereinheitlichung der gesamtdeut-

schen Elektrizitätswirtschaft ist in greifbare Nähe gerückt. Neuerdings haben schon Verhandlungen über den Beitritt der Sächsischen Werke und der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen zur Aktiengesellschaft für deutsche Elektrizitätswirtschaft stattgefunden. Eine Aktivität großen Zugs dürfte die neue Aktiengesellschaft jedoch nicht eher entfalten können, bis das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk ebenfalls seinen Beitritt vollzogen hat. Vorläufig hat es den Anschein, als ob das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk die Konzentrationsbewegung der großen öffentlichen Elektrizitätskonzerne mit einer Verstärkung seiner eigenen Expansionsbestrebungen zu beantworten gedenkt. Die Aktiengesellschaft *Vereinigte Industrieunternehmungen*, die Dachgesellschaft der reichseigenen Unternehmungen, liefert bei einem Kapital von 120 Millionen Mark für das Geschäftsjahr 1927-1928 dem einzigen Aktionär, dem Reich, eine Verzinsung von 7% neben einer außerordentlichen Reservestellung von 1 Million Mark. In den vorhergehenden Jahren erreichte die Dividende nur die Höhe von 5 und 6%. Für das laufende Geschäftsjahr ist mit Sicherheit eine weitere Vergrößerung der Dividendeneinnahmen zu erwarten. Die Pläne der Gesellschaft für die nächsten Jahre gelten vor allem der Elektrizitätswirtschaft. Die Stromerzeugung der zu dem Konzern gehörenden Elektrizitätsunternehmungen hat sich im letzten Jahr um 200 Millionen Kilowattstunden gegen das Vorjahr gesteigert und betrug 1927 (ohne die Minderheitsbeteiligungen) 2786 Millionen Kilowattstunden. Diese Steigerung entfällt hauptsächlich auf die Elektrowerke. Durch den soeben abgeschlossenen Stromlieferungsvertrag der Elektrowerke mit der Stadt Berlin wird sich der Absatz an die Berliner Städtischen Elektrizitätswerke von 340 Millionen Kilowattstunden auf fast 500 Millionen Kilowattstunden steigern, wozu noch der Anteil an der Versorgung der Berliner Stadtbahn hinzukommen wird, deren Elektrifizierung jetzt durchgeführt wird. Auf Grund eines Stromlieferungsvertrags mit dem Elektrizitätswerk Schlesien wird jetzt die Starkstromleitung von Mitteldeutschland nach Schlesien ausgebaut. In den nächsten Jahren wird auch der Bau der für die Gestaltung der deutschen Elektrizitätswirtschaft sehr wichtigen Leitung Mitteldeutschland-Hof-Südbayern in Angriff genommen werden. Die vor kurzem von den Elektrowerken gemeinsam

mit der Preußischen Elektrizitätsaktiengesellschaft und dem Bayernwerk gegründete Aktiengesellschaft für deutsche Elektrizitätswirtschaft dient vornehmlich dem Bau dieser Leitung.

Italien Tatkräftig bemüht sich die fascistische Wirtschaftspolitik um die Elektrifizierung des Landes. Der Kraftverbrauch Italiens betrug in den Jahren 1925-1926 7355 Millionen Kilowattstunden, während er in den Jahren 1908-1909 nur 1098 Millionen Kilowattstunden betrug. Eine große Steigerung des Elektrizitätsverbrauchs wird eintreten, wenn der Bau der Silastauseen in Süditalien vollendet sein wird. Dieses grandiose Unternehmen wird eine der umfassendsten und stärksten elektrischen Wasserkraftanlagen Europas darstellen. Sie wird 4 Zentralen umfassen, die eine Gesamterzeugungskraft von ungefähr 190 000 Pferdekraften aufweisen, was einer Kapazität von fast 1 Milliarde Kilowattstunden gleichkommt. Schon jetzt hat Italien durch die Elektrifizierung des Landes erreicht, daß die Kohleneinfuhr nur eine Steigerung von 8,5 Millionen Tonnen im Jahr 1908 auf 12 Millionen Tonnen im Jahr 1927 aufweist. In den Wasserkraftanlagen Italiens waren Ende 1926 insgesamt 2,3 Millionen Pferdekraften installiert. Italien steht damit unter den Ländern Europas, die heute über 13 Millionen Pferdekraften aus Wasserkraft gewinnen, an erster Stelle. Die in den elektrischen und chemischen Zentralen installierte Potenz ist von 1 240 333 Kilowatt im Jahr 1918 auf 2 400 000 im Jahr 1926 angewachsen.

Monopolkontrolle

Vor kurzem hielt Eugen Schmalenbach eine Rede, die großes Aufsehen erregte. Dieser bürgerliche Nationalökonom erklärte nämlich, daß es heute im Zeitalter des Monopolkapitalismus unmöglich sei auf die Rückkehr einer freien Wirtschaft zu hoffen. Die gebundene Wirtschaft, die an die Stelle des Laissez-faire-Kapitalismus getreten sei, sei trotz allen ihren Mängeln der freien Wirtschaft weit überlegen. Der besondere Wert der Schmalenbachschen Ausführungen besteht in der Darlegung der Gründe, die nach seiner Auffassung eine innere stärkere Gebundenheit der Wirtschaft erzwingen. Weil in der modernen Wirtschaft der Anteil der fixen Kosten (das Maschinenkapital) immer größer wird und der Anteil der proportionalen Kosten (der Löhne hauptsächlich

lich) immer stärker zurückgeht, hat sich die Produktionslage der Unternehmungen sehr wesentlich verschoben. Dieses Maschinenkapital nämlich frisst Zinsen und Abschreibungen auch dann, wenn sie nicht produzieren. Den arbeitenden Menschen kann man zwar auf die Straße setzen, niemals aber die Maschinen. Mit anderen Worten: Bei den kapitalintensiven Betrieben der modernen Wirtschaft kann die Produktion nicht in dem Maß eingeschränkt werden wie es notwendig wäre, wenn sie bei schlechten Absatzverhältnissen an den verminderten Bedarf angepaßt werden soll. So rationalisierten sich die Betriebe in eine übergroße Kapazität hinein, die von der Nachfrage nie oder nur selten erreicht werde. Daraus ergäbe sich dann der Zwang zur Kartellbildung und zur Verstrüstung. Sehr heftig kritisiert sodann Schmalenbach die Schäden dieser Monopolgebilde, deren Verfassungen die schwersten Verstöße gegen das wirtschaftliche Prinzip enthielten. Unwirtschaftliche Verwaltungseinrichtungen, unnützerweise eingeschobene Handelsgesellschaften, Schwerfälligkeit, Bürokratismus, überhohe Gehälter und Tantiemen der leitenden Personen seien große Nachteile dieser monopolistischen Organisationen. Der in den großen Kartellorganisationen von Kohle und Eisen geführte Kampf um die Quoten, die Durchhaltung der schlechten Werke und anderes mehr schlage zum Schaden der Gesamtwirtschaft aus. Wenn Schmalenbach auch nicht der Auffassung ist, daß durch eine staatliche Monopolkontrolle diese Nachteile der Kartelle gänzlich beseitigt werden können, so hält er sie doch für einen der Wege zur Beseitigung der Mängel: »Ich bin überzeugt, daß wir in nicht zu ferner Zeit zu einem Zustand kommen müssen, den auch die Zünfte besaßen: Die Monopolgebilde der neuen Wirtschaft müssen ihr Monopol vom Staat empfangen, und auf der andern Seite überwacht der Staat die Erhaltung der aus dem Monopol entspringenden Pflichten.« Es wird eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Reichstags sein einen Ausbau der bisher ungenügenden gesetzlichen Monopolkontrolle durchzuführen. Im Berliner Tageblatt vom 2. Mai 1928 weist Felix Pinner darauf hin, daß die Klagen über die staatlichen und behördlichen Eingriffe in die Wirtschaft deswegen unberechtigt seien, weil sie ja selbst durch die Schaffung der Monopole den Anlaß zum staatlichen Eingriff gegeben und die Staatskontrolle der Wirtschaft heraus-

gefordert haben. Diese Kontrolle sei erforderlich, weil die kapitalistische Wirtschaft durch die Monopole auf der einen Seite zwar immer stärker zu einer planmäßigen Wirtschaftsführung tendiert, auf der andern Seite aber gerade auch die monopolistische Organisation ihre Ausbeutungskraft verstärkt hat. Die Staatskontrolle sei auch deswegen berechtigt, weil viele Kartelle erst auf dem Boden des Schutzzolls, also eines staatlichen Eingriffs in die freie Wirtschaftsentwicklung, erwachsen seien.

Kurze Chronik Bei den jetzt in detaillierter Form vorliegenden Ergebnissen der Untersuchungen des Statistischen Reichsamts über den Zuschußbedarf der öffentlichen Verwaltung ergibt sich, daß die aus dem Erwerbvermögen erzielten Überschüsse und Erträge bei Reich, Ländern und Gemeinden von 1096,9 Millionen Mark im Jahr 1913-1914 auf 861,5 Millionen Mark im Jahr 1925-1926 zurückgegangen sind, bei gleichzeitiger Erhöhung des Gesamtzuschusses von 124,2 auf 368,1 Millionen Mark. Hauptertragsquelle der Gemeinden sind die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke. Bemerkenswert ist aber das Vordringen der Elektrizitätswerke, die 1913-1914 erst 55,3 Millionen Mark Überschuß lieferten gegen 78,1 Millionen der Gaswerke, während für 1925 das Verhältnis 144,1 zu 79,2 Millionen war. ◊ Der Arbeitsausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats erstattete der Reichsregierung ein Gutachten darüber, wie die großen Aufträge der öffentlichen Körperschaften und Unternehmungen konjunkturausgleichend wirksam gemacht werden könnten. Diesem Gutachten ist eine Zusammenstellung des Statistischen Reichsamts über den Umfang der öffentlichen Aufträge beigelegt. Ohne Bayern waren es im Jahr 1927 allein vom Reich und den Ländern 3,21 Milliarden Mark, davon bei der Reichsbahn allein 1,79 Milliarden. Die Sachaufträge der größeren Gemeinden werden auf mehr als 4 Milliarden Mark angegeben. Daraus ersieht man, daß von der öffentlichen Hand mindestens für 7 Milliarden Mark Aufträge an die Privatwirtschaft vergeben werden ◊ Die Länge der elektrisch betriebenen oder betriebsfertig ausgebauten Strecken der Deutschen Reichsbahn beträgt zurzeit rund 1550 Kilometer, das heißt noch nicht 3 % der rund 53 600 Kilometer betragenden Gesamtstreckenlänge. Der größte der elektrischen Streckenbereiche ist der in Bayern. Er umfaßt im wesent-

lichen die von München nach Mittenwald, Kufstein und Salzburg sowie nach Berchtesgaden und nach Regensburg führenden Strecken, insgesamt 700 Kilometer. Die schlesische Gebirgsbahn Breslau - Hirschberg - Görlitz hat eine Länge von etwa 350 Kilometer, ferner sind Fernbahnen im Flachland zwischen Halle, Leipzig und Magdeburg mit einer Länge von fast 200 Kilometer elektrifiziert. Dazu kommt allmählich noch die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn mit etwa 240 Kilometer Streckenlänge. \diamond Während die preußische Bergwerksgesellschaft Hibernia eine Dividendenreduktion von 5 auf 4 % vornehmen mußte, konnte die gleichfalls dem preußischen Staat gehörige Bergwerksgesellschaft Recklinghausen ihren Betriebsgewinn um rund 50 %, nämlich von 6,63 auf 9,52 Millionen Mark, steigern. Daraus wird auf das Aktienkapital von 57 Millionen Mark eine Dividende von 5 % (im Vorjahr 4 %) ausgeschüttet. \diamond Die türkische Regierung hat den Kontrakt mit der belgischen Gruppe, die in Gestalt einer belgisch-türkischen Gesellschaft das Zündholzmonopol betreibt, wegen Nichteinhaltung der Vertragsbedingungen für aufgelöst erklärt. Die Regierung hat vorläufig das Monopol in eigene Regie übernommen.

Literatur

Curt Gutkind gab in deutscher Sprache ein Werk heraus, das als Quelle zum Studium des *Fascismus* allen denen gute Dienste leisten kann, die nicht schon von vornherein festgelegt sind und keinen weiteren Aufschluß wünschen. Das Buch heißt Mussolini und sein Fascismus / Heidelberg, Merlinverlag/und enthält Beiträge von Gino Arias, Balbino Giuliano, Ernesto Codignola und Alberto De' Stefani; Benito Mussolini selbst hat eine Einleitung beigesteuert. So unparteiisch wie es die Verfasser wahrhaben wollen, sind ihre Ausführungen nun freilich nicht. Die Stellungnahme des Lesers wird auch dadurch etwas erschwert, daß die Persönlichkeit Mussolinis in diesen Arbeiten allzusehr im Vordergrund steht. Trotzdem kann man über den fascistischen Staatsgedanken und über die einzelnen Maßnahmen des Fascismus Wesentliches aus dem Buch entnehmen. Der Werdegang des Fascismus ist freilich allzu einseitig dargestellt; insbesondere muß auffallen, daß die Bedeutung Gabriele d'Annunzios für die Kreierung der Idee in keiner Weise hervortritt. Immerhin sei das Buch zu aufmerksamem Studium empfohlen.

Gewerkschaftsbewegung / Franz Große

Schippel †

Es gilt auch in dieser Rundschau Max Schippels besonders zu gedenken, nicht nur deshalb, weil er selbst 4 Jahre hindurch, von 1919 bis 1922, diese Rundschau bearbeitet, und weil er in ungezählten Aufsätzen Wesentlichstes über die Aufgaben der Gewerkschaften gesagt hat, sondern weil ihm die Gewerkschaftsbewegung in ihren schweren Anfängen viel verdankt. Zu einer Zeit, da noch allenthalben in der Partei die Bedeutung der Gewerkschaften für die große sozialistische Bewegung umstritten, vielfach bestritten wurde, erkannte Max Schippel mit dem ihm eigenen unbestechlichen Blick für die Wirklichkeiten des Tages und die wahrhaft lebendigen Kräfte die gewaltige Rolle der Gewerkschaften im Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Während Bebel und mit ihm fast alle führenden Parteigenossen die Gewerkschaften eigentlich nur als Versicherungsvereine gelten ließen, sah Schippel schon ihre wahrhaft sozialistische Art und die großen Aufgaben, die ihnen in der Zukunft gestellt sein würden. Er begnügte sich freilich nicht damit nur diesen ihren Charakter immer wieder aufzuweisen, sondern er hat auch den Gewerkschaften selber neue Wege gezeigt, sie auf dringende und wichtige Aufgaben hingelenkt, vor allem auch in der Ausgestaltung und Durchführung der Sozialpolitik. Die Gewerkschaften beriefen ihn daher 1911 als Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission, ein Amt, das er 8 Jahre hindurch verwaltete. Stärker noch, und vor allem in den Jahren der Nachkriegszeit, hat er die Stellung der Gewerkschaften in der Gesamtwirtschaft überhaupt zu bezeichnen gesucht. Für ihn waren die Gewerkschaften Träger der Wirtschaft, deren Verhalten das Schicksal der nationalen Produktion entscheidend mitbestimmt. Aus dieser Grundeckentnis heraus sind alle seine Aufsätze zur Arbeitszeit, zur Arbeitsgemeinschaftsbewegung und zu anderen wichtigen Problemen der Gewerkschaftspolitik geschrieben. Bevor er Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission wurde, arbeitete er schon mit Richard Calwer und anderen an den Unterrichtskursen der Gewerkschaften mit; er hat später im Korrespondenzblatt der Generalkommission regelmäßig Übersichten über die Wirtschaftslage gegeben und auch damit das Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften

ständig wachzuhalten gesucht. Er war, wie auf manchem andern Gebiet, auch in seiner Tätigkeit für die Gewerkschaften ein Führer, der die werdende Gestalt einer neuen Ordnung sah. Darum war sein Wirken so produktiv, und darum ist sein Verlust für die Gewerkschaftsbewegung unersetzlich.

Von der literarischen Arbeit Schippels für die Gewerkschaftssache sind, neben der großen Reihe von Artikeln in den Sozialistischen Monatsheften, noch die folgenden Schriften zu nennen: Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung /1890/, Gewerkschaften und Koalitionsrecht der Arbeiter /1899/, Arbeiterorganisation und Unternehmertum /1916/, Die Gewerkschaften, der Krieg und die Revolution /1919/, Arbeitsgemeinschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften /1920/.

Frankreich: Mindestprogramm Am 15. November 1927 veröffentlichte das täglich erscheinende Blatt des Gewerkschaftsbundes Frankreichs, *Le Peuple*, ein neues, alle derzeitigen Forderungen zusammenfassendes Mindestprogramm der Gewerkschaften. Als wichtigste Forderungen enthält es die Stabilisierung des Franc und die Reorganisation der Produktion unter Berücksichtigung der Entwicklung des internen Markts. Die Konsumfähigkeit der breiten Massen soll gesteigert werden. Diese Forderungen werden in der Formel zusammengefaßt: »Ein Maximum von Produktion in einem Minimum von Zeit für ein Höchstmaß von Lohn.« Um dies zu erreichen, sollen die Tarifverträge entwickelt, soll die Anerkennung des Gewerkschaftsrechts durchgesetzt, und die Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle und Führung der Betriebe angestrebt werden. Ferner wird eine Beaufsichtigung der Kartelle und Finanzinstitute verlangt. Als besonders dringliche Forderungen des Augenblicks werden genannt: Gesetz über die Sozialversicherungen, absolute Befolgung des Achtstundentags, Ratifikation der internationalen Arbeitsabkommen, gleiche Entlohnung von Mann und Frau, Bezahlung der Ferien, und anderes. Dem Nationalen Wirtschaftsrat ist ein besonderer Abschnitt gewidmet. Sein Ausbau und die Erweiterung seiner Befugnisse werden angestrebt. Er soll obligatorisch zur Besprechung aller wirtschaftlichen und sozialen Gesetzentwürfe zusammentreten und in organischer Weise mit den Behörden und dem Parlament in Verbindung gesetzt werden.

Weiterhin wurde ein Ausbau der Staatsmonopole gefordert. Eine Reihe von programmatischen Ausführungen über Mietfragen, Demokratie und Schule beschließt das Manifest.

Dieses Programm der französischen Gewerkschaften, das in vielen Punkten mit den Forderungen der deutschen Gewerkschaften übereinstimmt, hat in ganz Frankreich lebhaften Widerhall gefunden und Anlaß zu umfangreichen Diskussionen gegeben. Es wurde von der nichtsozialistischen Radikalen Partei gebilligt, fand aber in den Kreisen der Sozialistischen Partei keineswegs so ungeteilte Zustimmung: vielleicht gerade wegen der Billigung durch die bürgerlichen Radikalen. Vor allem bemängelte man, daß die Forderung einer 10prozentigen Kapitalsabgabe, die im Programm der Gewerkschaften von 1924 enthalten war, im neuen Programm fehlt. Zyromski, der Führer des linken Flügels der Sozialistischen Partei, faßte diese Kritik in den Worten zusammen: »Wir würden es nicht begrüßen, wenn die Gewerkschaften die Arbeiterklasse in den Bourgeoisstaat einzufügen versuchen.« In diesen Worten liegt die Verkenning der wahrhaft schaffenden revolutionären Kräfte, wie wir diese auch von unseren deutschen "Radikalen" kennen, die nicht sehen wollen, daß es in dieser Wirklichkeit die Ansätze einer neuen Wirtschaftsordnung zu suchen und weiterzuentwickeln gilt. Léon Jouhaux, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbunds, wies in sehr beachtlichen Aufsätzen im *Peuple* diese scheinradikale Auffassung zurück, und er fand auf der Mitte März 1928 in Paris abgehaltenen Sitzung des Nationalrats der Gewerkschaften die folgenden sehr klaren Worte: »Der Gewerkschaftsbund hat nicht einen Moment daran gedacht sich den Gegnern jeder Reform der sozialen Ordnung zu nähern. Es ist daher ein Unsinn davon zu sprechen, die Gewerkschaften wollen sich in den bürgerlichen Staat einfügen. Wir sprechen in unserm Programm von Monopolen, von Gewerkschaftsrecht, von Tarifvertrag, von der Einheitsschule, vom Frieden, und wenn die Aufstellung derartiger Forderungen die Einfügung der Gewerkschaftsbewegung in den heutigen Staat bedeuten soll, dann müßten wir in der Tat bei sehr schwacher Geistesverfassung sein.« Der Nationalrat der Gewerkschaften, der nächst dem alle 2 Jahre tagenden Gewerkschaftskongreß das oberste Organ der französischen Gewerkschaften ist, hat nach dieser Rede Jouhaux' und einer

sehr lebhaften Diskussion das Programm einmütig gebilligt. Bei dieser klaren Orientierung auf die gegebene Situation und der Abwendung von allen radikal klingenden Phrasen dürfte der französischen Gewerkschaftsbewegung eine große Zukunft bevorstehen.

Skandinavien Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Bolschewisten nach der Sprengung des sogenannten Englisch-Russischen Einheitskomitees hartnäckig versuchen in die skandinavischen Gewerkschaften einzudringen. Ihre "Einheitsbestrebungen" gehen dahin zu den in den verschiedenen Berufen bestehenden skandinavischen Berufssekretariaten zugelassen zu werden. Sie finden dabei von finnischer und vor allem norwegischer Seite Unterstützung. Bisher sind trotzdem alle Anträge bolschewistischer Verbände von den betreffenden Berufssekretariaten abgelehnt worden, meist mit der Begründung, daß die Zusammenarbeit der skandinavischen Gewerkschaften ihre natürliche Grenze in Skandinavien finde, und daß eine Einbeziehung anderer Länder zu neuen internationalen Gruppierungen führen müsse. Nunmehr hat sich auch der Ausschuß der schwedischen Gewerkschaftszentrale, der vom 24. bis zum 28. April seine jährliche Tagung in Stockholm abgehalten hat, eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Der Grubenarbeiterverband Schwedens, der sich in einem schweren Kampf befand, hatte mit dem Bergarbeiterverband Rußlands einen Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen und auf Grund dieses Vertrags größere Geldsummen empfangen. Jedoch wurde die Unterstützung davon abhängig gemacht, daß der schwedische Verband seine Unterschrift unter ein Manifest setze, das die schwersten Beschuldigungen gegen die schwedischen Gewerkschaften enthielt. Dieser Vorgang charakterisiert wieder einmal so recht die "revolutionäre" Methode der Russen. Der Ausschuß der Gewerkschaften Schwedens nahm daraufhin in einer Sitzung eindeutig gegen all diese Bestrebungen der Russen Stellung und lehnte eine Zusammenarbeit mit Verbänden, die nicht dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehören, ab. Mit diesem Beschluß ist hoffentlich der Versuch der Bolschewisten in die skandinavischen Gewerkschaften einzudringen endgültig erledigt. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang auch die scharfe Ablehnung aller Versuche einer proletarischen "Einheits-

front" durch die *dänischen* Gewerkschaften. So wurde auf dem dänischen Gewerkschaftskongreß in Kopenhagen, vom 8. bis zum 10. Mai, ein Antrag des Sattler- und Tapeziererverbands, der Internationale Gewerkschaftsbund solle die sogenannte Rote Gewerkschaftsinternationale sowie die außerhalb der Internationalen stehenden Landesgewerkschaftszentralen zu einer Konferenz einladen, gegen ungefähr 20 Stimmen abgelehnt. Diese verschwindende Zahl (denn es waren rund 500 Delegierte anwesend) zeigt, daß die dänischen Gewerkschaften die schwedischen in ihrem Kampf gegen alle Spaltungsbestrebungen der Bolschewisten aufs tatkräftigste unterstützen werden. Dem Gewerkschaftsbund Dänemarks sind zurzeit 52 Organisationen mit 157 000 Mitgliedern angeschlossen. In der verlossenen 3-jährigen Periode sind 3 Organisationen neu dem Gewerkschaftsbund beigetreten, 1 ausgeschieden. Hierdurch ist der Mitgliederverlust von 83 000 Mitgliedern zu erklären. Inzwischen sind Verhandlungen wegen Wiedereintritts jener Organisation, des Dänischen Arbeitsmännerverbands, angeknüpft, die auch einen erfolgreichen Abschluß versprochen. Der bisherige 1. Vorsitzende der Gewerkschaften, C. F. Madsen, trat von seinem Amt zurück, weil er glaubte die Tätigkeit des Vorsitzenden bei seinem Alter nicht mehr voll ausfüllen zu können. Madsen war von 1903 an Sekretär der Landesorganisation und wurde 1909 zum Vorsitzenden gewählt. Der Kongreß bewilligte ihm, in Anerkennung seiner großen Arbeit für die dänischen Gewerkschaften, ein lebenslängliches Ruhegehalt. Sein Nachfolger wurde der bisherige 2. Vorsitzende Wilhelm Nygaard.

Bolschewistische Gewerkschaften Die Rote Gewerkschaftsinternationale hat bisher, im Gegensatz zu dem Internationalen Gewerkschaftsbund, der ständig durch seine ausführlichen Berichte einen genauen Überblick über den Stand und die Stärke der internationalen Gewerkschaftsbewegung gibt, eine merkwürdige Verschwiegenheit gezeigt. Anlässlich ihres Kongresses brachte nun ihre Zeitschrift eine Übersicht über die Kräfte der Roten Gewerkschaftsinternationale, die deutlich zeigt, wie berechtigt und begründet dieses Schweigen war. Danach umfaßte diese sogenannte Internationale im Jahr 1927 Organisationen in Argentinien, Belgien, Canada, Chile, China, Columbien, Frankreich, Irland, Mongolei, Portugal, Spanien,

Tschechoslowakei und Rußland. Alle diese Länder hatten zusammen 13 862 000 Mitglieder, wovon aber 10 248 000 allein auf Rußland, das heißt auf bolschewistische Staatsorgane, fielen. Diese Zahlen zeigen deutlich das Nichtvorhandensein einer Roten Gewerkschaftsinternationale. Es kommt noch dazu, daß die meisten der genannten Organisationen nur auf dem Papier stehen. So sind die Zahlen aus China äußerst fragwürdig, was übrigens der Verfasser des Aufsatzes in einer Anmerkung selbst zugibt. Ohne China schrumpft die Gesamtzahl auf 714 000 zusammen, und ohne Frankreich umfassen die übrigen 10 Länder ganze 189 000 Mitglieder: eine für eine Internationale wahrhaft imponierende Zahl. Die 9jährige, mit einem Aufwand riesiger Geldmittel und brutaler Rücksichtslosigkeit geführte bolschewistische Zersplitterungsarbeit hat also ein klägliches Fiasko erlitten. Darüber kann auch nicht der Trost hinwegtäuschen, daß sich angeblich in 29 Ländern noch 2 874 600 Gewerkschaftsmitglieder unter "kommunistischem" Einfluß befinden, und daß in 18 Ländern noch "revolutionäre" Gewerkschaften mit 368 230 Mitgliedern bestehen sollen, die zwar nicht der Roten Gewerkschaftsinternationale angehören, die der Verfasser jenes Aufsatzes aber dennoch dazu zählen zu können glaubt.

Kurze Chronik Die Mitgliederzahlen aller jetzt dem *Internationalen Gewerkschaftsbund* angeschlossenen Landeszentralen weisen im letzten Jahr fast überall ein erfreuliches Ansteigen auf. Auf den sehr hohen Gewinn der deutschen Gewerkschaften wurde in dieser Rundschau (1928 I Seite 415) schon hingewiesen. Nunmehr vermelden auch die österreichischen Gewerkschaften, die seit 1922 ununterbrochen verloren hatten, einen Mitgliederzuwachs von rund 20- bis 30 000 Mitgliedern im Jahr 1927. Die Schweizer Gewerkschaften können 10- bis 11 000 neue Mitglieder verbuchen, die schwedischen 23 000, die holländischen 7 000. ◊ Der Gewerkschaftsbund *Griechenlands*, der bisher schon mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in freundschaftlichen Beziehungen stand, beschloß auf seinem Anfang Mai abgehaltenen Kongreß mit 322 gegen 1 Stimme sich ihm auch offiziell anzuschließen. ◊ Im Anschluß an den lettländischen Gewerkschaftskongreß fand in Riga am 23. April eine baltische Gewerkschaftskonferenz statt. In ihr wurde das schon früher geplante *Baltische Gewerkschaftskomitee*

gegründet, das aus je 2 Vertretern von Estland, Lettland und Litauen besteht und für engere Zusammenarbeit der baltischen Gewerkschaften sorgen soll. ◊ Die Tabakarbeiterverbände Dänemarks, Deutschlands, Norwegens und Schwedens haben einen *Gegenseitigkeitsvertrag* abgeschlossen, wonach in den Fällen, wo mindestens 25% der Mitglieder eines der 4 Verbände im Kampf stehen, die obligatorische Unterstützungspflicht der anderen Verbände in Kraft tritt. ◊ In der neuen sozialdemokratischen *Reichstagsfraktion* ist eine erfreulich große Anzahl von Persönlichkeiten festzustellen, die führende Stellen in der Gewerkschaftsbewegung einnehmen oder zu ihr in engem Verhältnis stehen. Es sind hier die folgenden zu nennen: Siegfried Aufhäuser, Heinrich Becker, Ferdinand Bender, Wilhelm Bock, Hans Böckler, Alwin Brandes, August Brey, Emil Girbig, Peter Graßmann, Friedrich Husemann, Alfred Janschek, Franz Kotzke, Hermann Krätzig, Heinrich Limbertz, Hermann Müller-Lichtenberg, Franz Scheffel, Alexander Schlicke, Georg Schmidt, Robert Schmidt, Oswald Schumann, Tony Sender, Josef Simon, Carl Spiegel, Fritz Tarnow, Rudolf Wissell.

Literatur

Der 4. Band der Gesammelten Werke *Rosa Luxemburgs* /Berlin, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten/ enthält unter dem Titel *Gewerkschaftskampf und Massenstreik* die Schriften Luxemburgs über die deutschen Gewerkschaften, die Reden auf den Parteitag sowie ihre kleinen Aufsätze zu diesem Thema. Es sind 2 Forderungen, die in allen Schriften und Reden, vor allem in der 1906 veröffentlichten Schrift *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*, von Luxemburg vertreten werden: 1. partielle Arbeitskämpfe zu politischen Aktionen weiterzutreiben, 2. die Gewerkschaften der Partei unterzuordnen. Diese Schrift erschien vor dem Mannheimer Parteitag, in dem dieser ganze Fragenkomplex zur Diskussion stand, und sie ist unter dem Eindruck der russischen Revolution von 1905 geschrieben. Rosa Luxemburg sah in Rußland die Taktik des Weitertreibens einzelner örtlicher Arbeitskämpfe zu großen politischen Aktionen, sie erlebte, wie gerade durch das Niederschlagen solcher Bewegungen der revolutionäre Wille der russischen Arbeiterschaft lebendig erhalten wurde. Sie sah aber nicht klar, daß diese Form des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes nur in einem Land sinnvoll war, in dem

die Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse noch nicht bestand. Sie betonte es selbst, daß die gewerkschaftliche Organisation erst durch derartige Kämpfe geschaffen würde, daß diese also ein Anfangsstadium einer Gewerkschaftsbewegung charakterisieren, aber sie wollte nicht zugeben, daß in dem Deutschland von 1906 das Zurück in solche Taktik nur den Verlust der so schwer erkämpften Organisation herbeigeführt hätte, deren Wert sie selbst in Rußland so hoch einschätzte. Rosa Luxemburg vermochte die Verschiedenheit der Situation in Deutschland und Rußland nicht klar zu erkennen. Ihr Epigone Paul Frölich, der diese Sammlung ihrer Werke herausgibt, vermag noch viel weniger die nunmehr durch eine 20jährige Entwicklung gänzlich veränderte Situation zu erkennen. Wir können daher nicht mit ihm die hohe Gegenwartsbedeutung dieser Schrift und auch der anderen kleineren Schriften und Reden einsehen, so sehr sie auch als historische Dokumente geschätzt werden müssen, gerade weil hier eine bestimmte Auffassung ihre klassische Formulierung gefunden hat. Auch der Streit um die Vormachtstellung der Gewerkschaften oder der Partei ist praktisch längst entschieden, ja, er war es schon vor dem Mannheimer Parteitag durch die tatsächliche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1895 bis 1906. So war die Schrift Rosa Luxemburgs eigentlich schon 1906 überholt. Wenn es damals, da nur eine einzige Arbeiterpartei bestand, immerhin Sinn hatte diese Frage aufzuwerfen; heute, in der Zeit der Spaltung, ist das ganz sinnlos. Jeder Versuch diese Frage durch die Unterordnung unter eine Partei praktisch zu lösen würde zur Spaltung und zum Ende der Gewerkschaftsbewegung führen. ◊ Das Büchlein *Karl Valentin Müllers Arbeiterbewegung und Bevölkerungsfrage / Jena, Karl Zwing/* will eine »gemeinverständliche Darstellung der wichtigsten Fragen der quantitativen und qualitativen Bevölkerungspolitik im Rahmen gewerkschaftlicher Theorie und Praxis« sein. Es ist mit vielen Fragezeichen zu versehen. Die Schilderung der Rassentheorien scheint ebensowenig glücklich wie der Versuch eine rassenbiologische Begründung des Klassenkampfs zu geben. Doch hat die Schrift ihren Wert als ein erster Versuch die äußerst wichtigen Probleme der Rassenhygiene, der Geburtenreglung und anderer in ihrer Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung zu zeigen.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Schippel † Wer den modernen Sozialismus als eine geistige Bewegung mit nicht nur wirtschaftlichen und politischen sondern mit umfassenderen kulturellen Zielen auffaßt, für den bedeutet der Tod Max Schippels einen unersetzlichen Verlust. Dies muß gesagt werden, obwohl oder gerade weil sich die publizistische Tätigkeit Schippels ausschließlich auf das wirtschaftliche und politische Gebiet erstreckt hat. Denn für geistige Führung ist das menschliche Zentrum entscheidend, von dem aus die Dinge betrachtet und gestaltet werden. Nun macht sich, wie in dieser Rundschau schon oft gezeigt wurde, gerade auch innerhalb der sozialistischen Bewegung heute der Mangel an kulturell gestaltenden Kräften schwer bemerkbar. Und weil Schippel zu jenen wenigen zu geistiger Führung Berufenen gehörte, die in vieler Hinsicht auf den Sozialismus befruchtend gewirkt haben, und von deren Wirksamkeit noch viel zu erwarten war, ist sein Tod für den Sozialismus unserer Zeit ein schwerer Schlag, sein Lebenswerk aber ein die Überlebenden verpflichtendes, zu Fortsetzung und Vollendung drängendes Vermächtnis. Das menschlich Vorbildliche oder, wenn man will, Erziehende solcher Persönlichkeiten wie Schippel liegt einmal in der Einfachheit, mit der sie ihr ganzes Lebenswerk einer Idee weihen, die ihnen nicht Schlagwort sondern lebendige Triebkraft zur Leistung schwieriger Kleinarbeit des Alltags ist, eine Verpflichtung zu immer erneuter Überprüfung des gewonnenen Standpunkts und eine tätige Hinwendung zu denjenigen praktischen Aufgaben und Lösungen, die sich dem geistigen Führer aus dem Gefühl der Verbundenheit mit der Idee in jedem einzelnen Augenblick, in jeder Situation, als das Gebot der Stunde ergeben. Wer ein Bild davon gewinnen will, wie sich bei Schippel dieser Geist in einer mehrere Jahrzehnte überspannenden publizistischen Arbeit ausgewirkt hat, bei der es immer ebensowohl um die Grundfragen der sozialistischen Idee und Bewegung wie um aktuelle Probleme der Wirtschafts- und Staatspolitik gegangen ist, der möge noch einmal die Beiträge durchblättern, die Schippel von 1897 an zu den sozialistischen Monatsheften beige-steuert hat. Immer war in diesen Beiträgen die Front gegen flache Terminologie, gegen unfruchtbaren Dogmatismus, gegen veraltete oder unsozialistische Elemente in der sozialistischen Tagesideolo-

gie gerichtet, und so scharf sich auch oft die Polemik gegen die Gesinnungsfreunde selbst gerichtet haben mag, so geschah dies doch nie um der Polemik als solcher willen, aus publizistischer Demagogie, sondern aus einem lebendigen Gefühl für alles, was der Dienst an einer Idee von der Wirklichkeit erheischt. Dabei hat bei Schippel offensichtlich nicht zum wenigsten das Bewußtsein für die Notwendigkeit mitgewirkt immer wieder die Theorie mit dem lebendigen Fluß der Dinge in Beziehung zu bringen, ihre wesentlichen Grundlagen immer klarer herauszuarbeiten und immer neue Tatsachengebiete (Agrarpolitik, Kolonisation, Imperialismus, Zollpolitik, Wehrwesen und anderes) ihrer Betrachtung zu unterwerfen. Gerade dieser wissenschaftliche und erzieherische Gehalt an Schippels Arbeit hat innerhalb der sozialistischen Bewegung kaum jemals die Würdigung gefunden, die er verdient, und man kann nur hoffen, daß in ihr sich allmählich doch immer mehr das Verständnis für das, worauf es beim Sozialismus am meisten ankommt, durchsetzen wird. Der neuen Jugend, die diese Aufgabe begreift, kann Max Schippel auch nach seinem Tod noch Lehrer, Erzieher und Führer sein.

Kommission für Geistige Zusammenarbeit Nach dem Vorgang anderer Länder hat sich nunmehr auch in Deutschland auf

Grund der vom Reichspräsidenten am 22. März 1928 erlassenen Verordnung eine Kommission für Geistige Zusammenarbeit gebildet, deren Aufgabe darin bestehen soll innerhalb der Genfer Völkerbundskommission für Geistige Zusammenarbeit die geistigen Interessen Deutschlands zu vertreten.

Die konstituierende Sitzung dieser Kommission, in die vom Reichsminister des Innern im Zusammenwirken mit dem Reichsminister des Äußern auf die Dauer von 3 Jahren zunächst 50 Mitglieder berufen wurden, fand am 26. März in Berlin unter dem Vorsitz des Innenministers von Keudell und in Gegenwart des deutschen Untergeneralsekretärs beim Genfer Völkerbund, Dufour Feronce, statt. Die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder sind Universitätsprofessoren von internationalem Ruf oder bekannte Persönlichkeiten aus der Welt der deutschen wissenschaftlichen Gesellschaften, Akademien, Forschungsinstitute und Bibliotheken. Dem Engern Arbeitsausschuß, der zusammen mit einem Ständigen Sekretariat die laufenden Arbeiten der Kommission leitet, gehören Adolf von

Harnack als 1. Vorsitzender, Max Planck als 2. Vorsitzender und Hugo Krüß, der Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek, sowie Heinrich Konen, Hans von Müller und Gerhart Rodenwaldt an. Mitglieder der Kommission, die nach Bedarf von den Reichsministerien des Innern und des Äußern einberufen wird, und deren Beschlüsse, soweit sie von finanzieller Tragweite sind, der Zustimmung dieser beiden Ministerien bedürfen, wurden außer den bereits Genannten unter anderen Albert Einstein, Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld, Fritz Haber, Bernhard Harms, Otto Hoetzsch, Ernst Jäckh, Wilhelm Kahl, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Walther Nernst, Hermann Oncken, Albrecht Penck, Julius Petersen, Gustav Radbruch, Max Scheeler (der mittlerweile so plötzlich starb), Friedrich Schmidt-Ott, Walther Schücking, Reinhold Seeberg, Max Sering, Eduard Spranger, Karl Voßler, Wilhelm Waetzoldt, Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf, Richard Willstätter. Auch andere als die oben genannten Reichsministerien sowie die Länderregierungen können durch Vermittlung des Reichsministers des Innern nach Bedarf Vertreter in die Kommission entsenden, deren Mitglieder ihre Tätigkeit ehrenamtlich, jedoch unter Anspruch auf Vergütung ihrer Reisekosten und Aufenthaltsspesen, ausüben.

So erfreulich es ist, daß durch die Initiative der oben genannten deutschen Amtsstellen ein für das Geistesleben des Deutschen Reichs repräsentatives offizielles Organ geschaffen worden ist, das in Zukunft für den aktiven wie passiven Zusammenhang der deutschen Intelligenz und der deutschen Kulturpolitik mit dem internationalen Geistesleben und der Kulturpolitik des Völkerbunds Bedeutung gewinnen, möglicherweise auch dem innerdeutschen Geistesleben selbst neue Impulse zuführen könnte, so sehr muß gerade im Augenblick betont werden, daß die neue Institution ihre wichtige Bestimmung nur wird erfüllen können, wenn sie sich bei ihrem weiteren Ausbau und bei ihren Arbeiten nicht lediglich von der zu engen Zielsetzung eines Schutzes oder einer "Vertretung" deutscher geistiger Interessen innerhalb der Kulturpolitik des Völkerbunds leiten läßt, wenn sie ferner den Begriff Geistesleben nicht allzu eng auf Forschung, Forschungstechnik, Lehre, Organisation und Anwendung der Wissenschaft beschränkt, und wenn sie endlich diesen Begriff von geistigem Leben und geistiger Arbeit nicht lediglich oder vorwiegend auf sol-

che Einrichtungen anwendet, die amtlichen Charakter haben. Es könnte sonst der Fall eintreten, daß die Kommission vor Aufgaben, die die großen Kulturgebiete der Erziehung und des Unterrichts, in weiterm Sinn das freie Volksbildungswesen, die Publizistik, die Welt der schönen Literatur und der freien Künste, das Kino, das Radio und dergleichen stellen, versagt oder für Deutschland in einem Sinn nach außen repräsentativ wirkt, der dem Reichtum und den treibenden Kräften des deutschen Geisteslebens nur unzulänglich entspricht. Man braucht nur einen flüchtigen Blick auf die Listen der Kommissionen und Ausschüsse zu werfen, die in den westeuropäischen und verschiedenen überseeischen Staaten zu gleichem Zweck ins Leben gerufen worden sind, und man wird mit Erstaunen wahrnehmen, wie viel weiter und breiter als in Deutschland die kulturelle Zielsetzung gewesen ist, die dort jene Kommissionen geschaffen hat. Es wäre daher zu wünschen, daß künftig auch die deutsche Kommission noch mehr als bisher zu einer Vertretung des deutschen Geisteslebens in einem umfassendern als dem nur amtlichen oder wissenschaftlichen Sinn ausgebaut würde, und daß sich die für diesen Ausbau maßgebenden Amtsstellen von mehr kulturphilosophischen Erwägungen leiten ließen.

Frankreich: Der unter dem frühern Unterrichtsreform
 Unterrichtsminister de Monzie ausgearbeitete Entwurf zur allgemeinen Reorganisation des öffentlichen Unterrichtswesens in Frankreich, den der Senator Henri Béranger im Oktober dieses Jahres dem Senat vorlegen will, ist neuerdings vom Bulletin du Syndicat National des Instituteurs et Instituteurs Publics im Wortlaut veröffentlicht worden. Mit Rücksicht auf die schulpolitische Behandlung, die dem sogenannten Einheitsschulgedanken in den letzten Jahren in Deutschland zuteil wurde, ist der Entwurf auch für Deutschland sehr interessant. Der Gesetzentwurf gliedert sich in folgende 3 Titel: 1. Allgemeine Richtlinien für alle Unterrichtsanstalten, 2. Allgemeine Organisation des öffentlichen Unterrichtswesens, 3. Privatschulen. Aus Titel 1 sind folgende Gebiete hervorzuheben: Definition und Einteilung der Unterrichtsanstalten, die an das Lehrpersonal zu stellenden Anforderungen (Nationalität, Nichtzugehörigkeit zu Kongregationen, Unbescholtenheit, Befähigungsnachweis, Alter, Geschlecht), Lehrpläne und Schulaufsicht, die provinzi-

alen und nationalen Organe der Schulverwaltung (Conseil Départemental, Conseil Académique, Conseil Supérieur), Allgemeine Schulpflicht und Befreiung davon. Titel 2 umfaßt folgende Materien: Benennung, Schaffung und Einrichtung der öffentlichen Schulen, Schulvorstand, Pariser Zentralamt für das öffentliche Unterrichtswesen, Allgemeine Grundsätze der Schulverwaltung und Unterhaltung (zum Beispiel Unentgeltlichkeit, weltlicher Lehrkörper, Nebenerwerb, Beschwerderecht, Arten und Funktionen der Lehrkräfte, Ernennung, Ersatz, Versetzung, Auszeichnungen, Schulleitung, Fachlehrer). Titel 3 regelt das Grundsätzliche zum Privatschulwesen und zum Privatunterricht sowie das Verhältnis des Gesetzentwurfs zu den früheren gesetzlichen Bestimmungen. Das Gesetz sucht also die Gebiete der Schulorganisation und der Schulverwaltung für ganz Frankreich, für Algier und die Kolonien einheitlichen Grundsätzen zu unterwerfen. Dabei ist im Sinn des Einheitsschulgedankens von besonderer Bedeutung der Artikel 3 des Entwurfs, der, entsprechend dem Alter der Schüler und der Höhe des Unterrichtsziels, 4 Schulstufen unterscheidet.

Danach umfaßt die 1. Stufe diejenigen Schulen, deren Zöglinge in der Mehrzahl unter 14 Jahren alt sind, die 2. Stufe die Altersklasse 12 bis 16, zur 3. Stufe gehören Schulen, deren Schüler der Mehrzahl nach 15 bis 20 Jahre alt sind, und zur 4. Stufe solche, deren Besucher der Mehrzahl nach mehr als 18 Jahre alt sind. Nach Artikel 39 gehören zur 1. Stufe die écoles maternelles und classes enfantines sowie die Elementarschulen (écoles primaires élémentaires). Die 2. Stufe soll umfassen die Klassen 3, 4, 5 und 6 der staatlichen und städtischen Höheren Lehranstalten (lycées, collèges), ferner die Schulen für Handel, Industrie und Gewerbe (écoles pratiques de commerce et d'industrie, écoles de métier) und endlich verschiedene (in Artikel 4, § 1 des Gesetzes vom 2. August 1918 näher bezeichnete) Landwirtschaftsschulen. Diese verschiedenen Schularten sollen überall da, wo es möglich ist, in gemeinsamen Schulgebäuden untergebracht und unter eine Leitung gestellt werden. Die 3. Stufe soll die Klassen 2 und 1 sowie die Mathematik- und Philosophieklassen der bisherigen Höheren Lehranstalten (lycées et collèges) und die diesen Anstalten angegliederten Klassen mit Spezialunterricht höherer Ordnung umfassen, ferner die Lehrerbildungsanstalten für das Elementarschul-

wesen, endlich die Reichsschulen für bestimmte Berufe und für Uhrmacherei. Zur 4. Stufe gehören die Institute und Fakultäten der Universitäten, die Lehrerbildungsanstalten höhern Grades, die Höheren Lehrerbildungsanstalten für Volksschulunterricht, soweit sie auf den Schuldienst am Mittelschulwesen abzielen, die Zentralschule für Künste und Gewerbe, die Reichsschulen für Kunst und Gewerbe, die Reichsschulen für Ackerbau, das Agronomische Institut. Die Lehrerbildungsanstalten für das Mittlere Schulwesen sollen Lehrkräfte für die 2. Stufe und für Spezialunterricht an den Lehrerbildungsanstalten sowie Anwärter für den Aufsichtsdienst des Elementarschulwesens heranzubilden. Der Lehrplan der 1. Stufe soll umfassen: Lesen und Schreiben, Französisch, Geschichte (besonders französische und Heimatgeschichte), Geographie (besonders Frankreichs und der engern Heimat), Rechnen und Grundbegriffe der Geometrie, Sachunterricht (leçons de choses) und die elementaren wissenschaftlichen Kenntnisse, die in der Landwirtschaft, in der Industrie, im Haushalt und in der Gesundheitslehre Anwendung finden, die Elemente des Zeichnens und der Musik, Werkunterricht (travaux manuels), Training des Körpers (exercices physiques). Auf der 2. Stufe kommen hinzu: vertieftes Studium der obigen Gegenstände; französische Literatur; 1 oder 2 tote (Griechisch und Lateinisch) oder lebende Sprachen (Deutsch, Englisch, Spanisch, Italienisch, Russisch, Arabisch, eventuell auch andere), allgemeine Geschichte, Geographie Europas und allgemeine Erdkunde, Fragen des täglichen Rechtslebens und der politischen Ökonomie, Algebra und Geometrie, reine und angewandte Physik, Chemie, Naturkunde; ferner Unterrichtsgegenstände, die den örtlichen, insbesondere technischen Bedürfnissen der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels usw. entsprechen. Die 3. Stufe umfaßt: vertieftes Studium der vorher bezeichneten Gegenstände und Grundbegriffe der Philosophie; außerdem für die Anwärter für das Unterrichtswesen der 1. Stufe; praktische Pädagogik, Psychologie und Soziologie im Hinblick auf ihre Anwendung in der Pädagogik. Zur 4. Stufe gehören; vertieftes Studium eines Teils des Lehrplans der Stufen 1 bis 3 und Einführung in die Methoden der Forschung und einer schöpferischen wissenschaftlichen Arbeit. Man darf gespannt sein, welche Aufnahme dieser sehr interessante Gesetz-

entwurf finden wird. Er zeigt aufs neue, daß der Gedanke der Einheitsschule keineswegs, wie in Deutschland vielfach behauptet worden ist, Bestandteil einer marxistischen Schultheorie und Schulpraxis ist, und daß er, wenn man ihn mit Rücksicht auf seinen geistesgeschichtlichen Ursprung und Zusammenhang charakterisieren will, viel mehr dem bürgerlichen Rationalismus der europäischen Aufklärung zugerechnet werden muß. Betrachtet man den französischen Entwurf von solcher Grundlage aus, so darf von ihm erwartet werden, daß er auch den in Deutschland neuerdings mehr in den Hintergrund tretenden Erörterungen über das Problem der Einheitsschule, das ja nur eine Seite des Problems der deutschen Verwaltungsreform ist, einen neuen Anstoß gibt. Wahrscheinlich werden dann auch die hoffnungsvollen Ansätze zu einer sozialern und rationellern Gestaltung des öffentlichen Schulwesens, die im Land Thüringen unter der letzten sozialistischen Regierung gemacht worden waren, wieder eine gerechtere, das heißt nicht nur von Abneigung gegen ein vermeintlich marxistisches Schulerperiment bestimmte Wertung und eine vom nationalen kulturellen Interesse bestimmte Fortbildung erfahren.

Internationale Verständigung Am 20. Oktober 1927 wurde in Genf ein von der Laura-Spelman-Rockefeller-Gedächtnisstiftung, der Genfer Regierung und der Schweizer Bundesregierung finanziertes Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales eröffnet. Leiter des Instituts ist der bisherige Leiter der Politischen Abteilung des Völkerbunds, Paul Mantoux. Das Kuratorium des Instituts besteht aus dem früheren schwedischen Außenminister und Professor zu Upsala Östen Undén, Vernon Kellogg vom Nationalen Forschungsrat in Washington und dem Leiter des Genfer Unterrichtswesens Hugues Oltramare. Das Institut soll nach der Absicht seiner Gründer, nach der Zusammensetzung des Lehrkörpers und der Studenten sowie nach Forschung und Lehre streng international sein und nach Kräften zum »Fortschritt der internationalen Solidarität« beitragen. Die Teilnehmer an den Kursen des Instituts sollen in der Regel ihre akademische Ausbildung bereits hinter sich haben. Die in Genf vorhandenen internationalen Institutionen sollen dem Institut zugleich als Anschauungsmittel zur Einführung in den Geist und die Technik internationaler Zusammenarbeit dienen.

Am 10. März 1928 erinnerte der französische Unterrichtsminister in einem Rundschreiben die Rektoren der Akademien daran, daß seit 1926 in Paris ein Comité d'Echanges Interscholaires Franco-Allemands besteht, das französischen Knaben und Mädchen aller Schulgattungen einen Ferienaufenthalt in Deutschland vermittelt. Auch die Fédération Internationale des Associations d'Instituteurs, die 1926 gegründet wurde und augenblicklich 480 000 Lehrer aus 15 europäischen Ländern (darunter auch das französische Syndicat National des Instituteurs Français) umschließt, hat sich ganz besonders in den Dienst des Austausches von Lehrern und Kindern aus Frankreich und Deutschland gestellt.

Nach einer Rede des französischen Völkerrechtslehrers René Cassier von der Universität Lille und auf Antrag Gabriel Perraux', des Auslandsredakteurs des Paris-Midi, beschloß der Pariser Jahreskongreß der Kriegsteilnehmer unter den französischen Lehrern einstimmig, daß 1. in allen öffentlichen Schulen Frankreichs regelmäßige Unterrichtsstunden über die Geschichte der Friedensbewegung und des Völkerbundswerks eingerichtet werden, 2. aus allen Schulbüchern diejenigen Sätze verschwinden sollen, die geeignet sind in den Herzen der Jugend den Haß zwischen den Völkern groß werden zu lassen.

Alljährlich im August erhalten in Dänemark die Lehrer einen Überblick über die Tätigkeit des Völkerbunds im vergangenen Jahr. Jeden 1. Montag im September wird in den Schulen eine besondere Unterrichtsstunde über den Völkerbund abgehalten. Die Volksbibliotheken erhalten Literatur über die verschiedenen Arbeiten des Völkerbunds.

Im April wurde in Florenz die 3. Internationale Büchermesse abgehalten, bei der 18 Länder vertreten waren. Unter den reichhaltigsten Ausstellungsabteilungen war die deutsche, die zahlreiche deutsche Werke über Italien, seine Kunst und Literatur sowie Übersetzungen moderner italienischer Werke enthielt. Es waren auch Andenken an den Aufenthalt Goethes in Italien ausgestellt.

Ende April faßte der Reichsverband des Deutschen Schrifttums, die Spitzenorganisation der literarischen Verbände Deutschlands, den Beschluß zur Gründung eines Weltverbands des Schrifttums aufzurufen. Der Aufruf wird durch den Reichsverband an die führenden Organisationen aller Länder gesandt.

Die beiden Slawisten der Prager Deutschen Universität Franz Spina und Ger-

hard Gesemann, von denen der erstgenannte deutscher Minister in der Tschechoslowakei ist, werden im Herbst in Prag eine Zeitschrift Slawische Rundschau herausgeben. Sie soll dem Deutschtum das aktuelle slawische Kulturleben vermitteln und seine Zusammenhänge mit den anderen Kulturkreisen des europäischen Kontinents aufweisen.

Ein zur Kenntnis des modernen Frankreichs wichtiges Buch: Jean Giraudoux' Bella, ist neuerdings, von Efraim Frisch ins Deutsche übertragen, im Inselverlag erschienen. Wünschenswert wäre ebenfalls eine deutsche Übersetzung eines Romans von Marcel Ronffs, der in der Sammlung Edm. Jaloux bei Emile Paul in Paris herauskam, und der unter dem Titel Die Zermalmten den Untergang des französischen Mittelstands schildert.

Laut Gesetz sollen vom Juni 1929 an in der Türkei in den öffentlichen Staatseinrichtungen die internationalen arabischen Ziffern eingeführt werden. Die Regierung wird ermächtigt das Gesetz so bald wie möglich zur Anwendung zu bringen. Gelegentlich einer Anfrage erklärte außerdem der Minister für öffentlichen Unterricht, daß in Spezialausschüssen die Einführung des lateinischen Alphabets für die türkische Sprache beraten werde.

Tagungen Der *Allgemeine Deutsche Neuphilologenverband*, der Anfang Juni in Hamburg tagte, beschäftigte sich mit der Frage der Ausgestaltung des neusprachlichen Unterrichts und des damit zusammenhängenden Fachstudiums in der Richtung auf das Prinzip der Kulturkunde. Über die dabei in Betracht kommenden Grundlagen und Folgerungen sprachen unter anderen Karl Voßler /München/, Hermann Platz /Bonn/, Adrien Godart /Paris/. Zum erstenmal seit dem Krieg haben auf dieser Tagung Neuphilologen aus Frankreich und Deutschland im Sinn einer Auffassung der Berufsbetätigung zusammengearbeitet, die den neusprachlichen Unterricht in Deutschland und Frankreich in den Dienst des Aufbaus eines neuen Europas gestellt sehen will. Platz, der der katholischen Intelligenz Deutschlands, und nicht nur ihr, unter anderm auch in regelmäßigen Beiträgen zu der Monatsschrift *Abendland* /Köln, Gildeverlag/ wertvolle Kenntnis der geistigen Strömungen in der katholischen Welt des modernen Frankreichs vermittelt, fordert, daß die Kulturkunde von einem leidenschaftlichen Realismus getragen werden und zu einer Wiederauferstehung des abendländischen Den-

kens und einer universalen Geschichtsschreibung im Sinn Rankes und Guizots führen müsse; trotz allen nationalistischen Verkapselungen wirkten die Ereignisse der letzten Jahre doch auf eine Vereinheitlichung Europas.

Gleichfalls Anfang Juni fand in Göttingen ein *Deutscher Bibliothekartag* statt, an dem 250 Bibliothekare teilnahmen. Eine Reihe von Referaten beschäftigte sich mit den Fragen der Bibliothekswissenschaft, das heißt dem Ziel und den Aufgaben, der Einteilung, der Katalogisierung, der Bauanlage der Bibliotheken. Hanauer, der Bibliothekar der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, wünschte im Interesse der Industrie eine einheitliche Stoffeinteilung der Realkataloge, da sämtliche Bibliotheken eigentlich nur eine einzige Büchersammlung darstellten. Die jetzt erscheinenden Brüsseler Tafeln sollen einem einheitlichen Beschluß zufolge übersetzt werden. Über die Unterschiede zwischen den amerikanischen und den europäischen Bibliotheken sprach der Austauschbibliothekar der New York Public Library Mehlon Schnaake, der zurzeit an der Preußischen Staatsbibliothek arbeitet.

Totenliste

Am 5. Juni starb in Berlin der frühere Stadtschulrat *Hermann Fischer*, 77 Jahre

alt. Er hatte in Berlin klassische Philologie und Germanistik studiert, war dann einige Zeit Lehrer am Luisenstädtischen Gymnasium und trat darauf in den Schulaufsichtsdienst über. 1906 wurde er in Berlin Stadtschulrat. Er hat viel auf sozialpädagogischem Gebiet gearbeitet und auch verschiedene Bücher geschrieben, so *Aus Berlins Vergangenheit* und *Aus der Märkischen Heimat*.

Am 22. Juni starb plötzlich, im Alter von 58 Jahren, in Berlin der Inhaber der bekannten Stilkeschen Verlagsbuchhandlung, *Hermann Stilke*. Für die weitere Öffentlichkeit wirkte Stilke vor allem durch die Einrichtung des Zeitschriftenvertriebs in Straßenkiosken und auf Bahnhöfen, in den freilich erst seit dem Ausbruch des Weltkriegs auch die sozialistische Publizistik einbezogen wurde, die vorher, ein deutsches Charakteristikum, aus solcher Öffentlichkeit verbannt war. Stilke verlegte die Preußischen Jahrbücher, mit deren Herausgeber Hans Delbrück er freundschaftlich verbunden war. Schon vor der Übernahme des Verlags hatte er die Gegenwart herausgegeben, in der Maximilian Harden unter dem Pseudonym *Apostata* seine ersten aufsehenerregenden Artikel schrieb.

Kurze Chronik Bei der Feier der Immatrikulation sprach der Rektor der Universität Köln Ernst

Walb über den Untergang und die Möglichkeiten der Wiederaufrichtung der *studentischen Selbstverwaltung*. Diese könne nur auf der Basis bedingungsloser Anerkennung der Republik und eines energischen Wirkens für die Erhaltung des europäischen Friedens neu erstehen. ◊ Einen sehr interessanten Bericht über die finanziellen Einnahmequellen und die Lage der *amerikanischen Hochschulen* gibt das Bundesamt für Erziehungswesen in Washington. Es existieren in den Vereinigten Staaten 975 staatlich anerkannte Hochschulen, die eine Gesamtjahreseinnahme von 480 Millionen Dollars haben. Davon kamen 1927 50 Millionen aus Studiengeldern, 116 aus öffentlichen Mitteln, 168 aus privaten Stiftungen. Die privaten Zuwendungen sind also bei weitem größer als die öffentlichen Unterhaltskosten. Sämtliche Anstalten werden auf einen Gesamtwert von 2 335 Millionen Dollars geschätzt. Von den Hochschulen stehen 821 unter privater, 154 unter öffentlicher Kontrolle. Es bestehen 180 theologische, 136 juristische, 77 medizinische, 67 pharmazeutische und 43 zahnärztliche Anstalten. An allen zusammen promovierten im letzten Jahr zirka 100 000 Studenten und Studentinnen. ◊ Als Lehrer für die neuerrichtete Professur für *Zeitungswissenschaft* an der Universität Berlin wurde Emil Dovifat berufen, der seit längerer Zeit an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin über Zeitungskunde gelesen hat. Auf Veranlassung Mussolinis wurde in Perugia ein Lehrstuhl für Zeitungswesen errichtet.

Literatur

Das Spektrum Europas nennt *Hermann Graf Keyserling* sein neues Buch /Heidel-

berg, Niels Kampmann/. Seine These ist, daß ein besseres, freiheitliches und einheitliches Europa im Werden begriffen ist. Die europäischen Nationalkulturen werden demnach nicht mit Rücksicht auf das behandelt, was sie für sich sein mögen, sondern mit Rücksicht auf diejenige Sonderanlage, in der sich das Europäische, das Menschheitliche am vollendeten ausprägt. Da diese Sonderanlagen bei allem, was sie verbindet, untereinander verschieden sind, so ergibt sich ein geistiges Europa, das bei aller Einheitlichkeit doch differenziert ist. Andererseits tritt das Gemeineuropäische sofort deutlich in die Erscheinung, wenn die Kultur Europas den wichtigsten außer-

europäischen Kulturkreisen gegenübergestellt wird. Vielleicht liegt es an Keyserlings persönlicher Vorliebe für das Individuelle, daß die Betrachtung allzuoft ins allzu persönliche Werturteil abgeleitet. Andererseits hat die Darstellung den Vorzug, daß sie das kulturell Besondere aus einer reichen persönlichen Anschauung des geistigen Lebens der verschiedenen Völker und Kontinente heraus zu erfassen weiß. Sie wird freilich durch eine gewisse Vornehmerei beeinträchtigt; auch zahlreiche Geschmacksverirrungen im Ausdruck scheinen damit zusammenzuhängen. Aber diese Mängel werden durch eine Reihe guter kulturphilosophischer Beobachtungen und Gedanken aufgewogen. Man sieht bei solchen Gelegenheiten immer wieder, wie selten in der deutschen Literatur Autoren sind, die über Welterfahrung verfügen; denn sonst könnte nicht das, was selbstverständliche Voraussetzung sein müßte: die Verbindung philosophischer Schulung des Geistes mit weltweiter Anschauung des kulturellen Lebens der Gegenwart in den verschiedenen Ländern und Erdteilen, als exzeptionelle Qualifikation wirken. Es sei zum Schluß noch angemerkt, daß Keyserling im Zusammenhang der Herausarbeitung des Unterschiedsbewußtseins Europas gegenüber Amerika auch die sehr interessanten Beobachtungen heranzieht, die C. G. Jung über gewisse, bisher noch wenig beachtete Seiten in der amerikanischen Massenpsyche in einem Vortrag Die Erdbedingtheit der Psyche (gedruckt im Leuchter / Darmstadt, Otto Reichl/) gemacht hat. Ob dagegen Keyserling das Richtige trifft, wenn er, im Anschluß an eine von Guglielmo Ferrero geäußerte Meinung, am heutigen England eine »zwar widerwillige, aber unaufhaltsame geistige Kontinentalisierung« feststellen zu müssen glaubt, bleibt abzuwarten. Zunächst sehen wir gerade umgekehrt eine fast lächerlich wirkende subalterne Unterordnung der "gebildeten" Kreise kontinentaler Länder, namentlich Deutschlands, unter England und englisches Wesen: so sehr, daß man in den Berliner Schulen das Französische durch das Englische verdrängen will (siehe hier den Artikel Kleineibsts Englisch statt Französisch?, 1928 I Seite 38 und folgende), und ein Briefschreiber in der Vossischen Zeitung neulich gar Englisch als allgemeine Weltsprache einzuführen vorschlug. Es ist die höchste Zeit, daß sich der Kontinent von diesem (psychoanalytisch gesprochen) Minderwertigkeitskomplex befreit, will er seine produktive Zukunft nicht gefährden.

Frauenbewegung / Mela Corssen

Amerikanerin Nach manchen Schilderungen amerikanischer Zustände kann es scheinen (und wird vielfach geglaubt), als sei in Amerika die Frau am weitesten fortgeschritten in ihrem Verhältnis zum Mann und zur Gesamtheit. Wie ja überhaupt Amerika bei uns in allem als Vorbild angesehen wird: als das Land, das, unbelastet durch Tradition, auf dem Entwicklungsweg der Menschheit den höchsten Punkt erreicht habe. Aber dieser Glaube beginnt, wie neuere Stimmen über Amerika erkennen lassen, doch wohl etwas zu wanken. Und so ist es auch wohl angezeigt über die Bedeutung der Frau in Amerika von neuem nachzudenken. Wie man weiß, genießt die Frau in Amerika eine bevorzugte Stellung. Nicht nur, daß ihr die Wege zu Bildung und Beruf, die sich die europäischen Frauen mühsam erkämpfen mußten, von Anfang an offen standen: die Frau wird als Wesen höherer Art gewertet, der Mann hält es für seine Pflicht ihr alle Steine aus dem Weg zu räumen. Daher kennzeichnet die Amerikanerin eine große Sicherheit und Selbständigkeit, eine Beherrschung der äußeren Dinge, eine "Lebenstechnik", etwa in der Vereinigung von Beruf und Ehe, die ihr allerdings vielfach der Mann sehr erleichtert, ja erst ermöglicht; auch eine größere Selbstverständlichkeit in ihrem Verhältnis zum Beruf, die gewiß einen Vorsprung vor der Europäerin bedeuten. Alice Salomon meint in ihrem Buch Kultur im Werden, das »amerikanische Reiseeindrücke« wiedergibt /Berlin, Ullstein/, sie würde, wenn sie noch einmal als Frau auf die Welt kommen sollte, nur wünschen in Amerika geboren zu werden. Bei einer Kämpferin der deutschen Frauenbewegung ist dieser Stoßseufzer schließlich zu verstehen. Aber es fragt sich nun doch, ob diese Bevorzugung wirklich der Frau zur innern Förderung gereicht. Liest man den Reisebericht A. E. Johans in der Vossischen Zeitung vom 29. Dezember 1927, betitelt Die vergötterte Frau, sowie Ferruccio Busonis in jedem Betracht bemerkenswerten Offenen Brief über Amerika, der am 21. Juli 1915 an die Vossische Zeitung gesandt wurde, aber erst am 27. Mai 1928 dort erschien, so hat die Haltung der Männer gegenüber dem weiblichen Geschlecht Formen angenommen, die nur als läppisch bezeichnet werden können. Wenn der Mann die Frau in einen Weihrauchnebel einhüllt und ein Götzenbild aus ihr macht, kann

wahre innere Selbständigkeit, kann auch bloß Menschlichkeit in der Frau nicht aufkommen. Und in der Tat ist das Bild, das man aus Berichten wie aus belletristischen Schilderungen, zum Teil von amerikanischen Frauen selbst, von der Amerikanerin gewinnt, keineswegs geartet uns zu überzeugen, daß Amerika das Land ist, in dem die Frau alle ihre geistigen und seelischen Kräfte entfaltet. Fast erschreckend wirkt in mehr als einer Beziehung ein Roman Mannequin von Fannie Hurst, der deutsch in Wien bei Paul Zsolnay erschien. Zunächst schon dadurch, daß dieses Buch, nach europäischen Begriffen eine sentimentale Minderwertigkeit, höchstens das Niveau Courths-Mahler erreichend, als »bester Frauenroman Amerikas« mit 50 000 Dollars preisgekrönt ist: nicht, daß es keine besseren amerikanischen Frauenromane gäbe, aber die geistige Anspruchslosigkeit, die sich in der Preiserteilung ausdrückt, muß in Erstaunen setzen. Dann durch das Frauenideal, das hier aufgestellt wird; eine Frau, deren größter Vorzug die Fähigkeit ist schöne Kleider elegant zu tragen, sich überhaupt für »schöne Dinge« zu interessieren und Geld dafür auszugeben, eine Frau etwa, deren größter Stolz es ist ein Haus zu besitzen, das »eine genaue Nachbildung der Villa d'Este« ist, ohne daß ihr oder der Verfasserin des Romans dabei der Talmicharakter einer solchen "Kultur" zum Bewußtsein käme. Endlich durch eine bezeichnende Episode: Der Verlobte der Heldin schreibt einen Artikel dagegen, daß Frauen, die des Mordes angeklagt sind, von amerikanischen Richtern immer freigesprochen werden; am selben Tag, an dem der Artikel erscheint, wird seine Braut selbst eines Mordes angeklagt (den sie tatsächlich nicht begangen hat), und es gelingt ihrer engelhaften Persönlichkeit die natürlich nun gegen sie eingenommenen Richter von ihrer Unschuld zu überzeugen. Einem ernstesten Problem wird durch eine fade Romanwendung die Spitze abgebrochen. Es ist der Eindruck der vollendeten Oberflächlichkeit, den man aus diesem Buch von der amerikanischen Frau erhält. Die Gefahr der seelischen Verödung, der die Amerikanerin ausgesetzt ist, wird in einer der sehr feinen Skizzen Marta Karlweis' in ihrem Buch Eine Frau reist durch Amerika /Berlin, S. Fischer/ (einem der wenigen deutschen Amerikabücher, das nicht nach dem allgemeinen amerikabyzantinischen Klischee verfaßt ist sondern eigene Eindrücke zeigt, die daher ganz anders sind als die

der sonstigen Amerikafahrer) eindringlich und erschütternd dargestellt. Sie heißt das Luxusherz und schildert eine Frau, die, von klein auf wegen ihrer Schönheit und Güte vergöttert, selbst ganz in ihr eigenes gutes Herz verliebt, ganz auf sich selbst konzentriert, innerlich förmlich ausgehöhlt, ein grauenvolles Larvendasein führt. Und es ist auch nicht so, daß die Frau, die anscheinend über dem Mann steht, nun wirklich innerlich frei und unabhängig wäre. Man liest die Bekenntnisse einer erfolgreichen Frau von M. van Vorst, übersetzt von Hans Winand /Berlin, Erich Reiß/, und ist erstaunt zu sehen, daß deren "Erfolge" durchaus nicht etwa in eigenen Leistungen bestehen sondern lediglich darin, daß ihr alle Männer, die ihr begegnen, zu Füßen liegen, und daß ihr etwas wankelmütiger und waschlappiger Gatte ihr schließlich auch bedingungslos ergeben ist. Daß die amerikanischen Frauen, denen das kulturelle Leben zum größten Teil überlassen ist, geistig nicht produktiv sind, stellt auch Alice Salomon fest. Der Bildungstrieb gehe in die Breite, nicht in die Tiefe; die geistige und politische Freiheit sei beschränkt. Salomon glaubt allerdings, daß statt dessen die Frauen Amerikas im Begriff seien eine soziale Kultur zu schaffen. Sie weist dabei auf die Arbeit Jane Addams' und Lillian Walds hin, die beide mit Idealismus und Hingabe Bedeutendes geschaffen hätten. Aber es ist doch fraglich, ob die Initiative, dazu einzelner, in sozialer Hilfstätigkeit schon ausreicht eine neue Kultur zu begründen. Denn einmal wird vom Menschen eben auch noch anderes zu schaffen gefordert, und dann genügt auch den sozialen Problemen gegenüber noch nicht der Wunsch zu helfen und zu lindern. Es ist interessant, daß eine Amerikanerin selbst, Anne Martin, in einem Aufsatz Frauen und Politik in Amerika (in dem von Margarete Driesch herausgegebenen Sammelband Frauen jenseits der Ozeane /Heidelberg, Niels Kampmann/) darüber klagt, daß es den Frauen im allgemeinen an wirklich sozialem Gefühl fehle, daß sie die Interessen der Farbigen, Schwachen, Enterbten vernachlässigen, daß sie »absichtsvoll, aber unbewußt "bourgeois"« seien. Man denke in diesem Zusammenhang an die Haltung der amerikanischen Frauen zum Fall Sacco-Vanzetti, worüber hier in dem Artikel Stössingers Das wirkliche Amerika (1927 II Seite 721 und folgende) einiges ausgesagt wurde. Auch aus den anmutig plaudernden Berichten Vivi Laurents, einer schwedi-

schen Studentin, die ein Jahr als Dienstmädchen in Amerika zubrachte (Vivis Reise betitelt /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/) gewinnt man einen ähnlichen Eindruck; unverbildete Menschlichkeit findet sie mit wenig Ausnahmen stets nur unter dem Dienstpersonal, vor allem auch unter dem schwarzen, und die Behandlung der Neger erfüllt sie mit Empörung. Es fehlt, außer bei einzelnen starken Persönlichkeiten, der Blick in die Tiefe, das revolutionäre Herz, das sich gedrängt fühlt die Welt von Grund aus umzugestalten. Damit soll nicht gesagt sein, daß dies bei allen anderen Frauen der Welt vorhanden sei, aber es sollte da wirksam sein, wo der Frau Macht gegeben ist zu wirken, ihr Eigenes einzusetzen. Anne Martin sagt denn auch, daß der wirkliche politische Einfluß der Frauen gering sei, weil es ihnen an Solidarität fehle. Auch ist bei den proletarischen Frauen von einer Vorzugsstellung nichts zu spüren. Das Buch Emma Walders Die Beteiligung der Frauen an der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung /Weinfelden, Neuen-Schwandersche Verlagsbuchhandlung/ läßt die gleichen Erscheinungen wie in Europa erkennen: Die Frau wird schlecht bezahlt, ist schwer zu organisieren und wird an die Wand gedrückt. Und geradezu erstaunlich ist, was alle Schilderungen beweisen, wie die angeblich so freie amerikanische Frau eingeeignet ist in Konventionen, viel starrer und pedantischer als in Europa, die zu durchbrechen oder nur zu lockern sie nicht die Kraft findet. Aber es ist ja auch ganz klar, daß sich Kräfte nicht oder nur unvollkommen entfalten können, wo dem Menschen eingeredet wird, er sei schon vollkommen. Der stärkste Ansporn menschlichen Strebens entspringt in dem Gefühl des Ungenügens, an der Welt und an sich selbst. Wo dieser Stachel fehlt, ist es natürlich, daß das Leben an der Oberfläche dahin treibt. Denn es ist nicht so, daß in den amerikanischen Frauen keine Kräfte vorhanden wären, die sich entwickeln könnten. Sie haben sie in den Anfängen der amerikanischen Geschichte bewiesen, als sie gemeinsam mit den Männern das Land erschlossen und urbar machten. Solche Frauen schildert Emma Wold in der oben genannten Drieschschens Sammlung, in einem Aufsatz Frauen als Pioniere und Siedler in den Vereinigten Staaten. Aktiven Idealismus und Solidarität beweisen auch, wie dort aus der Darstellung Emma Walders und aus dem Aufsatz Burnita Shelton Matthews' Ein Blick in

das Leben der arbeitenden Frauen hervorgeht, die Arbeiterinnen in Streikbewegungen; verschiedene größere Streiks wurden nur von Frauen durchgeführt. Es scheint, daß in der jungen Generation Amerikas, bei Männern wie bei Frauen, jetzt Zeichen neuer Wandlungen sichtbar werden. Zunächst und vor allem Zeichen des Ungenügens an dem Bestehenden, Zeichen der Kritik, die der Beginn fruchtbarer Entwicklung sein kann. Sehr aufschlußreich ist dafür das bekannte Buch des Jugendrichters Ben B. Lindsey Die Revolution der modernen Jugend /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Es zeigt mit erschreckender Deutlichkeit eine im konventionellen Schema, in Vorurteil und Ahnungslosigkeit erstarrte Gesellschaft; ihr gegenüber steht eine Jugend, die entschlossen ist an allen überlieferten Formen der Ehe und des Geschlechtslebens radikale Kritik zu üben, alles auf die Probe zu stellen, alle Fragen von sich aus neu zu lösen. Lindsey hebt an dieser Entwicklung, die zunächst ins Chaos zu führen scheint, vertrauensvoll und optimistisch das Positive hervor: den Mut und die Ehrlichkeit, mit der die Jugend bemüht ist mit Scheinsittlichkeit und Heuchelei aufzuräumen. Er erzählt an einer Stelle, die Mädchen seien der Ansicht, daß alle Freiheiten im geschlechtlichen Verkehr begrüßenswert seien, wenn sie der Prostitution entgegenwirkten. Sicher ist hier die Möglichkeit einer Entwicklung zum Bessern gegeben, obwohl aus all den Fällen, die Lindsey berichtet, bestenfalls nur der gute Wille, oft auch nur die Neugier oder der Drang Fesseln abzuwerfen, zu erkennen ist, kaum je die Kraft zu neuer Lebensführung. Denn wenn er den Mädchen aus der guten Gesellschaft, die zu ihm kommen, weil sie nicht weiter wissen, helfen will, so kann er es in den meisten Fällen auch nur, indem er sich den Formen der Gesellschaft anpaßt, die "Verirrungen" der Mädchen verheimlicht und ihnen ermöglicht in ihrer ursprünglichen Lebenssphäre weiterzuleben. Bei vielen Mädchen, von denen er erzählt, fällt auch eine eigentümliche Instinktunsicherheit, ein Mangel starken und klaren Gefühls auf, der diese ganze wohlmeinende, doch rein intellektuelle Beratung erst möglich macht. Vorläufig ist diese »Revolution« der Jugend noch wesentlich negativ. Ehe tiefere Kräfte erwachen, wird sie neue Lebensformen nicht schaffen. Denn so einfach, wie Lindsey selbst es darstellt, so als ob nichts als Aufklärung dazu notwendig sei, wird die Entstehung einer

neuen Sittlichkeit nicht vor sich gehen. Man hat allerdings oft den Eindruck, als ob sein Wirken nicht so rationalistisch sei wie er selbst es schildert, als ob in vielen Fällen doch ein tieferer, ihm selbst vielleicht nicht klar bewußter Einfluß von seiner starken und gütigen Menschlichkeit auf alle diese jungen Menschen ausgegangen sei. Jedenfalls gibt es Anzeichen, daß man nicht nur in den äußeren Formen sondern auch im innern Leben Mangel zu fühlen beginnt. So ist es von Interesse, daß Theodore Dreiser in seinem Roman *Jennie Gerhardt* /Wien, Paul Zsolnay/ ein Frauenideal zeichnet, das zunächst förmlich überrascht: Dem traditionellen Typus der klugen und weltgewandten Dame, die im Besitz aller wünschenswerten Bildung ist und berechnend und siegessicher ihre Netze nach dem Mann, den sie begehrt, auswirft, ist als Verkörperung edlerer und echterer Weiblichkeit die Tochter eines deutschamerikanischen Arbeiters gegenübergestellt, wirklich ein "deutsches Mädchen", eine Gretchengestalt, hingebend, aufopfernd und demütig, ohne äußere Bildung und Kenntnisse, aber von tiefem und zartem, zugleich leidenschaftlichem Gefühl. Sherwood Anderson stellt in einer Novelle *Aus dem Nirgends ins Nichts* /Leipzig, Inselverlag/, die eigentümlich unamerikanisch anmutet, im Schicksal einer Frau seelische Auflockerung und Vertiefung dar. Fast wie eine künstlerische Illustration zu dem Buch Lindseys wirkt der Roman *Edna Ferbers Die Mädchen* /Hamburg, Gebrüder Enoch/, doch mit einer Erweiterung ins Irrationale. Es wird da in 3 Generationen von Frauen gegen die erstarrten Konventionen einer überlebten Gesellschaft gekämpft, deren Engherzigkeit von einer kaum faßbaren Lächerlichkeit ist. Aber dieser Kampf geht nicht nur um das Abwerfen eines Zwangs sondern zugleich um einen volleren und tieferen Lebensinhalt, und das Interessanteste an dem Buch ist eigentlich, daß die Befreiung und Erfüllung am vollständigsten der Vertreterin der 1. Generation gelungen ist, der alten Tante Charlotte, die nach einer jäh abgebrochenen Jugendliebe ganz von innen heraus, ganz ohne alles äußere Erleben zu einem warmen und weitblickenden Menschen gereift ist, so daß sie am Ende ihres Lebens sagen kann: »Ich habe mich kaum von der Stelle gerührt, wo ich geboren bin, aber ich habe die ganze Welt gesehen. Weiß Gott.« Eine innere Wandlung im Leben der amerikanischen Frau stellen auch

die verschiedenen Frauenbilder dar, die Marta Karlowitz zeichnet. Neben der Frau mit dem Luxusherzen sind darunter auch noch andere, die an innerer Leere leiden, und die letzte Novelle *Furchtbare Dämmerung* schildert dann das Erwachen der Seele in der amerikanischen Frau. Ein Mädchen aus einer "tonangebenden" Familie, eingezwängt in Schicklichkeitsvorschriften, spürt den Drang zur Selbständigkeit, wird Pflegerin und erlebt während einer Grippeepidemie so Erschütterndes, sieht so tief in das Elend und das Leben hinein, daß sie ganz über die Scheinwelt, in der sie bisher lebte, hinauswächst. Daß auch in der Wirklichkeit Neues sich anbahnt, darauf deutet vielleicht unter anderm auch ein Bericht in der *Christlichen Frau* vom September 1927, in dem Marie Fuchs erzählt, daß die junge Amerikanerin sich heute mit Begeisterung und Lebhaftigkeit für eine bessere Behandlung der Neger einsetze; hier freilich dürfte der Wunsch, der aus spärlichen Einzelfällen gleich auf das Ganze schließt, der amerikanischen Wirklichkeit weit vorausseilen.

Wenn die Energie und Sicherheit in der Beherrschung des äußern Lebens sich mit einer neuen seelischen Vertiefung verbindet, und wenn an die Stelle törichter Verherrlichung eines Geschlechts eine freie und ehrliche Kameradschaft der Geschlechter tritt und den Weg zu gemeinsamem Vorwärtsschreiten öffnet, wird auch die amerikanische Frau an den Aufgaben der Menschheit wertvolle Mitarbeit leisten können. Einstweilen aber zeugt es nicht gerade von geistigem Tiefblick, wenn man bei uns die Haltung der amerikanischen Frau, dem Mann wie den Dingen gegenüber, als "vorbildlich" bewundert.

Orientalin Wenn die Amerikanerin die größte äußere Freiheit genießt, so scheint die

Orientalin die am tiefsten versklavte Frau zu sein. In der Tat ist oder war, vor allem in der Türkei oder in Indien, die Abhängigkeit der Frau vom Mann, die sich besonders in der Polygamie ausdrückt, unwürdig. Vielfach galt nur der Mann als wirklicher Mensch, die Frau nur als sein Werkzeug. Aber die Frauen haben überall begonnen ihre Ketten zu brechen.

In der *Türkei* ist die Polygamie abgeschafft, das Scheidungsrecht, das dem Mann große Vorrechte gab, reformiert, der Schleier, der der Frau den freien Blick in die Welt verwehrte, ist größten-

teils gefallen, wenn auch in einzelnen Gebieten, so in Syrien, noch darum gekämpft wird. Die Frauen dringen immer mehr in das Berufsleben ein. Chalide Edib, eine Führerin der türkischen Frauenbewegung, schildert in ihrem Roman *Das Flammenhemd* /Wien, Interterritorialer Verlag Renaissance/, wie die türkische Frau an der nationalen Bewegung der Türkei starken innern Anteil nimmt. Ihre Lebenserinnerungen, die in englischer Sprache in der Century Company in New York erschienen, geben ein bewegtes Bild der Wandlungen des türkischen Frauenlebens.

Die Frauen in Ägypten erstreben eine ähnliche Reform der Ehegesetze, wie sie in der Türkei durchgeführt ist.

In Syrien sind verschiedene Frauenorganisationen entstanden, die eine bessere Bildung der Frauen erreichen wollen, in Beirut allein 30.

In Indien, dessen Frauen vor allem unter dem System der Kinderehe leiden, kämpft die nationale Bewegung auch für die Frauen. Die Nationalversammlung verkündete die politische, soziale und ökonomische Freiheit der Frau. Vor 2 Jahren wurde der Nationalindische Frauenverband gegründet, der vor allem gegen die Frühehe kämpft. Es besteht ein Verband für Geburtenreglung. Die Organisation der Arbeiterinnen wird auch in Indien in Angriff genommen.

Auch in China haben die Frauen, obwohl ihre Stellung in der Familie besser und würdiger ist, noch viel zu erkämpfen. Nicht nur, daß sie vielfach in ihrer äußern Bewegungsfreiheit noch sehr eingeengt sind, wie es die Schilderungen Dorothea Hosies in ihrem Buch *Menschen in China* /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ deutlich machen. Es herrscht noch das System der Nebenfrauen, das die Frau als Persönlichkeit entwürdigt. Das Bildungsniveau ist im allgemeinen niedrig; vor 4 Jahren wurde festgestellt, daß erst 2% der Mädchen eine Schule besuchen. Allerdings sind Fortschritte zu verzeichnen: von 1909 bis 1924 hob sich die Anzahl der Schülerinnen in den Mädchenschulen von 12 164 auf 417 170. Die Lage der Arbeiterinnen ist trostlos. Auch in China wirken wie in der Türkei und in Indien die Frauenbewegung und die nationale Selbständigkeitsbewegung zusammen. Die Kuomintang hält, wie Tsan Wan in dem Aufsatz *Die Kuomintang und die chinesische Frauenbewegung* in der Drieschschen Sammlung erklärt, die Frauenbewegung für eine der stärksten Kräfte der nationalen Bewegung und hat sich eine besondere Ab-

teilung für Frauenbewegung angegliedert, die ein ausführliches Programm für die Befreiung der Frau verfolgt. Ihr wichtigstes Ziel ist die Bildung der Bauern- und Arbeiterfrauen. Aber auch die Frauenbewegung, die vor der Revolution hauptsächlich von den Lehrerinnen getragen wurde, hat sich, wie Florence N. Sutton in einem Artikel *Die Frauenbewegung in China* im Nachrichtenblatt des Internationalen Frauenbunds berichtete, der Kuomintang angegliedert, so daß eine einheitliche vorwärtsdrängende Bewegung entstanden ist. Die Witwe Sunjatsens richtete eine Schule für Politik ein, an der für die neuen Frauen Chinas Geschichte, Politik, Sozialwissenschaften gelehrt werden.

In Japan, das schon länger unter europäischem Einfluß steht, ist die Stellung der Frau bereits stärker gewandelt. Es besteht allgemeine Schulpflicht auch für Mädchen; die Frauen nehmen in weit höherem Maß als in China am Berufsleben teil, vereinen sehr oft Beruf und Ehe und sind auch im Eherecht besser gestellt. Allerdings herrschen vielfach noch patriarchalische Ehesitten, die, wie auch in China, die Einfügung der Frau in die Familie des Gatten, in die Großfamilie verlangen, aber es ist darin keine Minderbewertung der Frau gegenüber dem Mann ausgedrückt. Es herrscht die Monogamie, und die Frau ist durch das Gesetz nur noch insofern benachteiligt, als Ehebruch nicht beim Mann, nur bei der Frau als Scheidungsgrund gilt. Die japanischen Frauen bekämpfen diese doppelte Moral, und die Anschauungen haben sich auch schon geändert; im Jahr 1926 fällte der Oberste Gerichtshof eine Entscheidung, die zur Voraussetzung hatte, daß auch der Mann seiner Frau die Treue halten müsse. Die japanische Frauenbewegung ist sehr lebendig; es gibt mehrere politische und kulturelle Frauenorganisationen und eine große Anzahl von Frauenzeitschriften. So geht der Befreiungskampf der Frau wie eine große Welle durch den gesamten Orient. In einigen Ländern ist die Bewegung sehr vorgeschritten, in anderen, wie Persien, Mesopotamien oder Afghanistan, ist sie noch weit zurück. Aber überall hat sie sich viel schneller entwickelt als in Europa und Amerika, sie ist auf einen kürzern Zeitraum zusammengedrängt und trägt daher vielfach den Charakter des Sprunghaften und Gewalttätigen. Hier, wo die alte und die neue Frau unmittelbarer als sonst zusammenstoßen, läßt sich der Gegensatz zwischen beiden deutlicher er-

kennen, und zugleich wird fühlbar, daß die alten Lebensformen durchaus nicht nur Unterdrückung und Vergewaltigung bedeuteten, daß sie hohe Werte in sich trugen. Alle Fesseln, die die Frauen des Orients jetzt abgeworfen haben oder abwerfen, bildeten doch zugleich auch immer eine schützende Mauer, hinter der sich seelische Kraft und Zartheit von ungewöhnlicher Art entfalten konnten. Alle Berichte über die orientalischen Frauen stimmen darin überein, daß sie ihre ruhige Würde und Vornehmheit, ihr Taktgefühl und ihr Einfühlungsvermögen, ihre Selbstbeherrschung und Hingabefähigkeit rühmen. Wird es der Frau gelingen in der Luft der Freiheit ihre seelische Art zu bewahren? In den Zwiespalt, in den die Befreiung von alter Abhängigkeit die Frau stürzt, leuchtet ein Roman hinein, der zwar von einer Schwedin, Eira Hellberg, geschrieben ist, aber doch auf der Kenntnis türkischer Verhältnisse und der türkischen Frau beruht: Gülesa Ylayali, Briefe eines Haremsmädchens (Hamburg, Gebrüder Enoch). Die Heldin des Buchs steht in der neuen Freiheitsbewegung, sie entwirft ein erschreckendes Bild von der unwürdigen Stellung, in der sie aufwuchs und andere Frauen leben sah. Und doch fühlt sie auch, daß die alte Sitte sie schützend umschlossen hat, und daß in der Stille Kostbares gewachsen ist. Sehr deutlich wird das in einer Szene zum Ausdruck gebracht, wo sie einigen Frauen aus Europa und Amerika gegenübergestellt ist und sich vor ihrer Taktlosigkeit und Verständnislosigkeit kaum zu helfen weiß. Gülesa ist der neuen Freiheit nicht gewachsen, sie zerbricht daran. Daß dieses Schicksal in gewisser Weise für die moderne türkische Frau typisch ist, dafür spricht auch ein Aufsatz Max Fischers über Probleme der türkischen Frauenemanzipation, in der Frau vom Mai 1928, in dem besonders auf die Häufigkeit der Frauen-selbstmorde in der neuen Türkei hingewiesen wird. Die Gefahr eines zu plötzlichen Übergangs in neue Lebensformen wird auch in anderen Berichten über das Leben der Frauen im Orient betont. Von der Afghanin glaubt Charlotte Lehn, die mehrere Jahre als Ärztin in Kabul lebte, daß sie dem Kampf ums Dasein nicht gewachsen sein würde, wenn ihre Abgeschlossenheit, die im Schwinden begriffen sei, erst einmal ganz aufgehört habe. Verschiedene Japaner beklagen in Schilderungen der japanischen Frau, daß in der japanischen Jugend stellenweise eine unorganisch wirkende Nachahmung

des Amerikanertums um sich greife. Und gerade die Völker Ostasiens blicken auf eine hohe Kultur auch des Frauenlebens zurück. Ein schöner Beweis dafür ist der klassische Liebesroman der Chinesen, von dem neuerdings verschiedene Übersetzungen erschienen sind, deren eine unter dem Titel Eisherz und Edeljaspis (Leipzig, Inselverlag). Zwei durch Geistes- und Herzengaben gleich ausgezeichnete Menschen finden zu einander durch alle Hemmnisse, die ihnen Ehesitten von einer für europäische Begriffe allerdings unglaublichen Strenge auferlegen, und in deren Einhaltung sie ihre sittliche Kraft bewähren müssen; und zwar ist es gerade die Frau, deren Klugheit und Seelenstärke in ein besonders helles Licht gerückt sind.

Die Frau des Orients muß den Weg zur selbständigen Persönlichkeit und zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte, die heute die Beseitigung aller Abhängigkeit verlangt, gehen. Was die Amerikanerin erst neu in sich erschließen muß, die seelische Tiefe, kann sie aus ihrer Vergangenheit hinübernehmen in die neue Zeit. Es gibt einige Völker, von denen berichtet wird, daß die Frauen eine hohe und freie Stellung einnehmen, so die abessinische Frau, von der Alexandra Dabbert in der Drieschschen Sammlung ein interessantes Bild entwirft, und die Parsifrau in Indien, von der dort A. J. Sunavala erzählt, und doch die besondere Wesensart des Orients, die stille Würde, nicht entbehren. Vielleicht ist es auch den anderen Frauen des Orients beschieden ungebrochen und unverkümmert in die Freiheit hineinzuwachsen.

Berufsarbeit In der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin habilitierte sich Gertrud Kronfeld für Chemie. Ihre Antrittsvorlesung behandelt das photochemische Äquivalenzgesetz. Kronfeld ist die 8. Dozentin an der Berliner Universität. Die übrigen sind: die Professorinnen Paula Hertwig (Zoologie), Rhoda Erdmann (Allgemeine Biologie), Lise Meitner (Physik), die Privatdozentinnen Anneliese Wittgenstein (Innere Medizin), Charlotte Leubuscher (Staatswissenschaften), Hilda Pollaczek (Angewandte Mathematik), Charlotte Lorenz (Nationalökonomie). Auch sonst steigt die Anzahl der Hochschullehrerinnen. An der Universität Belgrad wurde als erste Frau Xenia Athanasijewitsch Professor in der Philosophischen Fakultät. An der Universität Tokio wurde Toshi Ko Sekiya der erste weibliche Dozent.

Das Tätigkeitsfeld der Frau als *Juristin* erweitert sich in Deutschland andauernd. Als erstes weibliches Mitglied des deutschen Reichsgerichts wurde Katharina Müller, die Vorsitzende des Verbands der Weiblichen Handels- und Bureauangestellten, auf Vorschlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds zum Reichsarbeitsrichter ernannt. Zum ersten weiblichen Landgerichtsrat in Preußen wurde Maria Hagemeyer beim Landgericht in Bonn berufen. Erster weiblicher Rechtsanwältin am Kammergericht in Berlin wurde Grete Auerbach.

In Peking wurde eine Schule zur Ausbildung weiblicher *Polizeibeamter* errichtet. Sie sind vorwiegend dazu berufen an der Bekämpfung der Opium- und Spielhöllen, die vielfach in weiblichen Händen sind, mitzuarbeiten.

Als erste *Schiffsführerin* Deutschlands bestand Christine Böttger in Husum ihre Prüfung als Schiffer auf Küstenfahrt. Nach einer neuern Statistik sind in den *Vereinigten Staaten* 8½ Millionen Frauen berufstätig, 2 Millionen verbinden Beruf und Ehe. In 737 von 752 Berufen sind sie eingedrungen. 635 000 sind Lehrerinnen, 564 000 Bureauangestellte, 140 000 Krankenpflegerinnen, 13 000 Bibliothekarinnen, 9 000 Ärztinnen und 9 000 Schriftstellerinnen und Journalistinnen.

Jubiläen Die Führerin der deutschen Frauen in Siebenbürgen *Adele Zay* wurde am 29.

Februar 80 Jahre alt. Sie leitet die Kindergärtnerinnenbildungsanstalt, der ihre Lebensarbeit galt. Aber auch für die allgemeine Zulassung der Frauen zum Lehrberuf und für ihre Mitarbeit im öffentlichen Leben hat sie sich bahnbrechend eingesetzt.

Am 15. März wurde *Lida Gustava Heymann* 60 Jahre alt. Eine leidenschaftliche Kämpferin, stand sie stets in der vordersten Reihe, wenn es galt für die Frau Freiheit und gleiches Recht zu erringen. Sie kämpfte auf dem linken Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung um das Frauenstimmrecht. Seit seiner Einführung wirkt sie, Mitbegründerin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, hauptsächlich in ihrer Zeitschrift *Die Frau im Staat* für den politischen Einfluß der Frauen, als deren wichtigste Aufgabe ihr die Förderung des Weltfriedens erscheint.

Am 9. April wurde *Helene Lange* 80 Jahre alt. Die deutsche und die internationale Frauenbewegung brachten ihr zu diesem Tag in Wort, Schrift und Feier Dankbarkeit und Verehrung zum

Ausdruck. Die preußische Regierung ließ ihr die Silberne Staatsmedaille für Verdienste um den Staat überreichen. Diese Ehrungen geben Zeugnis von einem Lebenswerk, das in der Tat Geschichte gemacht hat. Lange ist eine Persönlichkeit von ganz starker und ursprünglicher Lebens- und Arbeitskraft, sie hat den deutschen Frauen den Weg zum Studium und zum bestimmenden Einfluß auf die Frauenbildung freigemacht und damit vielen Frauen die Möglichkeit eines innerlich erfüllten Lebens erschlossen und der Frauenbewegung einen ihrer stärksten Impulse gegeben. Wie befreiend ihr Einfluß gewirkt hat, davon gibt ein Rückblick der Ärztin Hermine Heusler-Edenhuizen in dem Helene Lange gewidmeten Aprilheft des Nachrichtenblatts des Bundes Deutscher Frauenvereine, betitelt Helene Lange und die höhere Tochter von früher, einen lebendigen Eindruck. In einer Zeit, als, wie Gertrud Bäumer in der Frau in einer Betrachtung Geschichte in 8 Ringen ausführt, für die Frauen und ihr selbständiges Wirken so wenig Raum war wie nur je, wurde es ihre Aufgabe von der Seite der Bildung her, die sie, geistig genährt vom deutschen Idealismus, ganz innerlich erfaßte, den Weg zu bahnen für die Mitarbeit der Frau an Kultur und Staat. Bei ihrer Lebensarbeit, in die 2 Bände ihrer Reden und Schriften, Kampfzeiten überschrieben (Berlin, F. A. Herbig), einen Einblick geben, wurde sie stets von der Überzeugung geleitet, daß es nicht darauf ankomme der Frau Rechte zu erkämpfen sondern ihr für Leistungen Raum zu schaffen, Leistungen, deren besondere Art sie gern als eine erweiterte, über den Kreis der Familie in das Gemeinschaftsleben ausstrahlende Mütterlichkeit bezeichnete. Am 8. Juni wurde *Adele Gerhard* 60 Jahre alt. Sie war im Anfang ihrer Entwicklung in der sozialistischen Bewegung tätig, an der sie besonders das Genossenschaftswesen interessierte; gemeinsam mit Helene Simon verfaßte sie das Werk *Mutterschaft und geistige Arbeit* (1908). Dann wandte sie sich der literarischen Behandlung von Problemen des Frauenlebens zu, deren feinste, der Roman *Am alten Graben* (1917), die Schilderung einer Frau auf der Grenze der alten und neuen Zeit, darstellt. In ihren letzten, reifsten Romanen und Novellen, vor allem dem Roman *Pflüger* (1925), gestaltet sie, nicht in unmittelbar zeitgeschichtlicher Form sondern in symbolischer Verhüllung, die großen Er-schütterungen der letzten Jahre.

In England feierte man am 28. April die 100. Wiederkehr des Geburtstags *Josephine Butlers*, die im Jahr 1906 starb. Sie setzte ihr Leben an den Kampf gegen die Reglementierung der Prostitution; in England und auf dem Kontinent warb sie unermüdlich und aus tiefster innerer Überzeugung für den Gedanken einer neuen Moral, und die Gründung der Internationalen Abolitionistischen Föderation im Jahr 1877, ebenso die Abschaffung der Reglementierung in England /1886/ ist zum großen Teil der Tatkraft Josephine Butlers zu danken.

Kurze Chronik Auf der Internationalen Presseausstellung in Köln heißt eine Abteilung *Frau und Presse*. Sie besteht aus 2 Teilen, einem historischen und einem modernen, fachlich gegliederten. Dieser enthält 10 Gruppen; Allgemeine Frauenzeitschriften, Religiöse Frauenzeitschriften, Hausfrauenzeitschriften, Kunst- und Frauenkulturzeitschriften, Rhythmik- und Sportzeitschriften, Soziale und karitative Frauenzeitschriften, Pädagogische Frauenzeitschriften, Die Presse der Berufsorganisationen und weiblichen Gewerkschaften, Weibliche Jugendzeitschriften, Die Presse der wissenschaftlich tätigen Frau. An der Ausstellung beteiligten sich die großen bürgerlichen Frauenverbände Deutschlands und das Arbeiterinnensekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds, der Internationale Frauenbund, die katholischen und evangelischen Frauenorganisationen und die Frauengruppen des Roten Kreuzes. ◊ Eine Statistik aus der Zeitschrift *Frau und Meisterin* ergibt, daß bei Kontoristinnen, die in privaten Handelsschulen ausgebildet sind, *Stellenwechsel und Arbeitslosigkeit* fast 3mal so häufig sind als bei denen, die durch eine öffentliche Schule gingen; ein Beweis für die Notwendigkeit einer gründlichen Berufsausbildung. ◊ Der Reichsverband Die Verheiratete Lehrerin richtete eine Eingabe an den preußischen Kultusminister und Finanzminister, die sich gegen die Bestimmung wendet den *Beamtinnen*, die mit einem Beamten verheiratet sind, den Wohnungszuschuß zu entziehen. ◊ An der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin ist, zum erstenmal in Deutschland, *hauswirtschaftliche Betriebslehre* als Lehrfach eingerichtet worden; der Lehrauftrag hierfür wurde einer Frau, Maria Silberkuhl-Schulte, erteilt. ◊ Die *Fliegerin* Ruth Elders hat die Goldene Medaille der Stadt Paris erhalten.

Literatur

Die Frauengestalt der deutschen Frühe schildert *Gertrud Bäumer* in einem mit schönen Photographieen mittelalterlicher Plastik ausgestatteten Buch /Berlin, F. A. Herbig/. Mit geschichtlicher und künstlerischer Einfühlung arbeitet sie vor allem an den Frauengestalten des Naumburger und Bamberger Doms den wesentlichen Gehalt heraus, die religiöse Gebundenheit, die zugleich Kraft und Würde verleiht. ◊ Eine Ergänzung bildet ein Band der Sammlung *Deutsche Volkheit* /Jena, Eugen Diederichs/: *Deutsches Frauentleben* in der Zeit der Sachsenkaiser und Hohenstaufen, von Lulu von Strauß und Torney, die vorwiegend auf der literarischen Überlieferung ein Bild von dem reichen und vielgestaltigen Leben der Frauen im Mittelalter, von der Wandlung der in starker häuslicher Gebundenheit lebenden Frau des 10. Jahrhunderts zu der glänzenden Dame des Hochmittelalters aufbaut. ◊ Das Buch *Agnes von Zahn-Harnacks* *Die Frauenbewegung; Geschichte, Probleme, Ziele* /Berlin, Deutsche Buchgemeinschaft/ bietet eine gute und sachliche Übersicht über den Verlauf und die verschiedenen Aufgabengebiete der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung, vom Standpunkt ihres rechten Flügels gesehen. Überall werden der Stand der Probleme und die Stellungnahme der Frauenbewegung durchsichtig formuliert, so daß das Buch vor allem als Einführung Dienste leisten kann. Eine graphische Darstellung der beruflichen, konfessionellen und allgemein kulturellen Organisationen (in der allerdings linksstehende Verbände wie die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit und der Bund für Mutterschutz nicht berücksichtigt sind) ermöglicht einen klaren Überblick über den Umfang und die Gliederung der Frauenbewegung. Für das Ziel wird diese Formel gegeben: »Der Frauenbewegung geht es nicht um das Gleichsein sondern um das Anderssein, nicht um den Einklang mit dem Mann, noch weniger um den Diskord, sondern um den Akkord.« ◊ Seit Beginn des Jahres erscheint eine Zeitschrift, zuerst *Die Frau von heute*, dann das *Frauenmagazin* genannt /Berlin, Hintz, Otto & Co./ Sie vertritt nicht irgendeine politische oder weltanschauliche Richtung sondern verfolgt das Ziel der modernen Frau, die nicht von der Frauenbewegung erfaßt ist, aber sich doch vor die Aufgaben des Berufslebens und des öffentlichen Lebens gestellt sieht, auf allen Gebieten Anregung und Förderung zu vermitteln.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Schippel † Max Schippel, der, noch nicht 69 Jahre alt, am 6. Juni in Dresden, wo er die letzten Jahre als Professor wirkte, den Folgen einer Operation erlag, war ein Mann ganz eigenen Gepräges, dem eine durchgängig folgerechte Anpassung der sozialistischen Praxis an die jeweils gegebenen ökonomischen Verhältnisse am Herzen lag, und der eben darum so oft unter Ausspielung traditioneller Schlagworte als eigensinnig unzuverlässiger Eingänger befehdet und verdächtigt wurde. In seiner Leipziger Universitätszeit, wo er, zusammen mit dem Soziologen Paul Barth, einem geheimen akademisch-sozialistischen Disputierklub angehörte, zog ihn zunächst das Studium des damals hochgepriesenen Rodbertus an, über den eines seiner frühesten Bücher handelt. Aber rasch wandte er sich dann der unvergleichlich größeren, historisch bedeutungsvolleren Gedankenwelt Karl Marx' zu, neben deren mächtigen Perspektiven seinem jugendlichen Radikalismus die fraktionelle Parteipolitik kleinbürgerlich und abwegig erschien. Er schloß sich in Berlin den Kreisen der damaligen parteioppositionellen Bewegung an und übernahm mit großem Erfolg die Leitung der zur Vertretung dieser Richtung gegründeten Volkstribüne, die er im Gegensatz zum Berliner Volksblatt, das unter dem Sozialistengesetz ziemlich farblos geworden war, weit über die bloße Tagespolitik hinaus, in einem erfrischend radikalen jung-marxistischen Geist redigierte und durch die Hefte der von ihm geleiteten Berliner Arbeiterbibliothek trefflich ergänzte. Indes, gegen Ausgang der achtziger Jahre scheinen ihm Zweifel gekommen zu sein, ob jene Bewegung, aus der später die Unabhängigen hervorgingen, richtig beraten sei, ob er an verantwortlicher Stelle da noch mittun dürfe. Er legte damals die Redaktion nieder, in die auf seinen Vorschlag der Bearbeiter dieser Rundschau, den er als Mitarbeiter der Volkstribüne kennen gelernt hatte, gewählt wurde. Seine große Arbeitskraft, von der seine zahlreichen Bücher und Schriften, wie die Jahrzehnte hindurch regelmäßig fortlaufenden Aufsätze für die Sozialistischen Monatshefte und seine Rundschau im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Zeugnis ablegen, hat sich seit jener Zeit vor allem den Fragen sozialistischer Handels- und Wirtschafts-

politik zugewandt, die dann von selber auch auf die Behandlung der Kolonialprobleme und des sogenannten Imperialismus führten. Mit höchstem Eifer setzte er sich dafür ein, daß die vom Sozialismus dem geistigen Arsenal des Liberalismus entnommene Freihandelspolitik keinen sozialistischen Programmpunkt bilden dürfe, daß vielmehr die Frage "Freihandel oder Schutzzoll?" nach den jeweils gegebenen Interessen der Arbeiterklasse und der nationalen Wirtschaft zu entscheiden sei: eine Auffassung, die er auch seiner Beurteilung der Agrarzölle zugrunde legte. Überall verband er damit Ausblicke auf internationale Verhältnisse, besonders auf England und Übersee.

Aus der Fülle der Arbeiten Max Schippels seien hier nur die vorwiegend wissenschaftlichen Charakters angeführt (die vielen anderen bleiben den Rubriken vorbehalten, in die sie gehören): Das moderne Elend und die moderne Übervölkerung /1888/, Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Sozialdemokratie /1889/, Technisch-wirtschaftliche Revolutionen der Gegenwart /1891/, Die Währungsfrage und die Sozialdemokratie /1896/, Grundzüge der Handelspolitik /1902/, Zuckerproduktion und Zuckerprämiien /1903/, Amerika und die Handelsvertragspolitik /1906/, Koloniale Arbeitskräfte und internationaler Wirtschaftskrieg /1919/, Die Praxis der Handelspolitik /1922/.

Im Jahr 1919 ging Schippel nach Dresden, um die Leitung der Sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft zu übernehmen, die er 4 Jahre innehatte, bis ihm eine ordentliche Professur für Staatswissenschaften an der Technischen Hochschule dort übertragen wurde. Er wirkte nun von 1923 bis 1928 als Dozent und übte durch seinen ebenso tiefgehenden wie lebendigen Vortrag einen zum eigenen Nachdenken anregenden Einfluß auf seine Zuhörerschaft aus. Daher ließ sie es sich nach seinem Tod nicht nehmen bei seiner Einäscherung, obgleich nach seinem Wunsch niemand außer der Familie anwesend sein sollte, ihm ihre Verehrung zu bezeugen. Der Direktor des Volkswirtschaftlichen Instituts Hans Gehrig sagte da, als Sprecher einer Abordnung von Professoren und Studenten: »Im Namen der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der Sächsischen Technischen Hochschule und in deren Auftrag sowie im Namen des Volkswirtschaftlichen Instituts sage ich Max Schippel Dank für seine Kollegialität und für seine Mitwirkung bei den der

Abteilung zugewiesenen Aufgaben. Auf unsern Vorschlag 1922 zum ordentlichen Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere für Sozialpolitik, berufen, erfüllte er die hiermit verbundenen Pflichten bis zum letzten Wintersemester mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit. Vorbereitet war er für die Lehrkanzel durch reiche Erfahrung, weitverzweigtes Wissen und erfolgreiche literarische Betätigung. Er war eine Autorität auf dem Gebiet der Handels- und Kolonialpolitik, deren Probleme schon eine 1883 veröffentlichte Schrift behandelt. Ihm war eigen die Überzeugung, daß auf dem Gebiet der Wirtschaft die einzelnen Fragen nur relative, Zeiterfordernissen entsprechende Lösungen finden könnten. Das galt nach ihm auch für die Fragen des 8stündigen Arbeitstags und andere sozialpolitische, denen er später besonders seine Aufmerksamkeit widmete, in stetem Streben nach Objektivität. Vorurteilslos, ohne Bindungen durch Lehrdogmen, Interessen- oder Parteimeinungen behandelte er sie als Forscher, der die Ergebnisse seiner Arbeit außer in einigen größeren Werken vornehmlich in allgemeinverständlichen Aufsätzen niederlegte, denn er wollte zugleich sozialpolitisch wirken. Den mannigfachen, mit der Professur verknüpften Aufgaben gab er sich ebenfalls hin; alle Angehörigen des Volkswirtschaftlichen Instituts empfanden dankbar, wie er die bereits bestehende Sozialpolitische Abteilung ausbaute, insbesondere mit Überweisungen bedachte, die ihm als angesehenen Gelehrten zuzugingen aus allen Kreisen, denen die Sozialreform am Herzen lag. Wir Professoren konnten uns auf ihn als Kollegen verlassen, und deshalb kamen die Abschiedsgrüße an ihn aus innerer Überzeugung, als er entgegen unserer Bitte bereits vor der Jahrhundertfeier unserer Hochschule das Lehramt aufgab. Er wollte aber kolonialpolitische Untersuchungen wieder aufnehmen, die er über Erfüllung der Lehrpflichten hatte liegen lassen müssen. Ein herbes Geschick hat ihn daran verhindert, und damit haben die Sozialwissenschaften einen Mitarbeiter verloren, der noch viel zu ihrer Entwicklung hätte beitragen können. Und wir haben einen Mann verloren, der bescheiden und mit Nachdruck für seine Überzeugungen eintrat, der der Hochschule beim Ausbau insbesondere des volkswirtschaftlichen Studiums mithalf, der uns ein Kollege war, dessen Wesen ihm ein dauerndes Gedächtnis sichert.«

Dialektik In seinem Werk über die materialistische Geschichtsauffassung, das in dieser Rundschau (1928 I Seite 353 und folgende) gewürdigt wurde, geht Karl Kautsky auch auf die Bedenken ein, die ihm über die Fruktifizierung der Hegelschen Dialektik durch Marx gekommen sind. Es wäre zu begrüßen, wenn seine Ausführungen einen Anstoß zu einer erneuten und prinzipiellen Erörterung dieses Fragenkreises gäben, in dem so viel Verwirrung herrscht. Wie dringend das nottäte, zeigt unter anderm *August Thalheimers* Einführung in den dialektischen Materialismus (Berlin, Verlag für Literatur und Politik), eine Wiedergabe von Vorträgen, die der Verfasser an der sogenannten Sunjatsenuniversität in Moskau hielt. Der Zweck sei gewesen »den chinesischen Hörern zu erleichtern sich in den Hauptrichtungen der Weltanschauungen, die auf sie eindringen, selbständig zu orientieren«. Der marxistisch gebildete Leser werde bemerken, daß hier, wenn auch in knappster Form, eine Reihe von Gegenständen von Marx'schem Standpunkt aus zum erstenmal behandelt seien: so die antike Dialektik, die indische und chinesische alte Philosophie, die Entwicklung des innern Zusammenhangs der Hauptsätze der materialistischen Dialektik. Wenn die Hirne der Chinesen nicht gänzlich anders als die der Europäer gebaut sind, dürfte es ihnen bei dem völligen Mangel jeder leitenden Fragestellung und jedes planmäßigen Vorgehens in diesem Kursus nicht anders als dem Schüler im Faust gegangen sein, der seufzt: »Mir wird von alledem so dumm, als ging mir ein Mühlrad im Kopf herum.« Von der Absicht ihnen eine selbständige Orientierung in den Hauptrichtungen der Weltanschauungen zu ermöglichen werden sie wenig verspürt haben. Erfreulich sticht von einem derartigen ganz dogmatischen Verhalten eine im Rjasanowschen Marx-Engels-Archiv in Frankfurt erscheinende Studienreihe *A. Deborins* Zur Geschichte der Dialektik ab, deren 2. Artikel von der Dialektik bei Kant handelt. Besonders förderlich scheint der eingehende Hinweis auf Kants kleinen, sehr originellen Aufsatz Versuch den Begriff der negativen Größen in die Weltweisheit einzuführen, in dem Kant, wie Wilhelm Windelband in seiner trefflichen Geschichte der neuern Philosophie bemerkt hat, gleichsam vorahnend, vor jener Grundverwechslung warnte, die in der Hegelschen Dialektik später eine so verwirrende Rolle gespielt

hat. Kant hebt da mit allem nur denkbaren Nachdruck hervor, von welcher entscheidender Wichtigkeit es für jedes rationale Denken ist zwischen logischer und realer Gegensätzlichkeit, die er als reale Repugnanz bezeichnet, genau zu unterscheiden. Das Verhältnis in der Wirklichkeit einander widerstrebender Kräfte, von denen eine der andern Abbruch tut, also zum Teil das Wirken, das die andere, für sich allein betrachtet, hätte, aufhebt oder, wie man zuweilen sagt: negiert, sei offensichtlich etwas gänzlich anderes als das Verhältnis zwischen Urteilen und Sätzen, die im Verhältnis des »Widerspruchs« zu einander stehen, von denen also der eine behauptet, was der andere verneint oder im logischen Sinn negiert. Der Satz von der Undenkbarkeit des Widerspruchs, auf dem alle Logik fußt und fußen muß, wird, das folgt hieraus, durch die unleugbar vorhandene Realrepugnanz in dem Bereich der wirklichen Erscheinungen so wenig widerlegt wie jene, die Realrepugnanz, aus Zergliederung von logischen Verhältnissen verstanden und begriffen werden kann. Ist aber die dialektische Methode Hegels, so hätte Debordin nach diesem Kantzitat konsequenterweise weiter fragen müssen, denn etwas anderes als ein im Sinn des Hegelschen Panlogismus, der Lehre, der der Denkprozeß als »Demiurg des Wirklichen« gilt, großzügig unternommener Versuch den hier von Kant nachgewiesenen Unterschied phantastisch konstruierend wieder zu verwischen? Und besteht da, diese Frage schließt sich an, noch ein Recht, so wie es Marx an der berühmten Stelle seines Nachworts zum Kapital getan hat, von einem »rationalen Kern« der Hegelschen Dialektik zu sprechen, der sich durch »Umstülpung« aus ihr herauschälen läßt? Nicht weniger interessant ist in der Übersicht, die Rjasanow in diesem Band über die Stellen des Marx-Engelschen Briefwechsels gibt, die sich auf Naturwissenschaften und deren Verhältnis zur Dialektik beziehen, ein kurzgefaßtes Resümee *Friedrich Engels'* über den Plan, den er bei seinen naturwissenschaftlichen Arbeiten verfolgte. Das Jahr 1858 bezeichnet, wie Rjasanow hervorhebt, den Beginn einer Periode, in der Engels, damals in Manchester, sich einem gründlicheren Studium der modernen Naturwissenschaften zuwendet, und beide, er wie Marx, ein neues Interesse an Hegel, der in früheren Schriften von ihnen radikal abgelehnt worden war, gewinnen. An Engels, der den Freund um Zusen-

dung der versprochenen Hegelschen Naturphilosophie gebeten hat, schreibt Marx damals: »Wenn je wieder Zeit für solche Arbeit kommt, hätte ich große Lust in 2 oder 3 Druckbogen das Rationelle in der Methode, die Hegel entdeckt, aber zugleich mystifiziert hat, dem gemeinen Menschenverstand zugänglich zu machen.« Er scheint den Engelschen Ausführungen, die in der zeitgenössischen Naturwissenschaft immer neue Bestätigungen Hegelscher Ideen erblicken, durchaus beizustimmen. Im Jahr 1873, also ein paar Jahre, bevor Engels seine Studien durch die Ausarbeitung seiner Schrift gegen Dühring unterbrechen mußte, legt Engels Marx einen Plan vor, nach dem er, ausgehend von den einfachsten Bewegungsgesetzen der Körper, in methodisch-systematischem Fortschritt einen Zugang zum Verständnis ihrer komplizierteren Bewegungsgesetze, schließlich auch in der Chemie, zu gewinnen hofft, in der die wichtigsten Hauptstoffe bereits als »Resultat des Lebensprozesses« auftreten. Der Begriff der Dialektik, den Engels in seinem Antidühring auf das Umschlagen der Quantität in die Qualität und auf die Hegelsche Bezeichnung der Entwicklung als Negation und Negation der Negation stützt, wird hier in diesem Engelschen Resümee von ihm in einem durchaus andern und umfassenderen Sinn angewendet, nämlich zur Bezeichnung des Strebens: von einem obersten und allgemeinsten, durch wissenschaftliche Zergliederung gefundenen Gesichtspunkt aus, in methodisch-systematischem Fortgang zum einheitlichen Verständnis eines in sich weitverzweigten Komplexes zusammenhängender Erscheinungen zu gelangen und diesen so begrifflich darzulegen. Ein Recht das der griechischen Philosophie entstammende Wort Dialektik zur Bezeichnung eines in diesem Sinn analytisch-deduktiven Verfahrens zu verwenden läßt sich nicht wohl bestreiten; aber ebenso liegt auf der Hand, daß ein derartiges Verfahren, wo Bedingungen zu seiner fruchtbaren Verwendbarkeit gegeben sind, von jener oben angedeuteten Zweideutigkeit der Hegelschen Dialektik, dem Durcheinanderwerfen von »Realrepugnanz« und »logischer Negation«, gar nicht berührt wird. Die Bezeichnung der Marxschen Methode, das heißt also der von Marx in seinem Hauptwerk, dem Kapital, befolgten Methode, als dialektische Methode, bleibt wesenlos und unbestimmt, solange man dabei nur an das Heranziehen gewisser Hegelscher Reminis-

zenzen, wie das Umschlagen von Quantität in Qualität und derartige denkt, an dessen Stelle ebensowohl andere, nichthegelsche Ausdrucksweisen gesetzt werden könnten. Sie gewinnt einen näher bestimmten, spezifisch charakteristischen Sinn erst dann, wenn man unter dialektischer Methode ein derartiges methodisch-systematisches Verfahren versteht, wie es Engels an dieser Stelle vorschlägt. Was Marxens wissenschaftliches Verfahren im Kapital über das seiner Vorgänger, auch der besten, wie Adam Smith und Ricardo, so entscheidend emporhebt, ist doch, neben der historischen Betrachtungsweise, vor allem jene Kraft des Denkens, mit der er, von einem Punkt aus (seiner Analyse des Wertgesetzes) in methodisch strengem Fortgang die verschiedensten Erscheinungen des modernen ökonomischen Gesamtzusammenhangs in ihrer Bedingtheit nachzuweisen sucht.

**Gemeinverständliche
Schriften**

Die Francksche Verlags-
handlung in Stuttgart gibt
in Lieferungen einen von

Alexander Schirmann redigierten *soziologischen Bilderatlas* heraus, der Mensch und Gesellschaft benannt wird. Erde, Mensch, Nahrung, Kleidung, Wohnung, Siedlung, Werkzeug, Arbeit, Verkehr, Handel, Geld, Familie sollen da in verschiedenen Nummern textlich und in Illustrationen zur Behandlung gelangen. Der 1. Lieferung sind 2 große Bildertafeln, die die geologische Entwicklung und die Aufeinanderfolge von der Eiszeit bis zur Metall- und Eisenzeit veranschaulichen sollen, mitgegeben.

In Sperlings Handelsbücherei für Selbstunterricht und Fortbildung in den gesamten Handelswissenschaften, herausgegeben von Johannes Mertig /Stuttgart, H. O. Sperlings Nachfolger/, erschienen als 10. Bändchen *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre* einschließlich der Finanzwissenschaft, die Otto Karutz zum Verfasser haben. Die 3 ersten Teile erörtern die Erzeugung und Erzeugnisverteilung (Einkommensbildung und Einkommensverteilung); der 4., etwa 60 Seiten umfassend, die Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Den Abschluß nach den Ausführungen über Finanzwissenschaft bildet eine zusammenfassende Betrachtung über Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik.

Otto Rühle schrieb ein 500 Seiten starkes Buch über *Karl Marx Leben und Werk* /Dresden, Avalunverlag/, dem wegen seiner anschaulichen, in gutem Sinn gemeinverständlichen Darstellung der Entwick-

lung Marxens ein zahlreicher Leserkreis zu wünschen wäre. Man erhält einen lebendigen Eindruck von der Kraft und Größe des Altmeisters, dem Rühle in seinem Werk bewundernd gegenübersteht. Freilich, die psychologische Konstruktion des »Menschen« Marx, mit der er am Schluß vorrückt, wird einiges Kopfschütteln erregen. Nicht nur, daß hier gewisse Mängel des Charakters Marxens, wie ein Zug krankhaften Mißtrauens, über den sich schon Lassalle beschwerte, und das polemische Ausspielen unbeweisbarer Beschuldigungen, wie im Kampf gegen Bakunin, vielleicht allzu stark unterstrichen werden: der Verfasser läßt sich da auch auf allerhand unkontrollierbare Deutungen im Geschmack einer heute populären psychologischen Erklärungsmode ein, die alles Mögliche auf das Vorhandensein von Minderwertigkeitskomplexen zurückführen zu können meint. Die Schroffheit, mit der Marx für seine Ansichten und Überzeugungen eintrat, sein oft so abschätziges Urteil über Gegner will Rühle auf das Konto eines brennenden Ehrgeizes setzen, und zwar eines Ehrgeizes, den er als Reaktion gegen Minderwertigkeitsvorstellungen erklärt, unter denen Marx in seiner Jugend gelitten habe. Die Vorliebe für eine solche Konstruktionsmanier geht hie und da bei Rühle bis zum Komischen. So meint er, ohne doch eine Spur realer Nachweise dafür aufbringen zu können, daß Marx aus seinem Judentum ein »soziales Minderwertigkeitsgefühl« bezog, das den »Drang zu kompensatorischer Leistung« und damit seinen Ehrgeiz ganz besonders geschürt habe. Dann ist von einem »Versagen« Marxens im 1. Universitätsjahr die Rede, einem »Versagen zu einem Zeitpunkt, wo er die Blicke der ganzen Familie auf sich gerichtet sah«, und aus dem er eine »Erschütterung seines Selbstvertrauens« davongetragen habe. In einer neuen Auflage wäre die Ausmerzungen dieser und einiger ähnlichen Wendungen zu wünschen, die leicht, wenn auch zu Unrecht, den Eindruck einer feindseligen Stellungnahme erwecken können.

Eingänger

Zu welchen Verheerungen ein kritikloses Herumkonstruieren im Stil jener sogenannten Individualpsychologie unter Umständen führen kann, zeigt eine Arbeit *Alice Rühle-Gerstels* mit dem vielversprechenden Titel *Der Weg zum Wir: Versuch einer Verbindung von Marxismus und Individualpsychologie* /Dresden, Verlag Am andern Ufer/. Wir

werden zu erweisen haben, so wird dem Leser gesagt, »daß Ausgangspunkt, Schriftart, Richtung und Ziel der beiden [nämlich von Marxismus und Individualpsychologie] eine verblüffende Übereinstimmung zeigen«. Dabei bedankt sich die Verfasserin für die ihr zuteil gewordenen »kameradschaftlichen Bemühungen vor allem Otto Rühles und der Dresdener Arbeitsgemeinschaft« und versichert, was noch Schlimmeres für die Zukunft befürchten läßt, daß ihre Untersuchungen »weit weniger gültige Resultate liefern als . . . einen Aufruf zu gemeinsamer Arbeit ergehen lassen«. Eine Heilung der Menschheit ist nach ihrer Ansicht vorläufig unmöglich, »da alle öffentlichen Institutionen in den Händen der neurosenfreundlichen Bourgeoisie sich befinden«. Doch sei »die erste Etappe der Ermutigung, die Abschaffung der individuellen Minderwertigkeitsgefühle beim Proletariat,« schon heute durch »Literatur, Vorträge, Beratungsstellen anzubahnen«. Das geht so mehr als 200 Seiten weiter fort. Gleichfalls einen Weg, nämlich einen »Weg aus der Not und Friedlosigkeit der Menschen und Völker zum internationalen Wirtschaftsstaat«, kündigt ein Mediziner, *Franz Xaver Mayr*, an /Karlsbad, *Walther Heinisch*/. Nach fast beendeter druckfertiger Niederschrift, so heißt es im Vorwort, habe er sich daran gemacht »die bisherigen Lehrmeinungen über nationale und soziale Ökonomie und ihre Geschichte zu studieren« und dabei herausgefunden, daß schon vor 200 Jahren *François Quesnay* und nach ihm *Adam Smith* auf der rechten Spur gewesen seien. Der erste Schritt zur Besserung, so wird weiterhin im Fettdruck mitgeteilt, sei die Veranstaltung eines Preisausschreibens: »Woran erkennen wir, daß ein Verdauungsapparat in normalem, das heißt zweckmäßigem, einer Verbesserung nicht mehr bedürftigem Zustand sich befindet und ebenso funktioniert?« Zu möglichst eindringlicher Propaganda bei der »friedlosen« Menschheit sind dem Text noch 10 Bildertafeln zugefügt, auf denen Leute vor und dann ein paar Wochen nach der erlösenden Heilung zu sehen sind.

Kurze Chronik Ein von dem Berliner Universitätsprofessor *Hermann Schumacher* geschriebenes **Merkblatt** mit dem Titel *Der Volkswirt* wurde in der Reihe der Merkblätter für Berufsberatung von der Deutschen Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker herausgegeben.

Der Interessent kann das Heftchen, in dem unter anderm die Fragen der akademischen Ausbildung auf mehreren Seiten behandelt sind, unentgeltlich in der Geschäftsstelle des Reichsverbands der Deutschen Volkswirte in Berlin beziehen. ◊ Der Privatdozent an der Universität Wien *Karl Pribram*, zurzeit Leiter der Statistischen Abteilung im Internationalen Arbeitsamt in Genf, folgt einem Ruf auf das durch die Emeritierung *Andreas Voigts* an der Universität Frankfurt erledigte Ordinariat für Volkswirtschaftslehre. *Pribrams* Spezialgebiete sind Sozialpolitik sowie Geschichte der sozialphilosophischen Ideenrichtungen. ◊ Vom 1. April ab wurde *Heinrich Cunow* von seinen Verpflichtungen als außerordentlicher Professor für Soziologie und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Berlin auf seinen Wunsch entbunden.

Literatur

Gustav Fritzsche beleuchtet im 3. Band der *Kölner Anglistischen Arbeiten* /Leipzig, *Bernhard Tauchnitz*/ in methodisch zusammengestellten Zitaten aus *William Morris'* Schriften die Entwicklungsstadien seines Sozialismus und anarchistischen Kommunismus. Seines ältern *Landmanns Ruskin* Begeisterung für die mittelalterliche Kunst und dessen Aufruf: das hohe, im Lärm der Maschinen verlorene Gut der Arbeitsfreude durch eine Erneuerung und künstlerische Belebung des Handwerks zurückzugewinnen, hatte den jungen *Morris* mächtig gepackt. Das klingt auch in *Morris'* späteren Werken mitbestimmend nach. Zu Beginn der achtziger Jahre wird er entschiedener Sozialist *Marx-Engelsscher* Prägung und erkennt, daß seine Ideale eines durch Arbeitsfreude und künstlerischen Sinn geadelten Volkslebens nur auf dem Boden einer von Grund aus geänderten Gesellschaftsordnung Verwirklichung erhoffen dürfen. Unter dem Einfluß *Kropotkins* vollzieht sich dann sein Übergang zum Anarchismus, den er als ein unendlich fernes Zukunftsgebilde denkt, zu dem die Menschen erst, wenn ihr Sinn und Wesen sich im Rahmen einer sozialistischen Organisation geläutert haben werden, einmal heranreifen können. Langjährige Leser des Vorwärts werden sich noch an den dort abgedruckten für *Morris'* Art so charakteristischen utopischen Roman *Kunde aus Nirgendwo* erinnern. ◊ Die kurzgefaßte *Allgemeine Volkswirtschaftslehre Robert Lietmanns* ist in einer neuen, erweiterten Auflage im Umfang von 120 Seiten erschienen /Leipzig, *B. G. Teubner*/.

Hygiene / Hans Kollwitz

Zahnheilkunde In dem Maß, wie man erkannte, daß die Zähne nichts gleichsam Totes oder Gleichgültiges für den übrigen Körper sind, sondern eine rege Beziehung und Beeinflussung zwischen Zahn und Körper bestehen kann, folgte daraus das Streben, so wie man die Erkenntnisse der ärztlichen Wissenschaft zur Sozialhygiene entwickelt hatte, auch die Erkenntnisse der zahnärztlichen zur sozialen Zahnhygiene zu entwickeln. Besonders Julius Misch war darum bemüht. Man erkennt, daß die Ernährungsart für die Zahnbildung wichtig ist, man versucht auch den Ausdruck der Konstitution in der Zahnbildung nachzuweisen. Man weiß, daß körperliche Störungen die Zahnkonstitution beeinflussen können. Rachitis und Tuberkulose wirken durch veränderten Stoffwechsel auf das Zahngewebe. Syphilis verändert die Zahnformen, allgemeine Infektionskrankheiten, wie Masern, Grippe, begünstigen das Entstehen von Zahnkaries, Zuckerkrankheit bewirkt eine charakteristische Art der Karies, Anämie verändert auch das Zahngewebe. Schwangerschaft birgt durch Kalkentziehung für den mütterlichen Organismus die Gefahr der Karies, ebenso können sich bei Kindern, deren Mütter während der Schwangerschaft unzureichend ernährt wurden, frühzeitig die Folgen in Zahnverderbnis zeigen. Umgekehrt ist man aber dem Einfluß der Zähne auf den Organismus nachgegangen. Abgesehen davon, daß natürlich der defekte Zustand des Gebisses eine minderwertige Ernährung nach sich zieht, und daß der Zustand des Gebisses von Bedeutung für die Weiterentwicklung einer Tuberkulose, eines Magendarmleidens, einer Erkrankung des Nervensystems und für die Gravidität werden kann, hat man die Bedeutung kariöser Zähne als dauernden Infektionsherd im Körper erkannt, auf die dauernden Ausschwemmungen tuberkulöser oder septischer Keime aus den Zähnen manche Erkrankung zurückgeführt, ja manches Wochenbettfieber durch Zahnkaries der Wöchnerin oder der Hebamme erklärt. Der Wichtigkeit der oben angeführten Beziehungen entsprechend geschieht noch nicht genug. Die Versicherungsträger sind sich in ihren Leistungen noch nicht genügend der Bedeutung gesunder Zähne für die Allgemeingesundheit bewußt, die Gemeinden haben nur teilweise prophylaktische Zahnfürsorge für die Jugend.

Frauenkunde Den selben Weg über das Organspezialistentum hinaus wie die Zahnheilkunde erstrebt auch die Gynäkologie. Es ist noch nicht lange her, daß es diese Spezialwissenschaft überhaupt gibt. Blickt doch auch die "ältere Schwester" der Gynäkologie, die Geburtshilfe, auf ein Alter von nicht viel mehr als 100 Jahren als Wissenschaft zurück, sie war bis zu dieser Zeit fast ausschließlich Domäne der Hebammen. Nachdem die Geburtshilfe einmal als selbständiges Fach neben Medizin und Chirurgie nach langem Kampf anerkannt war, gelang es erst viel später der Gynäkologie sich von der Chirurgie zu emanzipieren; infolge der ganz besondern Verknüpfung der Organe, die die Gynäkologie beschäftigt, mit weiblicher Seele und Konstitution sowie infolge der besondern Operationstechnik. Aber ihre Herkunft aus der Chirurgie führte dazu, daß in ihr noch lange das operative Moment überwog, die konstitutionelle Auffassung in ihr sich gegenüber der mechanischen schwer durchsetzen konnte. Das änderte sich erst in unserer, der Konstitutionsbeurteilung zuneigenden Zeit. Die Erweiterung der Gynäkologie zur Frauenkunde ist mit den Namen Hugo Sellheim und Max Hirsch verbunden. Besonders Hirsch hat sich um die Verknüpfung der Biologie und Pathologie des Frauenlebens mit den sozialen Verhältnissen der Zeit bemüht. »Denn die Frauenheilkunde, welche die Erforschung und Behandlung der Krankheiten der weiblichen Unterleibsorgane zum Inhalt hat, bildet nur eine kleine Provinz im großen Reich der Wissenschaft von der Frau, der Frauenkunde.« Wichtig dafür ist besonders der Konnex der Gynäkologie mit 3 Disziplinen: 1. der Gewerbehygiene, die wichtigen Aufschluß über die Beziehungen von geburtshilflichen und gynäkologischen Krankheitszuständen zu der Berufsarbeit geben kann, 2. der Eugenik (man denke an die Beziehungen zwischen der Wirkung von Röntgenstrahlen bei Unterleibserkrankungen und die Entwicklung der Nachkommenschaft), 3. der Bevölkerungspolitik. Eine ausführliche Schilderung der oben beschriebenen Entwicklung sowie der Befruchtung der Gynäkologie durch die verschiedensten Wissenschaften und die dadurch bewirkte Ausgestaltung der Frauenkunde zu einer Grenzwissenschaft findet man in einer Arbeit Albert Niedermeyers im 14. Band des Archivs für Frauenkunde und Konstitutionsforschung/Leipzig, Curt Kabitzsch/.

Kinderlähmung Deutschland war bis vor einiger Zeit von der Kinderlähmung ziemlich verschont geblieben. Die jährlichen Erkrankungen betragen 400 bis 600, in Amerika dagegen das 10fache. Erst 1926 stieg die Erkrankungszahl in Deutschland auf 1614 Fälle an, das heißt auf 2,6 von je 100 000, mit dem Hauptgebiet Kassel, im Jahr 1927 auf 2733 Erkrankungen, das heißt 4,3 von je 100 000, mit dem Hauptgebiet Sachsen. Die Sterblichkeit der Erkrankten beträgt 10 bis 11 %. Das epidemiologisch Charakteristische der Krankheit ist ihr plötzliches und gehäuftes Auftreten im Spätsommer, vielleicht durch die Neigung zu Magendarmkatarrhen in dieser Zeit erklärbar, und dadurch, daß in der Zwischenzeit viel Abortivformen und Bazillenträger die Krankheit unter der Oberfläche weiter verbreiten. Häufig erkrankt die Umgebung des erkrankten Kindes auch, aber an grippeähnlichen Erscheinungen. Hier dringen die Krankheitserreger nicht bis zum Rückenmark vor; dies sind die Zwischenträger.

Die Versuche des Staates zur Bekämpfung der Kinderlähmung beschränken sich auf die Bestimmungen des Seuchengesetzes. In allen deutschen Ländern besteht Meldepflicht, zum Teil auch bei Krankheitsverdacht, es bestehen Bestimmungen für die Schulen. Außerdem bemüht sich das Reichsgesundheitsamt durch Merkblätter, auch für Ärzte, die ersten Symptome eindringlich zu machen. Wichtig ist es für die Bekämpfung, daß bei gehäuften Auftreten der Kinderlähmung in einem Bezirk, wie im vorigen Jahr in Sachsen, durch ein fluchtartiges Verlassen der Gegend die Krankheit durch die Bazillenträger und durch in der Inkubationszeit stehende Personen gleich über ganz Deutschland verschleppt werden kann.

Ernährung In Berlin wirbt eine *Ausstellung* Die Ernährung um Besuch. Man hat ausstellungstechnisch in den letzten Jahren manches gelernt, man sieht in der Ausstellung sowohl im wissenschaftlichen wie im industriellen Teil interessantes und auch anschauliches Material, so den vollständigen Verlauf der Brotherstellung in einem Bäckereigrößbetrieb. Aber die 3 Forderungen an eine Ausstellung für die Massen der Bevölkerung: Übersichtlichkeit, Anschaulichkeit und Einprägsamkeit, scheitern an der Fülle des Materials. Man vergißt immer wieder, daß diese Ausstellungen für die breiten

Schichten der Laien da sein sollten, die durch solche Ausstellungen an einem sichtbaren oder unsichtbaren roten Faden geführt werden müssen, ohne den sich in der Fülle des Materials ihrer erst Ermüdung, dann Langeweile bemächtigt. Der bleibende Erfolg für die Besucher ist, was ihre Anschauungen vom Wesen und der Bedeutung der Ernährung anlangt, in den meisten Fällen ein Nichts. Der Proletarier kommt auf die Ausstellung mit der brennenden Frage: Wie weit kann ich für mich und meine Familie mit meinem Verdienst mir eine zweckmäßige und ausreichende Ernährung sichern? Er erhält keine deutliche und offene Antwort. Und darin zeigt sich wohl die bürgerliche Befangenheit der Ausstellung.

Unbedingt erforderlich ist die Aufstellung von Vorschriften, die sich mit der Herstellung oder dem Vertrieb von *Speiseeis* beschäftigen. Untersuchungen von Straßenspeiseeis in Bonn, die in der Deutschen Zeitschrift für öffentliche Gesundheitspflege mitgeteilt wurden, ergaben einen hohen Gehalt der Proben an Kolibakterien, außerdem in einem Fall Paratyphusbazillen. Die Fabrikationsstellen waren zum Teil in hygienisch absolut minderwertigem Zustand.

Reizmittel Der Neulandverlag in Berlin bringt in 2 Heftchen in 2. respektive 5. Auflage Zahlen zur *Alkoholfrage*, zusammengestellt von Theo Gläß, die ein zum Nachschlagen ganz brauchbares Material enthalten. Nur scheint mir die Belastung zu wenig berücksichtigt, die der Staat oder die Gemeinde durch den einzelnen Trinker erfährt. Im politischen Kampf gegen den Alkohol ist nicht das ethische sondern das wirtschaftliche Motiv am wirkungsvollsten. Es müßte brauchbares und zuverlässiges Zahlenmaterial darüber gegeben werden, wieviel jeder Trinker die Gesellschaft kostet.

Gegen Alkohol und *Tabak* zugleich richtet S. Drucker einen Angriff (Vom Rauchen und Trinken, 6. Heft der Gesundheitsbibliothek /München, G. Birk & Co./). Auf das gemeinsame Konto beider kommt der Nonsens der Vergeudung bedeutender Teile des Volksvermögens. Für den Tabak gibt man in Deutschland jährlich 2 Milliarden Mark aus, und doch geschieht nichts gegen die immer weitere Verbreitung der unsozialen Rauchsitte, die vielmehr in der Öffentlichkeit auf jede Weise gefördert wird. Das Heft ist eindringlich und ernst, ohne fanatisch zu sein, geschrieben.

Im Zusammenhang damit sei auf die Zeitschrift des Deutschen Arbeiterabstinenteubundes *Der abstinente Arbeiter* hingewiesen, ferner auf die Internationale Zeitschrift gegen den Alkoholismus, herausgegeben im Neulandverlag wie die oben erwähnten beiden Heftchen, und auf das Mitteilungsblatt Internationaler Tabakgegner, herausgegeben von der Internationalen Antitabakliga, die im vorigen Jahr den Internationalen Tabakgegnerkongreß in Prag veranstaltete und für das nächste Jahr einen Kongreß in Paris einberufen will.

**Gemeinsame
ständige
Schriften**

Der Hippokratesverlag in Stuttgart, bei dem das *Ärztliche Volksbuch* herauskam, läßt ein Buch Felix Boenheims *Wunder der Drüse* erscheinen. Der Verfasser bemüht sich das Wunder der Regulierung unseres Organismus durch *Nerven- und Drüsensystem* anschaulich zu machen, aber in diesem Labyrinth der innern Sekretion, in dem die Wissenschaft selbst noch im Dunkeln geht, ist Klarheit für den Leser, trotz der Anschaulichkeit der Darstellung, noch nicht erreichbar. Als 7. Heft der Gesundheitsbibliothek /München, G. Birk & Co./ erschien die Arbeit Werner Leibbrands *Von gesunden und kranken Nerven*. Der Verfasser behandelt in diesem Heftchen das ganze Gebiet der Entwicklungsgeschichte und Anatomie des zentralen und peripheren Nervensystems, seine Physiologie und Erkrankungen, die Psychopathie, die psychotherapeutischen Methoden von der Suggestion und Hypnose bis zur Freudschen und Adlerschen Methode, sowie die Irrenanstalten. Da naturgemäß der Raum für jedes dieser Kapitel nur kurz sein kann, passiert es dem Verfasser, daß er als Beispiel der Freudschen Symboldeutung dem völlig unvorbereiteten Leser mit der Bedeutung von Uhrpendikel und Speerdurchbohrung ins Gesicht springen muß. Ein solch abgekürztes Verfahren scheint mir keinen Wert zu haben. Gelohnt hätte es sich jedes dieser Kapitel in einem Einzelheft behandeln zu lassen, von jemand, dem es dringendstes inneres Bedürfnis ist dem Publikum darüber zu berichten. Aber die hier, und leider so oft, in populärer Literatur angewandte Methode hat höchstens den Erfolg den Leser mit Schlagworten zu bereichern. Und damit ist doch der Hygiene wirklich nicht gedient.

Ebenfalls in der Gesundheitsbibliothek erschien ein Heftchen Julian Marcuses *Wohnung und Ernährung*. Er schildert

darin die sich aus der Wohnungsnot ergebenden hygienischen Schädigungen sowie die geringen verbleibenden Möglichkeiten zur individuellen Wohnungshygiene sowie die Elemente der Ernährungswissenschaft und deren Anwendbarkeit auf den Proletarierhaushalt.

Eine ausgezeichnete Anweisung zur *Säuglingspflege* findet man in dem Buch Elisabeth Behrends *Bild und Wort zur Säuglingspflege* /Leipzig, B. G. Teubner/. Das Buch ist die Frucht des Unterrichts, den die Verfasserin, die auch die *Säuglingspflege* in Reim und Bild herausgab, langjährig abgehalten hat. Es erfüllt die Forderungen, die man an ein solches Buch stellen kann; es ist kurzweilig, bringt alles Notwendige in kurzer anschaulicher Form, oft mit Beispiel und Gegenbeispiel, dazu Demonstrationen durch geeignete Skizzen. Ein guter Pädagoge hat das Buch geschrieben.

Max Hodann versucht in seinem Buch *Sexualpädagogik, Erziehungshygiene und Gesundheitspolitik* /Rudolstadt, Greifenverlag/ als *Erziehungshygieniker* zu wirken, das heißt auf Fragen der Erziehung vom Standpunkt des Arztes, und zwar des gesellschaftswissenschaftlich orientierten Arztes, zu antworten. Hodann versucht nicht den Aufbau einer neuen Sexualpädagogik, wohl aber den Abbau der bisherigen falschen. Diese Sammlung von Aufsätzen verschiedener Inhalts und verschiedener Wertigkeit wendet sich vor allem an Lehrer und Jugendberater. Sie bietet dem, der Hodanns Arbeiten gut kennt, nicht viel Neues; doch kann sie dem, der auf diesem Gebiet wenig bewandert ist, eine in hohem Maß anregende Einführung in das Gebiet einer sozialhygienisch interessierten Pädagogik geben.

In der Schriftenreihe des Deutschen Hygienemuseums /Dresden, Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt/ erscheint eine Arbeit Fischer-Defoys *Die körperliche und geistige Hygiene der berufstätigen Frau*. Der Verfasser bringt auf 87 Seiten eine Menge brauchbarer und beachtenswerter Vorschläge für die Frauen, um sie trotz den Anforderungen an sie als Berufsmensch und Hausfrau zugleich gesund zu erhalten. Was ihm aber fehlt, ist die Suggestivkraft, die ein Hygieniker durchaus braucht, um seine Leser respektive Leserinnen zur Realisierung dieser 87 Seiten Alltagshygiene oder auch nur eines kleinen Teils davon zu veranlassen. Auch muß man bei der Hygiene der Frau nicht nur die Sexualorgane sondern mindestens ebenso das Sexualeben berücksichtigen.

Totenliste

Am 5. November 1927 starb der Leipziger Chirurg *Hermann Tillmanns*, in seinem 84. Lebensjahr. Er hat das in der ganzen Welt bekannte Lehrbuch der allgemeinen und speziellen Chirurgie herausgegeben und seinerzeit Otto Heubner in der Errichtung des Kinderkrankenhauses in Leipzig im Jahr 1888 tatkräftig und erfolgreich unterstützt.

Am 24. Dezember starb in Petersburg *Wladimir von Bechterjew* (siehe auch die Rundschau Anthropogeographie, 1928 I Seite 435). Er hat sich um die Ausbildung der Psychotherapie sehr verdient gemacht. Er beteiligte sich in Rußland mit großer Intensität an allen brennenden Aufgaben. Eine seiner letzten Arbeiten war der Plan zu einem Pantheon, in dem die Anatomie und Psychologie berühmter Menschen erforscht werden soll. Als eines der ersten wird man nun dort Bechterjews Gehirn untersuchen.

Anfang Januar 1928 starb in Bern der bedeutende Kliniker *Ludwig Lichtheim*, im Alter von 83 Jahren. 1876 habilitierte er sich in Breslau für Innere Medizin, wurde 1877 außerordentlicher Professor und Leiter der Medizinischen Klinik in Jena und ging das Jahr darauf nach Bern. Von 1888 an leitete er dauernd bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1912 die Königsberger Innere Klinik, Lichtheims wissenschaftliche Arbeiten umfassen ein weites Gebiet. Mit Cohnheim zusammen führte er Untersuchungen über Hydrämie und hydrämisches Ödem durch. Er schrieb auch über Bakteriologie innerer Krankheiten. Wichtig sind auch seine Untersuchungen über die durch den Hakenwurm hervorgerufene Blutarmut der Bergleute.

Am 30. Januar starb im Alter von 61 Jahren *Johannes Fibiger*, Professor der pathologischen Anatomie in Kopenhagen. Dieser bekannte Krebsforscher hatte im vorigen Jahr den Nobelpreis erhalten. Anfang März starb in Berlin nach längerer Krankheit der Leiter der Innern Abteilung des Hildegardkrankenhauses *Reinhard Ohm*, der sich vor allem durch wichtige Arbeiten auf dem Gebiet der Herzerkrankungen einen Namen gemacht hat; diese Arbeiten beziehen sich in erster Linie auf den Venenpuls, für dessen Feststellung Ohm einen besondern Apparat konstruierte.

Einer der bedeutendsten deutschen Chirurgen, *Karl Garré*, starb Anfang März während einer Reise durch Spanien. Garré stammte aus Sankt Gallen und wirkte auch bis 1888 in seinem Heimatland, der Schweiz. Dann ging er nach

Tübingen, wo er bald zum Professor ernannt wurde; 1894 siedelte er als Leiter der Chirurgischen Klinik nach Rostock und 1901 nach Königsberg über. Endlich wirkte er als Universitätslehrer in Breslau und Bonn. Garrés Arbeiten umfassen das Gesamtgebiet der Chirurgie. Er schrieb über die Ursachen der Furunkulose, die er zum Teil durch Experimente am eigenen Körper zu erhellen suchte, über die Tuberkulose der Lymphdrüsen, die Chirurgie der Bauchorgane, des Kehlkopfs usw., fand neue Methoden zur Überpflanzung von Organen.

Kurze Chronik Die Anzahl der Ärzte ist von 1901 bis Anfang 1928 von 27 098 (4,92 auf 10 000

Einwohner) auf 47 338 (7,45 auf 10 000) gestiegen. In Groß Berlin praktizieren 14,9 Ärzte auf 10 000 Einwohner. ◊ In Amerika hat man den neuen Beruf der *Ernährungsleiterin*, die nach einem mehrjährigen Hochschulstudium leitende Stellen in Anstalten und Krankenhäusern einnimmt. Ebenso werden Ernährungswissenschaftlerinnen in der Fürsorgetätigkeit verwandt, die die Familien besuchen und ernährungswissenschaftliche Anleitungen geben können. ◊ Der *Guttemplerorden*, der auch der Besitzer des Neulandverlags ist und die Zeitschrift *Neuland* herausgibt, hat anlässlich seiner vorjährigen Jahresversammlung in Danzig einen Jahresbericht herausgegeben. Der Orden umfaßt jetzt 36 000 Mitglieder in 950 Logen. ◊ Als Nachfolger des verstorbenen Direktors der Universitätsfrauenklinik Karl Franz übernimmt der Prager Ordinarius für Gynäkologie *Georg August Wagner* den Lehrstuhl für Gynäkologie an der Universität Berlin.

Literatur

Die Sammlung *Gesetzliche Gesundheitsfürsorge* /Düsseldorf, W. Pfeiffer/ bietet eine recht brauchbare Zusammenstellung der auf dem Gebiet der Bekämpfung von Seuchen und übertragbaren Krankheiten sowie der Gesundheitsfürsorge erlassenen reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen mit erläuternden Anmerkungen. ◊ Auf 60 Seiten bringen Curt Geyer und Julius Moses eine Einleitung und einen kurzen, anschaulich geschriebenen Kommentar zu dem *Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/. Er ist dem, der nicht in alle Tüfteleien des Gesetzes eintreten sondern sich nur einen Überblick über die wichtigsten Bestimmungen und Wirkungen des Gesetzes verschaffen will, zu empfehlen.

KUNST

Musik / Max Butting

Orchestermusik Woran es liegt, daß so wenig neue Orchesterwerke hervortreten, ist nicht ganz leicht erkennbar. Die Komponisten erklären, daß die Dirigenten nichts aufzuführen wagen, vor allem nichts, was schon einmal gespielt wurde, die Verleger stöhnen, daß zu viel, die Dirigenten, daß zu wenig Gutes komponiert würde. Recht hat keiner; die meisten versuchen die Wahrheit im Interesse ihrer Tätigkeit zu verschleiern. Erstaunlich bleibt aber bei alledem, daß manche Werke, die schließlich doch aufgeführt werden, überhaupt keinen Widerhall bei irgendwelchen Hörern, keinen Einsatz beim Interpretieren, keine Beachtung bei den Musikern finden, so daß man immer wieder fragt, warum die Aufführung stattfand, und wie sie zustande kam. Ab und zu wird anscheinend recht kritiklos aufgeführt, ängstlich der Einsatz der eigenen Persönlichkeit für andere vermieden respektive der Einsatz nur für Werke riskiert, die die Gesinnung des Interpretieren nicht dokumentieren könnten. Man will aufführen, aber man fürchtet das Publikum. Vielleicht schätzt man es sehr falsch ein. So greift man im Kompromiß zu Belanglosem. Das bezieht sich nicht etwa nur auf Veranstaltungen mittlern Ranges, nein, in unseren besten deutschen Musikinstituten hörten wir Werke, die einfach nur Erstaunen wegen ihrer Gleichgültigkeit erregen. Es hat keinen Sinn darüber hier im einzelnen zu berichten. Was im letzten Halbjahr Aufmerksamkeit erregte, fesselte entweder als Talentprobe oder als Experiment. Fast alles, was in sich mehr vollendet war, stand mit wenigen Ausnahmen auf konventionellem Boden, ohne gleichzeitig für sich innere Größe zu haben.

Zu den Ausnahmen gehört *Karol Rathaus'* Overtüre für großes Orchester. Es ist, wie alle neuen Werke Rathaus', feine Romantik, ganz auf klanglichen Einfall gestützt, zu liebevoll im Detail, um überall rücksichtslos die Gesamtform als Hauptsache voranzustellen. Aber eine gewisse Selbstsicherheit gibt dem Werk Autorität, es hat eigenen Stil und Selbstständigkeit. Man kann dem Charakter als solchem nahestehen oder nicht, seine Existenz muß man anerkennen.

Durchaus Experiment ist ein Cembalokonzert des jungen Kölner Komponisten *Wilhelm Maler*. Interessant ist hier die Sicherheit der Musikgesinnung. Was die etwas ältere Generation erringen mußte,

haben die 25jährigen Musiker selbstverständlich; die Sprache ihres Stils. Dafür scheinen sie sich wieder erheblich mehr mit Formulierungsproblemen beschäftigen zu müssen. Bei fast allen diesen Jüngsten fehlt noch der Sinn für Begrenzungen. Sie sprechen fehlerlos die neue Sprache, aber sie zwingen sich nicht bestimmt zu sprechen und zu gestalten. Ähnlich steht es, wenn auch in anderer Ebene, bei *Bertold Goldschmidt*. Die Partita für großes Orchester ist technisch viel geschickter in ihrer Art als Malers Konzert. Hier verführt die Freude am Musizieren zu übersteigter Orchestersprache; der Klang ist massig, die Polyphonie häufig übertrieben. Was im Intellekt klar ist, bleibt im Charakter farblos. Die Musik Goldschmidts ist vielleicht klüger als die Malers, aber unpersönlicher. Bei Maler fesseln der Charme und die Selbstverständlichkeit der Sprache, obwohl man Ungeschicklichkeit an Technik, Instrumentation und Gestaltung empfindet. Dagegen zwingt die geschickte Art Goldschmidts immer wieder zu übersehen, daß er nicht die Probleme überwindet sondern sich mit ihnen abzufinden versteht. Sicher sind beide Komponisten starke Begabungen.

Die einzige moderne Symphonie des letzten Winters ist, soweit ersichtlich, die *Paul Höffers*. Man sollte sich nicht an dem Namen Symphonie stoßen, er bezeichnet nichts weiter als ein größeres Orchesterwerk, das durchaus nicht reaktionärer als eine "Musik für Orchester" zu sein braucht. Temperament und Rhythmik sind die Momente in Höffers Werk, die zuerst fesseln. Mit Ausnahme des letzten Satzes, der nur einer Korrektur bedarf, ist die Symphonie in der Form völlig klar, aus sich selbst streng gestaltet, sicher in Sprache und Formulierung. Die Arbeit würde einen noch stärkern Eindruck machen, wenn nicht vielfach Temperament und Rhythmus rein motorisch wirkten, das heißt, daß das äußerlich Bewegungsmäßige die inneren, geistigen Spannungen oft verdrängt. Im ganzen ein reifes wertvolles Werk.

Erwähnt sei noch *Gerhard von Kußlers* Symphonie in C-Dur. Ein fast einstündig sich hinziehendes Werk ist heute wohl nur denkbar, wenn es durch überreiche Fülle innern und äußern Geschehens beständig interessiert. Bekenntnisse kann und muß man kürzer schreiben, wenn man sie überhaupt zu schreiben für nötig hält. Kußlers Werk ist 30 Jahre zu spät komponiert worden; es ist nicht schlecht, nicht bedeutungslos, aber es geht uns gar nichts an. Vielleicht sind wir anderen

daran schuld, vielleicht sind die tiefen Bekenner die ethisch höherwertigen, wenn man an eine Stufenleiter für ethische Werte glaubt; vielleicht ist die Vergangenheit der Keußlerschen Kunst besser als unsere Zukunft. Mit der Gegenwart hat seine Symphonie aber nichts zu tun, und alles andere ist eine Frage 2. Ordnung. Das offen zu bekennen ist Anstandspflicht der Persönlichkeit Gerhard von Keußlers gegenüber, die mit Recht ein großes Ansehen genießt.

Internationale Gesellschaft für Neue Musik Im Sommer 1922 veranstaltete eine Gruppe junger Wiener Komponisten ein Kammermusikfest in Salzburg. Das Fest war eine bewußte Demonstration gegen die Mißgunst, mit der von konservativen Kreisen ihre Werke betrachtet wurden. Sie luden Komponisten, Künstler und Kunstfreunde aus allen Ländern ein und schufen auf diese Weise die erste Gelegenheit nach dem Weltkrieg, bei der Musiker aus ehemals feindlichen Ländern freundschaftlich zusammentrafen und sich zum Musizieren vereinigten. Das Resultat der Veranstaltung ging weit über ihren ursprünglichen Zweck hinaus. Die Besprechungen in Salzburg hatten zur Folge, daß im Januar 1923 eine Konferenz abgehalten wurde, bei der Delegierte aus 9 Ländern, darunter Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Vereinigte Staaten, anwesend waren. Sie gründeten eine Gesellschaft und beschlossen eine Satzung, nach der sie aus einer Anzahl nationaler Sektionen besteht, die völlig unabhängig und selbständig sind. Jede Nation organisiert sich nach ihren eigenen Bedürfnissen, regelt ihre Tätigkeit selbst und ist nur durch freundschaftliche Beziehungen mit den anderen Sektionen verbunden. Seit 1923 wurde in jedem Jahr ein internationales Musikfest abgehalten. Salzburg, Prag, Venedig, Zürich und Frankfurt waren die Feststädte, zu denen in diesem Jahr Siena kommt. Die Aufführungen hatten stets ein außerordentlich hohes Niveau, ob es sich um Orchester- oder um Kammermusik handelte. Recht geteilt waren die Meinungen aber über den Wert der Programme. Man muß die Programme von 2 Seiten beurteilen, vom nationalen und vom internationalen Standpunkt aus. Vom nationalen aus gesehen, zeigt sich immer das gleiche Bild: Jede Nation bevorzugt ihre Werke, lehnt zum größten Teil die anderer Nationen ab. Dieses Urteil ist zum mindesten nicht unfruchtbar, denn es spornt die Nationen an sich gegenseitig ihr Bestes zu bieten.

Manche Gegensätze werden allerdings schwer auszumergen sein. Denn die gesellschaftliche Stellung und die kulturelle Autorität der Musik sind in den einzelnen Ländern zu verschieden. Man muß es erlebt haben, wie sich das mondäne Publikum in Venedig fast immer bei den Vorträgen unterhielt, und wie im Gegensatz dazu in Frankfurt stets die unselbstverständliche Ruhe herrschte. Ein Musiker in Venedig rühmte sich stolz, daß man bei seinem Vortrag ganz aufmerksam zugehört hätte. Zu verschweigen ist nicht, daß auch von einem toleranten deutschen Standpunkt aus die Programme der letzten Jahre unseren Ansprüchen nicht genügten. Der Wert der Feste, vom internationalen Standpunkt aus gesehen, war zweifelsohne vor allem in den ersten Jahren groß. Heute wird auf den Festen zwar nichts von Wert aufgeführt, was nicht auch sonst bei uns gespielt würde, aber wertvoll bleiben die originale Interpretation (die Werke werden fast ausschließlich von Landsleuten der Komponisten gespielt) und die persönliche Verständigung der Teilnehmer. Den Anregungen dieser Feste haben wir sehr viel zu verdanken, und wenn die Gesellschaft heute auch nicht mehr Vorkämpferin internationaler Verständigung zu sein braucht, so ist ihre neue Aufgabe diese Verständigung zu vertiefen durchaus nicht überflüssig. Die Deutsche Sektion der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik wurde 1923 gegründet. Bei ihrer Gründung trat ein Moment besonders hervor. Man hielt es in Verfolgung der Ziele des ersten Salzburger Festes für notwendig die Stellung der Gesellschaft zur neuen Musik zu betonen. So wurde im deutschen Titel ausdrücklich das Moment des *Neuen* betont, während andere Länder, die nur auf die internationale Verständigung den Hauptwert legten, sich des offiziellen Titels Internationale Gesellschaft für Zeitgenössische Musik bedienten. Die Deutsche Sektion veranstaltete in ihrem ersten Winter in Berlin einige große Konzerte mit deutscher, französischer, englischer und italienischer Musik. Für die Entwicklung unseres Musiklebens waren sie von entscheidender Bedeutung. Sie halfen den Kampf entfachen, der heute, wo in den meisten Konzerten auch neue Musik aufgeführt wird, ausgekämpft ist. Aber schon 2 Jahre später mußte sich die Sektion zu einer Umstellung entschließen. Die Eigenart unseres kulturellen Lebens machte die dauernde Bevorzugung Berlins als Konzertstadt unmöglich, und da die Sektion nicht in der Lage war in

anderen Städten auch noch zu konzertieren, beschränkte sie sich im eigenen Land auf Verwaltungstätigkeit und förderte die Gründung von Ortsgruppen. Heute bestehen 4 Ortsgruppen: Berlin, Köln, Leipzig und Mannheim. Mit den Vereinigungen für Neue Musik in einer Anzahl anderer Städte bestehen so gute Beziehungen, daß sich die Anzahl der Ortsgruppen wohl bald vermehren wird. Die Tätigkeit der Ortsgruppen ist zum Teil sehr rege; Berlin zum Beispiel hat im Winter 1927-1928 6 eigene Konzerte gegeben und den Mitgliedern den unentgeltlichen Zutritt zu 11 anderen Veranstaltungen, in denen vorwiegend neue Musik aufgeführt wurde, erwirkt. In England hat die British Music Society gleichzeitig die Funktionen einer Britischen Sektion übernommen, in allen anderen Ländern sind die Sektionen selbständige Vereine. Zurzeit sind 22 Länder der Gesellschaft angeschlossen, deren Aktivität allerdings recht verschieden ist. Auf dem Musikfest dieses Jahres, das am 10. September in Siena stattfindet, werden von der Gesellschaft 3 Kammermusikkonzerte gegeben. Auf dem Programm stehen Werke von Alfano, Bloch, Blum, Bridge, de Falla, Haba, Hindemith, Martinu, Prokowjew, Ravel, Tiessen, Tommasini, von Webern, von Zemlinsky. Außerdem wird alte italienische Musik in 2 Konzerten unter Molinari mit dem Augusteo Orchestra aus Rom und unter Casimiri mit der Polifonica Romana aufgeführt. Endlich wird man in einer Sonderveranstaltung Strawinskijs *Noces*, Casellas *Serenade* und Waltons *Façade* hören.

Totenliste Mitte April starb in Dessau der Musikschriftsteller *Arthur Seidl*, im Alter von 65 Jahren. Von 1903 bis 1919 war er Dramaturg am Hoftheater in Dessau, seit 1914 gehörte er als Lehrer dem Leipziger Konservatorium an. Die von Richard Strauß begonnene Büchersammlung *Die Musik* redigierte er seit 1917. Seidl war ein ausgezeichnete Musiker und ein ebenso vielseitiger Gelehrter. Seine Fähigkeit mannigfachen Dingen gerecht werden zu können hatte zur Folge, daß er für Neues stets gern eintrat. So veröffentlichte er im Jahr 1896 mit Wilhelm Klatte zusammen die erste Skizze über Richard Strauß, und so galt auch noch in den letzten Jahren der neuen jungen Musik sein größtes Interesse. Von seinen vielen literarischen Arbeiten sind besonders bekannt geworden: *Vom Musikalisch-Erhabenen /1887/* und *Zur Geschichte des Erhabenheitsbegriffs seit Kant /1889/*.

Am 24. April starb in Berlin *Ferdinand Hummel*, 73 Jahre alt. Er war besonders durch seine zahlreichen Bühnenmusiken und durch seine Oper *Mara* bekannt geworden, die um die Mitte der neunziger Jahre, in der Epoche des Verismus, zahlreiche Aufführungen erlebte, die seinem weitem Werk, Angla, nicht mehr zuteil wurden. Er wirkte bis 1919 am ehemals Königlichen Schauspielhaus in Berlin als Leiter der Bühnenmusik.

Bei einem Automobilunglück kamen am 11. Mai *Emil Bohnke* und seine Gattin, eine Tochter Franz von Mendelssohns, ums Leben. Bohnke war ursprünglich Bratschist und wurde dann weiteren Kreisen durch seine Kompositionen bekannt. Seine Werke gehören nicht zu denen, um die der Streit der Meinungen ging. Aber ihr durchaus ursprünglich gestalteter, wertvoller musikalischer Gehalt, verbunden mit der Wirkungssicherheit, die dem praktischen Musiker zu eigen war, sicherte ihnen Erfolg. So gehören seine Violinsolozonaten, vor allem sein Violinkonzert, zu den besten Stücken eines gemäßigt modernen Stils unserer Zeit. Die Uraufführung einer vor kurzem vollendeten Symphonie hat er nicht mehr erlebt. Die Hauptarbeit seiner letzten beiden Jahre war der Leitung des Berliner Symphonieorchesters gewidmet. Mit großem Ernst nahm er sich dabei des Schaffens unserer Tage an. Es war seine größte Freude für die Werke anderer einzutreten, und er tat es aus vornehmster und anständigster Gesinnung heraus.

Kurze Chronik Die Genossenschaft Deutscher Tonsetzer teilt mit, daß das Preisgericht der deutsch-holländischen Zone für den *Schubertzentennialpreis* den 1. Preis (750 Dollars) Hermann Wunsch' *Symphonie*, den 2. Preis (250 Dollars) Kurt von Wolfurts *Variationen und Charakterstücken über ein Thema von Mozart* und den 3. Preis (Ehrenzeugnis) Joh. C. Berghouts *Symphonie in G-Dur* zuerkannt hat. Das Preisgericht bildeten Hermann Bischoff, Emil Nikolaus von Reznicek, Max von Schillings, Johan Wagenaar und Ernst Wendel. Der internationale Hauptpreis (10 000 Dollars), aus den 30 preisgekrönten Werken aller 10 Zonen ausgewählt, wurde am 24. Juni in Wien mit Stimmenmehrheit dem schwedischen Komponisten Kurt Attenberg verliehen. ◊ Die Stadt Frankfurt an der Oder hat eine *Institution ins Leben gerufen*, die sie *Musiklandheim* für Volks- und Schulmusik nennt. Der Architekt Otto Bartning wurde mit der Durchführung des Plans betraut.

Das Wort Musiklandheim soll einem Gerücht zufolge als Erfindung der Stadt Frankfurt an der Oder gesetzlich geschützt werden. ◊ Das *Hochsche Konservatorium* in Frankfurt am Main feierte am 10. Juni sein 50jähriges Bestehen. ◊ Zum Dirigenten des Berliner Sinfonieorchesters, als Nachfolger Emil Bohnkes, wurde *Ernst Kunwald* gewählt. Er war zuletzt Generalmusikdirektor in Königsberg. ◊ Die musikalische Oberleitung der Ostmarkenrundfunkgesellschaft übernimmt *Hermann Scherchen*, der als Dirigent der Königsberger Sinfoniekonzerte nach Königsberg geht. ◊ Als *Komponist der Internationale* war bisher *Adolphe Degeyter* bekannt, ein einstmaliger Schmied in einem Eisenwerk in Lille, der sich im Weltkrieg im Februar 1916 das Leben nahm. Nach Anfragen bei *Romain Rolland* teilte dieser aber mit, daß nicht *Adolphe* sondern sein Bruder *Pierre Degeyter*, der noch jetzt in *Saint-Denis* bei Paris lebt, die *Internationale* komponierte. *Pierre Degeyter* ist ebenfalls Arbeiter, und zwar *Kunsttischler*. Er bildete sich schon früh nebenbei in Musik aus und dirigierte von 1888 an einen großen Arbeiterchor in Lille, die *Lyre des Travailleurs*. Für diesen Chor schuf er seinen *Revolutionsgesang* nach einem Text des Arbeiters *Eugène Pottier*, der 1816 geboren wurde und 1887 starb. Die *Arbeiterinternationale* kann in diesem Jahr ihr 40jähriges Bestehen feiern. Sie wurde jetzt am 18. Juni auf dem 1. Deutschen Arbeitersängerbundesfest in *Hermann Scherchens* Bearbeitung von 40 000 Arbeitersängern im Stadion von Hannover gesungen.

Literatur

Bereits vor einem Jahr erschien *Alfred Einsteins* Geschichte der Musik in 3. Auflage /Leipzig, B. G. Teubner/. *Einstein* liegt es nicht kurz charakterisierend über die Dinge hinwegzugehen, er ist seiner ganzen Art nach zu gründlich. Und so ist ihm eine Geschichte der Musik in dem knappen Rahmen der *Teubnersammlung* nicht eigentlich gelungen. An allen Orten empfindet man ein Zuwenig, weil man schon nach den ersten Seiten weiß, daß der Autor erheblich mehr zu sagen hat und auch sagen möchte. Umgekehrt sind zum Beispiel die letzten, anstandshalber hinzugefügten Seiten über die neueste Zeit überflüssig. Ausgezeichnet ist dagegen der 2. Band; die Beispielsammlung zur ältern Musikgeschichte. Aus dem 13. bis zum 18. Jahrhundert ist eine Anzahl Musikstücke genommen, dazu sind kurze, vortrefflich charakterisierende Er-

klärungen gegeben. Die Beispiele sind sehr gut gewählt, es sind leichtverständliche, schöne Sätze. Hier ist vieles und Greifbares gegeben; es wäre nur zu wünschen, daß diesem Bändchen noch weitere, zeitlich und sachlich ergänzende zur Seite gestellt würden. ◊ Der *Engelhornsche* Verlag in Stuttgart hat in den letzten Jahren eine ganze Anzahl ausgezeichnete Büchlein in der Sammlung *Musikalische Volksbücher* erscheinen lassen. Auch der Band *Edgar Istels* *Bizet* und *Carmen* ist eine wertvolle Bereicherung. Jeder kennt *Carmen*. Und so ist es ein recht glücklicher Gedanke in einem Volksbuch über *Bizet* alles um dies Hauptwerk herum zu ordnen. Mag der Historiker gegen die Methode gelegentlich Bedenken empfinden, mag er glauben, daß über *Bizet* als Persönlichkeit in manchem Sinn zu wenig gesagt wird, und mag er auch *Istels* *Carmenausdeutung*, die sich freilich ganz hoch über die allgemein übliche erhebt, noch nicht für das letzte Wort halten, so bleibt es doch ein flüssig geschriebenes, interessantes Buch, das jeder Verehrer der *Carmenpartitur* (und welcher musikalische Mensch wäre das nicht?) lesen sollte. ◊ Die Abteilung Musik in *Jedermanns* Bücherei /Breslau, *Ferdinand Hirt*/ gibt *Johannes Wolf* heraus, und er scheut sich erfreulicherweise nicht etwas Konzentration von seinen Lesern zu fordern. Der Band *Akustik* von *Karl Erich Schumann* ist kein ganz leichtes, aber ein äußerst klares und prägnantes Buch. Die Erfordernisse des Rundfunks vor allem veranlassen heute äußerst rege Tätigkeit der Akustiker. Sicherlich werden die akustischen Probleme, die bei der Technik des Rundfunks eine Rolle spielen, bald von weiteren Kreisen beachtet, die Beschäftigung mit akustischen Fragen wird allgemein werden. Das Buch *Schumanns* ist hierfür eine äußerst empfehlenswerte Vorbereitung. ◊ Ein anderer Band der selben Sammlung ist *Musik in Frankreich* von *Theodor Wilhelm Werner*. Es wäre kaum ein Nachteil gewesen, wenn *Werner* in Anbetracht des kurzen Raums auf die Musik des 19. Jahrhunderts ganz verzichtet hätte. Was er dort sagt, ist uns nicht fremd, und er hätte noch ein paar Seiten gewonnen, um über die bei uns fast ganz unbekanntere ältere französische Musikgeschichte in seiner klaren Weise sprechen zu können. Ein Urteil über die sachliche Exaktheit des Buches kann von dem Bearbeiter dieser Rundschau nicht abgegeben werden, aber er hat es mit größtem Interesse gelesen und wünscht ihm weite Verbreitung.

KULTUR

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

Schippel †

In Max Schippels wirtschaftspolitischer Arbeit haben agrarische Probleme von jeher eine besondere Stellung eingenommen, denn gerade in der Agrarpolitik hatte sich die Sozialdemokratische Partei infolge ganz schematischer Übertragung vermeintlich marxistischer Theorien auf die Landwirtschaft jahrzehntelang vollkommen festgelassen. Er war der erste, der sich gegen den bis vor kurzem und auch teilweise jetzt noch in vielen Köpfen der Sozialdemokratie spukenden Agrarliberalismus wandte und für eine staatliche Beeinflussung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte eintrat. Er zeigte schon um die Jahrhundertwende in den Sozialistischen Monatsheften, wie falsch es gerade auch vom Standpunkt der Arbeiterklasse sei der Landwirtschaft und ihrer Preisbildung gegenüber einseitige Konsumenteninteressen wahrzunehmen. Gewiß hat der Arbeiter ein höheres Realeinkommen, je billiger er seine Lebensmittel kaufen kann. Zugleich aber ist er an der Kaufkraft der Landwirtschaft für Industrieprodukte interessiert, denn eine Minderung des Absatzes industrieller Waren an die Landwirtschaft bedeutet nicht nur eine Schädigung des Unternehmers sondern auch eine Bedrohung des Arbeiters. Gemäß dieser Grundauffassung nahm Schippel in positivem Sinn Stellung zu den Agrarzöllen. Ihm schwebte eine planmäßige stabilisierende Beeinflussung der Preise vor. Er war gegen Übersteuerung, aber für gleichmäßige Regulierung der Agrarproduktpreise. Deshalb erkannte er das grundsätzlich Sozialistische am Antrag Kanitz, der früher in der Partei als Ausgeburt des "Brotwuchertums" verdammt wurde, für den gar einzutreten strikter Parteiverrat war, bis der ihm wesensgleiche Vorschlag Jaurès' in Frankreich den Sozialisten aller Länder allmählich die Augen öffnete. Schippel war es, der nunmehr konsequent vom Antrag Kanitz-Jaurès sprach und so bewirkte, daß man allmählich auch in der deutschen Sozialdemokratie den Schrecken vor der Stabilisierung der Getreidepreise verlor, die dann nach dem Krieg sowohl im englischen als auch im österreichischen sozialistischen Agrarprogramm als Forderung aufgenommen wurde. Den nachdrücklichen Hinweisen Schippels auf diesen grundsätzlichen Fortschritt der handelspolitischen Auffassung in Österreich vor allem ist es mit

zu danken, daß im letzten Jahr auch in Deutschland die Sozialdemokratische Partei in ihrem Agrarprogramm die Forderung der Getreidepreisstabilisierung durch ein Außenhandelsmonopol mit aufgenommen hat.

Ähnlich wie Arthur Schulz in dem Jahrzehnt vor dem Krieg gegen die auf die Landwirtschaft übertragene Konzentrationstheorie Sturm lief und neue Agrarauffassungen begründete, ohne jedoch den äußeren Erfolg der Anerkennung seiner Theorien durch die Partei erleben zu können, war Schippel der Vorkämpfer für die Umstellung in der agrarischen Handelspolitik und für die Erkenntnis der Interessensolidarität zwischen Arbeiter und Bauern. Er hat den Boden bereitet, aus dem das Agrarprogramm der deutschen Sozialdemokratie erwuchs, das noch ein Jahr vor seinem Tod von der Partei in Kiel angenommen wurde, und das, so unvollständig es vorläufig noch sein mag, doch den Beginn einer wirklichen sozialdemokratischen Agrarpolitik darstellt.

Stickstoffverbrauch

Seit langem sind die außerordentlichen Unterschiede der landwirtschaftlichen Intensität in Deutschland bekannt. Neben außerordentlich fortschrittlichen, mit allen technischen Schikanen intensiv bewirtschafteten Betrieben haben wir noch recht rückständige landwirtschaftliche Betriebe, deren Wirtschaftsart sich kaum von der vor 50 Jahren üblichen unterscheidet. Diese Intensitätsunterschiede aufzuzeigen ist besonders wichtig, wenn man die in der Landwirtschaft noch nicht erschlossenen Produktionsreserven feststellen will. Man kann bei solchen Berechnungen jedoch nicht von den tatsächlichen Betriebsergebnissen aller 3 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland ausgehen sondern muß sich an die in größeren Bezirken statistisch festgestellten Ernteergebnisse und Aufwandszahlen halten. Unter diesen hat eine besondere Bedeutung die Statistik der Maschinenverwendung und, noch mehr, der künstlichen Düngerverwendung. Bis vor kurzem hat nur das Kalisyndikat eine regionale Kaliverbrauchsstatistik für kleinere deutsche Verwaltungsbezirke herausgegeben. Neuerdings gab nun auch für den wichtigsten aller landwirtschaftlichen Kunstdüngemittel, den Stickstoff, das Konjunkturinstitut unter Zuhilfenahme der Statistik des Stickstoffsyndikats eine genaue Berechnung über den dem Acker durch Kunstdünger, durch tierischen Mist und durch Gründüngung

zugeführten Stickstoff für Regierungsbezirke heraus. Diese Arbeit brachte ganz außerordentlich interessante Ergebnisse. Sie hat einmal gezeigt, daß auf einen Hektar Acker in extensiven Gebieten (Süddeutschland, besonders Bayern, und Ostpreußen) nur 6 bis 7 Kilogramm Kunststickstoff verwendet werden, während in intensiven Gegenden (Braunschweig, Regierungsbezirk Düsseldorf) ungefähr 45 Kilogramm, also ungefähr 7mal so viel, an Kunstdüngerstickstoff dem Acker zugeführt wird. Diese kolossalen Unterschiede der Düngungsintensität werden freilich dadurch etwas gemildert, daß die Zufuhr von im Stallmist enthaltenem Stickstoff in den kleinbäuerlichen Wirtschaften Süddeutschlands pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche größer ist als im übrigen Deutschland. Rechnet man die gesamte von den Pflanzen ausnutzbare Stickstoffmenge pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche zusammen, so kommen wir in den intensivsten Bezirken auf zirka 43 Kilogramm ausnutzbaren Stickstoff pro Hektar Acker, in den extensivsten Bezirken auf zirka 10 Kilogramm. Also auch hier das Verhältnis 1:4. Bei dieser Berechnung mußten Durchschnittszahlen genommen werden, die sich aus starker und schwacher Düngung im Einzelfall zusammensetzen. Man kann diese Zahlen auch so auslegen, daß in den extensiven Bezirken nur ungefähr ein Viertel der landwirtschaftlichen Fläche voll mit Stickstoff gedüngt wird.

Auf Grund dieser enormen regionalen Schwankungen der Stickstoffdüngung lassen sich annähernde Berechnungen über die durch gesteigerte Düngung erzielbaren Mehrerträge anstellen. Das Konjunkturinstitut kommt bei dem Versuch einer solchen Berechnung, wobei die vorläufige Steigerungsmöglichkeit der Stickstoffzufuhr allerdings viel zu niedrig, auf nur 150 000 Tonnen, angesetzt wurde, bei einem bisherigen Kunststickstoffverbrauch von 400 000 Tonnen, zu einer Steigerungsmöglichkeit der deutschen Ackerproduktion in einer Höhe von 2 Millionen Tonnen Getreide. Da das Konjunkturinstitut außerdem berechnet hat, daß nur die Hälfte der bisherigen Ertragssteigerung auf gesteigerte Kunstdüngerzufuhr zurückzuführen ist, ergäbe sich, selbst bei der geringen Steigerung der Stickstoffzufuhr, wie sie das Institut seiner Berechnung zugrunde legte, eine Produktionsreserve von 4 000 000 Tonnen Getreide. Nach dem Urteil zahlreicher Sachverständiger kann aber die Stickstoffzufuhr in Deutschland, wenn die

ganze Landwirtschaft rationell betrieben wird, nicht um 150 000 sondern um ungefähr 4- bis 500 000 Tonnen gesteigert werden. Es ergeben sich hieraus Steigerungsmöglichkeiten der Ackerproduktion nicht von 4 sondern von mindestens 10 Millionen Tonnen Getreide, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß nicht die gesamte Produktionssteigerung auf das Getreide sondern zum mindesten zur Hälfte auf andere Früchte entfallen muß. Wertmäßig betragen diese Steigerungsmöglichkeiten mindestens 2 bis 3 Milliarden, einschließlich der auf der gesteigerten Ackerproduktion aufgebauten vergrößerten Viehhaltung jedoch 3 bis 4 Milliarden. Um die Produktionsreserven auszuschöpfen, wird es allerdings noch einer langjährigen und mühseligen Arbeit auf dem Gebiet der bäuerlichen Aufklärung und Bildung bedürfen.

Produktionswert Zum erstenmal nach dem Krieg sind jetzt einwandfreie Berechnungen über den Produktionswert der Landwirtschaft vom Institut für Konjunkturforschung herausgegeben worden, die ein klares Bild von dem Erzeugungswert der verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweige geben. Die Berechnungen sind für die 3 Wirtschaftsjahre 1924 bis 1927 durchgeführt worden und kommen zu einem durchschnittlichen Jahreswert der Ackerproduktion von 4 275 462 000 Mark. Der Wert der tierischen Erzeugnisse wird mit durchschnittlich 8 381 430 000 Mark berechnet. Der Gesamtwert beträgt demnach 12 656 893 000 Mark. Von diesem Produktionswert, dem Erzeugerpreise zugrunde gelegt, und bei dessen Berechnung die in der Viehhaltung veredelten Ackererzeugnisse abgesetzt sind, müssen die Ausgaben der Landwirtschaft für Maschinen, Gebäude, Kraftstoffe, Kunstdünger, Futtermittel usw. in Höhe von 3 235 908 000 Mark abgezogen werden. Man gelangt dann zu dem volkswirtschaftlichen Reinertrag der Landwirtschaft von 9 420 984 000 Mark. Besonders interessant sind von den Einzelberechnungen die Wertberechnungen aus der landwirtschaftlichen Schweinehaltung. Sie geben ein deutliches Bild von dem verheerenden Ausmaß der landwirtschaftlichen Preisschwankungen. Während noch im Jahr 1925-1926 16,97 Millionen geschlachtete Schweine einen Geldwert von 2810 Millionen Mark hatten, ging im nächsten Jahr, obwohl die Schlachtungen der Schweine auf 18,99 Millionen stiegen, der Geldwert auf 2580 Millionen Mark zurück. Einer um 2 Mil-

tionen Stück gesteigerten Anzahl von geschlachteten Schweinen steht also ein um 230 Millionen Mark geringerer Rohertrag gegenüber. Da zugleich die Ausgaben für Schweinefutter im gleichen Jahr um 300 Millionen stiegen, sind die Gesamtverluste der Schweinemäster im Jahr 1926-1927 noch wesentlich größer.

Schweineexport Die Schweinebaisse der letzten Jahre, die bis zum Mai dieses Jahres dauerte und der Landwirtschaft große Verluste brachte, hat zu einer vielseitigen Erörterung der Möglichkeiten die niedrigen Schweinepreise zu heben geführt. Das Reichsernährungsministerium erwog den Plan in einem großen Umfang Schweine aufzukaufen, sie einzufrieren und nach Steigerung der Schweinepreise, die nach der Prognose Arthur Hanaus (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 89 und folgende) im Juni 1928 zu erwarten war, auf den Markt zu werfen. Vermutlich wegen organisatorischer Schwierigkeiten wurde dieser Plan nicht ausgeführt. Man verlangte dann in der Landwirtschaft, daß durch Erweiterung des Einfuhrscheinsystems auf die Einfuhr von Schweinen und Schweinefleisch der Export von Schweineerzeugnissen ermöglicht und dadurch der Markt entlastet werde.

Die Ausfuhr von Schweinefleisch, vor allem von Bacon nach England, ist ein alter, nicht erst jetzt geäußelter Wunsch der nordwestdeutschen Schweinemäster. Diese befinden sich in der selben Wirtschaftslage wie Dänemark, dessen Landwirtschaft in erster Linie von der Baconausfuhr nach England lebt. Nur konnten sich die nordwestdeutschen Landwirte bisher nicht an der Belieferung des englischen Markts beteiligen, weil der Zoll auf Futtermittel, nämlich auf Futtergerste und Mais, eine so erhebliche Vorbelastung des deutschen Schweinemästers bedeutet, daß eine Konkurrenz mit der dänischen Landwirtschaft ausgeschlossen ist. Zu 1 Zentner Schwein braucht man ungefähr 5 Zentner Futtergerste, zu 1 Zentner Bacon ungefähr 7½ Zentner Futtergerste. Der dänische Schweinemäster hat gegenüber dem deutschen Schweinemäster einen Vorteil von zirka 10 Mark pro Zentner Schwein. Um die deutsche Landwirtschaft auf die selbe Produktionskostenbasis zu stellen, ist es notwendig die Schweineausfuhr in den zollfreien Veredlungsverkehr mit einzubeziehen, was allerdings nach den bestehenden Gesetzen nur in der Form möglich ist, daß man bei der Ausfuhr von Schweineerzeugnissen Einfuhrscheine

zum zollfreien Bezug einer für die Herstellung der ausgeführten Menge Schweinefleisch notwendigen Menge Futtermittel ausstellt. Voraussetzung, daß diese Einfuhrscheingewährung nicht zu einem unerwünschten Dumping deutscher Schweine auf dem Auslandsmarkt auf Kosten der Staatskasse führt, ist, daß der Wert der Einfuhrscheine genau dem Wert der zur Schweinemast des ausgeführten Schweinefleisches eingeführten Futtermittel entspricht. Wird er niedriger bemessen, so bleibt eine Exporterschwerung bestehen; wird er höher, so bedeutet das eine Exportprämie aus Steuermitteln zugunsten der ausländischen Verbraucher oder des Handels. Nach früheren vergeblichen Versuchen einen deutschen Schweineexport durch handelspolitische Maßnahmen zu ermöglichen ist vor kurzem unter dem Druck der niedrigen Schweinepreise das Einfuhrscheinsystem auf Schweineerzeugnisse erweitert worden. Und zwar wurde der Wert des Einfuhrscheins so hoch bemessen, daß jeder Zentner ausgeführter Schweineerzeugnisse über die Zollrückvergütung hinaus mit 4 bis 5 Mark prämiert wird. Sicherlich kann die hieraus entstehende Belastung von der Reichskasse getragen werden, solange der Export nur geringen Umfang hat. Diese handelspolitische Ermöglichung der Schweineausfuhr ist jedoch nicht die einzige Vorbedingung für die gesunde Entwicklung des deutschen Baconexports. Baconschweine müssen ganz besondere Eigenschaften haben, müssen sehr sorgfältig gefüttert sein und einer einheitlichen Rasse angehören. Es wird notwendig sein, so wie es in Dänemark geschieht, besondere Baconschweinezuchten einzurichten. Das heißt, es müssen, da das Baconschwein eine Kreuzung zwischen Yorkshirebern und Landschweinen ist, von einer zentralen Stelle aus große Yorkshireber- und vielleicht auch Landschweinezuchten eingerichtet werden. Es würde genügen, wenn auf 1 bis 2 Gütern große Yorkshirezuchten und auf mehreren Gütern große Landschweinezuchten eingerichtet, und von dort aus die Schweineexportgebiete mit einheitlich gezüchteten erstklassigen Yorkshirebern und Landschweinsauen beliefert würden.

Kartoffelpreis- Das Hauptproblem der Sta-
stabilisierung bilisierung der Schweinepreise liegt in der Aufklärung der Bauern über die zu erwartende Preisentwicklung. Die Schaffung von Schweineausfuhrscheinen kann nur in sehr begrenztem Maß auf die deutschen Schweinepreise Einfluß gewinnen. Dage-

gen ist es von nicht zu unterschätzen-der Bedeutung die Schweinemast auch von der Fütterungsseite her auf möglichst stabile Grundlagen zu stellen, das heißt die Futtermittelpreise, vor allem die wild schwankenden Kartoffelpreise, festzulegen. Auch für die städtischen Kartoffelverbraucher und die Erzeuger wäre die Stabilisierung sehr erwünscht. Da diese in erster Linie von dem Ausfall der Ernte und dem Kartoffelangebot auf dem Markt abhängig sind, läßt sich eine Stabilisierung der Kartoffelpreise nur durch Transferierung von eingesäuerten oder getrockneten Kartoffeln aus einem reichen in ein armes Erntejahr durchführen. Die private Wirtschaft ist jedoch nicht imstande durch systematische Kartoffeltrocknung in reichen Erntejahren, durch Stilllegung der Trocknereien in armen Erntejahren und durch planmäßigen Verkauf der Kartoffelflocken, wenn die Kartoffelpreise über eine bestimmte Höhe steigen, durch Zurückhaltung der Kartoffelflockenvorräte, wenn sie unter eine bestimmte Grenze fallen, stabilisierend auf die Kartoffelpreise einzuwirken. Es fehlt ihr an einer zentralen Verfügung über Produktion und Absatz sämtlicher Kartoffelflockenfabriken, es fehlt ihr ferner an genügend Krediten und schließlich, was die Hauptsache ist, an der zu einem solchen Unternehmen notwendigen planwirtschaftlichen Orientierung. Neuerdings geschah ein kleiner Ansatz zu einer zentralen Beeinflussung der Kartoffelflocken- und der Kartoffelpreise durch Errichtung einer Kartoffelflockenzentrale, die Hand in Hand mit der Getreidehandelsgesellschaft arbeiten soll. Diese von der Kartoffelbaugesellschaft gegründete Zentrale will die Verwertung der in Deutschland produzierten Kartoffelflocken in eine Hand legen. Die ihr angeschlossenen Kartoffelflockenfabriken sind verpflichtet ihre gesamte für den Markt bestimmte Erzeugung an die Kartoffelflockenzentrale abzuführen. Diese gibt sie an die Getreidehandelsgesellschaft weiter. Die Getreidehandelsgesellschaft wiederum soll die Kartoffelflockenvorräte mit 50 % ihres Werts bevorschussen, hat aber dann freie Verfügung über den Zeitpunkt des Verkaufs. Sie hat nur die Aufgabe die Interessen der Trockner an günstigen Preisen zu wahren.

Mit der Gründung dieses Verwertungskartells ist der erste Schritt auf dem Weg der Kartoffelpreisstabilisierung getan. Allerdings hat dieses Kartell vorläufig rein privatwirtschaftliche Aufgaben. Es fehlen ihm sowohl der Wille

als sicherlich auch die für eine erfolgreiche Kartoffelpreisstabilisierung notwendigen enormen Kredite. Die Zentrale kann auch nicht, was zur Stabilisierung notwendig wäre, den Umfang der Trocknung in reichen und mageren Erntejahren festsetzen. Kurz, sie ist vorläufig nur ein Kartell und noch kein Kartoffelflockentrust. Es ist jedoch notwendig bereits jetzt auf die Möglichkeiten hinzuweisen dieses Kartell zu volkswirtschaftlichen Zwecken auszubauen. Denn das Zusammenarbeiten der Kartoffelflockenzentrale mit der durch öffentliche Mittel unterstützten Getreidehandelsgesellschaft gibt ihr einen halböffentlichen Charakter. Dieser soll sich aber nicht nur in der Annahme staatlicher Unterstützungen zeigen sondern vor allem darin, daß die privatwirtschaftlichen Ziele des Unternehmens dem großen volkswirtschaftlichen Ziel der Kartoffelpreisstabilisierung untergeordnet werden.

Kurze Chronik Das Preußische Landwirtschaftsministerium setzte 2 Preise für mustergültige

Bauernwirtschaften aus. Vermehrte Prämierungen mustergültiger Wirtschaften oder Felder könnten, wie das Mussolini in seiner Getreideschlacht gezeigt hat, nicht unwesentlich dazu beitragen Fortschritten der Agrartechnik raschere Verbreitung in bäuerlichen Wirtschaften zu verschaffen. ◊ Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hielt vom 5. bis zum 10. Juni in Leipzig ihre 34. Wanderausstellung ab. Man führte ausgezeichnetes Hochzucht- und Leistungsvieh aus ganz Deutschland vor und zeigte auch zahlreiche *technische Neuerungen*. So brachte die amerikanische Landmaschinenindustrie, die in diesem Jahr besonders stark vertreten war, zum erstenmal kombinierte Mähdreschmaschinen nach Deutschland. Es ist allerdings sehr fraglich, ob diese Maschinen in Deutschland eine größere Verbreitung finden können. Aufsehen erregten auch Stahlsilos, neue Milchkühlanlagen und die Getreideumpflanzmaschine, von der später noch besonders zu berichten sein wird. ◊ An der Universität Jena wurde eine Landwirtschaftliche Versuchsstation eingerichtet. ◊ Der Privatdozent *Karl Otto Müller* wurde außerordentlicher Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin. ◊ Nachdem Wilhelm Schneidewind in den Ruhestand getreten war, übernahm *Gustav Fingerling* von der Landwirtschaftlichen Versuchsstation Möckern einen Lehrauftrag über Tierernährung im Landwirtschaftlichen Insti-

tut in Halle. ◊ Der Direktor des Physikalischen Instituts an der Forschungsanstalt für Milchwirtschaft in Kiel *Otto Rahn* ist zum ordentlichen Professor für Bakteriologie am Cornell Agricultural College ernannt worden. ◊ An seinem 75. Geburtstag, am 1. Februar, wurde der Zoologe *Bruno Dürigen* von der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule, unter deren Lehrern er seit 20 Jahren wirkt, zum Doktor honoris causa ernannt. Das Spezialgebiet dieses Gelehrten ist die Geflügelkunde. Weit über Deutschland hinaus studiert man seine Werke; Katechismus der Geflügelzucht /1890/, Leitfaden der Geflügelzucht /1911/, Kennzeichen der Hühnerrassen /1893/, Gänse, Gänsefleisch, Gänsezucht /1916/. Dürigen arbeitete auch am Illustrierten Landwirtschaftslexikon und am Sammelwerk Tierheilkunde und Tierzucht mit. ◊ In Göttingen feierte am 5. April *Conrad von Seelhorst* seinen 75. Geburtstag. Er ist weit über Göttingen und die Provinz Hannover hinaus durch seine Arbeiten auf dem Gebiet des Ackerbaus bekannt.

Literatur

In seiner Schrift Die deutschen Wirtschaftsgebiete in ihrer Bedeutung für die landwirtschaftliche Erzeugung und Versorgung Deutschlands /Berlin, Paul Parey/ untersucht *Paul Hesse* die wirtschaftsgeographische Bedingtheit aller landwirtschaftlichen Marktverhältnisse in Deutschland. Er berechnet unter Hinzuziehung der Handelsstatistik, der Eisenbahn- und der Binnenschiffahrtsstatistik für 18 deutsche Wirtschaftsgebiete die landwirtschaftliche Produktion und durch Kombination der Ertragsstatistik mit der Verkehrsstatistik die Ein- und Ausfuhr und den tatsächlichen Verbrauch an Agrarprodukten. In sehr instruktiven kartographischen Darstellungen stellt er sämtliche deutschen Überschuß- und Bedarfsgebiete von 1913 und von 1925 einander gegenüber. Er berechnet aus diesem Gesamtverbrauch den Prokopferverbrauch in den einzelnen Gebieten und behandelt auch kurz die Ein- und Ausfuhr von Agrarprodukten aus Deutschland. Seine Arbeit stößt auf erhebliche statistische Schwierigkeiten, die die Zuverlässigkeit der gefundenen Zahlen etwas beeinträchtigen. Unter diesem Vorbehalt ist diese mühselige Arbeit Hesses ein guter Beitrag zur Klärung der lokalen deutschen Marktverhältnisse. ◊ Der Professor für Betriebslehre in Moskau *Alexander Tschajanow* behandelt im 1. Heft der Untersuchungen des Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen zu

Berlin /Berlin, Paul Parey/ die Landwirtschaft Rußlands. Die mit guten kartographischen Darstellungen versehene Arbeit befaßt sich in der Hauptsache mit der Beschreibung der russischen Anbauverhältnisse und der Viehhaltung. Am Schluß geht sie auch kurz auf die Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe, auf die Bedeutung der Arbeit und andere landwirtschaftliche Fragen ein. So wertvoll die Darstellung Tschajanows ist, so bekommt man leider doch durch diese Schrift allein nur einen sehr mangelhaften Einblick in die russischen Landwirtschaftsverhältnisse und -probleme. Vor allem fehlt der Arbeit jede dynamische Betrachtung und jede Darstellung der großen russischen landwirtschaftlichen Probleme. Man ist über die Einseitigkeit der Untersuchung um so mehr erstaunt, als frühere Schriften Tschajanows über die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft und auch über "Sozialagronomie" recht tiefeschürfende theoretische Untersuchungen waren, die weit über die Grenzen Rußlands hinaus Verbreitung gefunden haben. Die Mängel dieser seiner neuen Arbeit dürften sich aus Umständen erklären, die durch das bolschewistische Regime bedingt sind.

Außenkolonisation / Herman Kranold

Schippel † Einen sehr großen Teil seiner Lebensarbeit hat Max Schippel den Problemen der Kolonialpolitik und der Kolonisation gewidmet. Schippel war es, der, entgegen früher üblicher Kolonialintransigenz, überhaupt erst dem deutschen Sozialismus das Grundsätzliche der kolonialisatorischen Arbeit zum Bewußtsein brachte. Von seinen Arbeiten, die in den Sozialistischen Monatsheften erschienen sind, handeln allein 34 von kolonialen Angelegenheiten, die natürlich auch in seinen anderen Artikeln, namentlich denen zu den Fragen des sogenannten Imperialismus, eine bedeutende Rolle spielen. Mit dem grundlegenden Artikel Was ist eigentlich eine Kolonie, und was ist Kolonialpolitik? (1907 II Seite 817 und folgende) begann Schippel vor 21 Jahren eine Serie, die, immer wieder unterbrochen, sich bis in die letzte Zeit fortsetzte und nun gerade zu einem einheitlichen Werk verarbeitet werden sollte. Der Tod verhinderte das. In dieser seiner Arbeit, die Schippel in den letzten Jahren als seine wichtigste empfand, stand ihm seine ausgezeichnete Kenntnis weltwirtschaftlicher Entwicklungstendenzen ebenso zur Seite wie die

Fülle des beständig von ihm aus den verschiedensten Quellen gesammelten und sorgsam gegliederten Materials. Mit besonderm Interesse verfolgte er die Stellung der verschiedenen sozialistischen Gruppen des Auslands, namentlich in den Gliedstaaten des britischen Weltreichs, zu den kolonialen Problemen, und es ist eines seiner wesentlichen Verdienste um die geistige Entwicklung des deutschen Sozialismus, daß er dem, der überhaupt lesen wollte, was er in den Sozialistischen Monatsheften schrieb, eindringlich und immer wieder zeigte, wie ganz anders die ausländischen, namentlich die britischen Sozialisten den kolonialen Fragen gegenüberstehen als die deutschen, die noch immer vorwiegend in der vulgärmarxistischen Legende befangen sind. Die Stellung Marxens selbst zu diesen Problemen hat mit dieser Legende nicht das mindeste gemein. Das große Kapitel gegen den Schluß des 1. Bandes des Kapitals bildete den Ausgangspunkt für diese wirklichkeitstreue Auffassung der Dinge bei Schippel, und es ist bezeichnend für seine Art, daß eine seiner letzten Veröffentlichungen wiederum ausdrücklich an diese Marx'schen Ausführungen anknüpfte und den Meister gegen seine vermeintlichen Schüler als Zeugen aufrief. Daß er die spezifische Art der europäischen Kolonialpolitik als einer ausbeuterischen und im letzten und diesem Jahrhundert kapitalistischen wohl durchschaute; muß das noch besonders betont werden? Aber wie er auch sonst unter den unerfreulichen Begleiterscheinungen der modernen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung den dahintersteckenden, den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus in der modernen Welt erst erschließenden Entwicklungstrieb erkannte, so hat er auch an der großen Kolonisationsbewegung der letzten Jahrzehnte diesen in die Zukunft weisenden Zug erkannt und immer wieder herausgearbeitet. Ohne sein Wirken wäre eine ständige Bearbeitung und fruchtbare Betrachtung der Kolonisationsprobleme im deutschen Sozialismus wahrscheinlich nicht möglich gewesen. Straffe Theorie, große Materialbeherrschung, dazu stets tatsächennaher Wirklichkeitssinn haben auch diesem Teil seiner Leistung im deutschen Sozialismus und für ihn unauslöschlich den Stempel aufgedrückt.

Jutekultur Gewöhnlich bildet sich, wenn sich eine koloniale Kultur als rentabel erweist, sehr bald in großem Umfang der Anbau

dieser Pflanze in neuen, dem Ursprungsland klimatisch ähnlichen Ländern heraus. Reis, Kautschuk, Mais, Gewürze, Baumwolle: die Beispiele ließen sich ohne große Mühe noch außerordentlich vermehren. Bei der Jute, deren Faser zu groben Geweben mit gewerblicher Verwendung (Säcke usw.) dient, hat sich dies aber, obwohl es sich um eine unter bestimmten Bedingungen leicht auszuführende und recht lohnende Kultur handelt, bisher nicht herausgebildet oder doch in so geringem Maß, daß man sagen kann, hier liege eine klare Ausnahme von diesem Erfahrungssatz vor. Es fehlt zwar nicht ganz an Versuchen die jute-liefernden Pflanzen in neuen Gebieten zu ziehen und zu nutzen. Als Beispiele sind Südindien (Distrikt Bimlipatam in der Präsidentschaft Madras) und Java hier zu nennen. Volkswirtschaftlich hat aber die Juteerzeugung dort, trotz allen Versuchen, keine Bedeutung erlangen können; das Produktionsmonopol des ursprünglichen Anbaugebiets in Nordostindien ist vielmehr bestehen geblieben, obwohl sehr hohe Preise seit dem Kriegsende die Erzeugung in einem früher ungeahnten Maß rentabel gemacht haben. Nach einem sehr instruktiven Aufsatz Robert S. Finlows in der ausgezeichnet geleiteten, vom Reichsinstitut für Tropische Landwirtschaft auf Trinidad herausgegebenen Zeitschrift *Tropical Agriculture*, der hier neben der schon mehrfach erwähnten indischen Agrarenquete als Hauptquelle dient, entfallen auch heute noch von der Weltjuteerzeugung 88 % auf die Präsidentschaft Bengalen und die übrigen 12 % auf die unmittelbar an diese anstoßenden Gebiete von Assam, Bihar und Orissa; dieses Gebiet erzeugte 1927 10,2 Millionen Ballen Jute, die Vereinigten Provinzen im Nordwesten Indiens, wo sich die Regierung seit einigen Jahren sehr entschieden für die Aufnahme der Jutekultur interessiert und einsetzt, 10 000 Ballen, die anderen Gebiete fallen zahlenmäßig noch erheblich weniger ins Gewicht. Es ist demnach wohl anzunehmen, daß zunächst und vermutlich auch in naher Zukunft, das Erzeugungsgbiet für die Jutekultur nicht noch weiter ausgedehnt werden wird.

Jute ist die Bastfaser der Stämme zweier, 6 bis 8 Fuß hoch wachsender Arten der Gattung *Corchorus*. Die beiden Sorten unterscheiden sich im wesentlichen darin, daß die eine mehr die Tiefebene, die andere mehr Höhenlagen liebt, und daß sie in verschieden hohem Grad gegen Überschwemmung empfind-

lich sind. Sie werden beide schon früh, nämlich zu Beginn der Blüte, geschnitten, lassen daher den Boden frühzeitig frei, so daß eine neue Kultur noch im selben Jahr darauf gesät und geerntet werden kann; als solche Zweitfrucht dienen Reis, Wasserreis (Paddy), Senf, Linsen und andere Hülsenfrüchte, Weizen und Gerste. Die Bauern können daher, wenn sie überhaupt hinreichend Land haben, um auf ihm ihren Lebensbedarf zu erzeugen, Nahrungsmittel genug für den Unterhalt der Familie ernten und haben gegenüber anderen Familien noch den Vorteil, daß ihnen der Ertrag ihrer Juteernte zum Verkauf zur Verfügung steht. Dies ist eine der wichtigsten ökonomischen Eigenschaften der Jutekultur, daß sie in aller Regel keinen besondern Kapitalaufwand für den Boden nötig macht sondern gleichsam als Nebenprodukt anderer Kulturen aufzutreten vermag. Die enorme soziale und wirtschaftliche Bedeutung dieser Kultur erhellt ferner daraus, daß die große Masse der indischen Bauern nur in ganz untergeordnetem Maß verkauft, also Geld in die Hand bekommt, und daß daher eine Kultur, die regelmäßig einen Überschuß an Bargeld liefert, im landwirtschaftlichen Leben Indiens, im Gegensatz zu europäischen Verhältnissen, etwas ganz Besonderes darstellt. Das Saatbett für die Jutekultur muß einigermaßen tiefgründig sein, bedarf aber während der Trockenheit keiner Bewässerung; das Pflügen und Eggen braucht jedoch nur oberflächlich zu geschehen, so daß einfache Werkzeuge und die schwachen indischen Rinder zu dieser Arbeit genügen. Die Saat erfolgt am besten mit der Drillmaschine, aber auch Handsaat reicht aus, wenn sie auch unnötigen Aufwand an Saatgut mit sich bringt und das später notwendige Verziehen der allzu dicht sitzenden jungen Pflanzen, das übrigens auch bei Drillsaat notwendig ist, umständlicher und langwieriger macht. Die übliche Betriebsgröße ist so begrenzt, daß die indische Familie Lohnaufwand für die Kultur nicht zu machen braucht, also unabhängig von der Lage des Arbeitsmarkts nach Zahl und Preis der Arbeitskräfte ist. Nach dem Säen muß das Feld noch einmal geeeggt und leicht glattgepreßt werden, und wenn sich während der Vegetationszeit eine Kruste auf dem Feld infolge der mit einander abwechselnden Wirkungen von Regen und Trockenheit bildet, so muß man diese abermals mit der Egge zerstören, damit die Pflanzen sich frei entwickeln können. Dann ist

bis zur beginnenden Blüte eine Zeitlang nichts zu tun, und dann folgt das Schneiden der Pflanzen in der angegebenen Höhe, meist mit der Sichel, worauf die Pflanzen zunächst zum Rotten in Wasser gebracht werden, und nach einer Reihe von Tagen die basthaltige Rinde streifenweise mit der Hand abgeschält wird. Ist der Bast dann getrocknet und zu Ballen zusammengebracht, so ist die Ernte beendet, und Feld und Arbeitskräfte können uneingeschränkt der Zweitkultur gewidmet werden. Finlow errechnet einen Reinertrag pro Acre von etwa 40 bis 45 Rupien in dem Fall, daß die Arbeitskräfte bezahlt und der Dünger wie das Saatgut gekauft werden müssen. Die Kolonialverwaltung ist sehr bemüht ertragreichere Jutearten zu züchten und hat dabei auch schon gute Erfolge erzielt. Dagegen haben alle Versuche durch Kreuzung der beiden Grundarten Sorten zu gewinnen, die die spezifische Widerstandsfähigkeit gegen Klimaschäden von beiden Arten in sich vereinigen, bisher zu keinem Erfolg geführt; die Kreuzung ergibt zwar Früchte, die Bastarde sind, aber steril. Immerhin dürfte auch ohne dies mit dem Wachsen der tropischen Produktionen und dem dadurch ständig gesteigerten Sackbedarf eine weitere Steigerung der Juteerzeugung im Heimatgebiet dieser Kultur eintreten und wesentlich zu einer Eingliederung großer Teile Indiens in die kapitalistische Geldwirtschaft führen. Bezeichnend ist auch, daß bei dieser Kultur der bäuerliche Familienbetrieb, wie bei so vielen anderen tropischen Kulturen, den anderen Betriebsformen wirtschaftlich überlegen und technisch jedenfalls ebenbürtig ist.

**Französisch
Guinea; Obst-
ausfuhr**

Der Obstanbau für die Ausfuhr in der französischen Kolonie Guinea liegt überwiegend in der Hand von Europäern, namentlich Franzosen. Das ist in den französischen Tropenkolonien eine Besonderheit; für die Mehrzahl der Exportkulturen gilt vielmehr, daß eingeborene Bauernbevölkerung der Hauptträger auch dieser Produktionszweige ist. Die vornehmlich erzeugten Fruchtarten sind Ananas und Bananen, also Fruchtarten, bei denen im Verhältnis zur Bodenfläche und dem zu deren Erwerb erforderlichen Kapital der Aufwand an Arbeit und also die Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt und von den Arbeitslöhnen gering ist. Auch in anderen Gegenden, in denen der bäuerliche Betrieb vorherrscht, sind diese beiden

Kulturen vorzugsweise Gegenstand der Arbeit großer, von europäischen Kapitalisten finanzierter und geleiteter, mit gemieteter Eingeborenenarbeit betriebener Plantagen. Die Ausfuhr geht in der Hauptsache nach benachbarten englischen Gebieten in Mittelafrrika und nach Marokko. Die Ausfuhr von Bananen ist von 1923 bis 1926 immerhin von 900 auf 2300 Tonnen gestiegen, auch bei der Ananas ist der Aufstieg unverkennbar. Die Pflanzungen liegen in Eisenbahnnahe auf leichten, tiefgründigen Lehmböden. Trotz der erst verhältnismäßig geringen Ausdehnung der Kultur machen sich aber schon jetzt Schwierigkeiten in der Beschaffung von Arbeitskräften bemerkbar, wie fast überall in Afrika da, wo sich Plantagenwirtschaft, Bergbau oder Industrie in größerem Maß oder in schnellerem Tempo entwickeln. Wahrscheinlich wegen des guten Gedeihens der bäuerlichen Eigenwirtschaft der Eingeborenen stehen für die Plantagenwirtschaft nur die weniger tauglichen Arbeitskräfte zur Verfügung, und sie erfordern einen für mittelafrikanische Verhältnisse recht hohen Aufwand an Natural- und Geldlohn. Wie überall in den französischen Kolonien ist die Aufsicht der Regierung über die Arbeitgeber ziemlich scharf, was natürlich für den Unternehmer eine weitere Betriebsverteuerung bedeutet. Immerhin sind die Erfolge auch privatwirtschaftlich so ermutigend, daß ein englischer amtlicher Sachverständiger Versuche größern Ausmaßes mit der Bananenkultur im benachbarten Sierra Leone seiner Regierung empfiehlt. Für die Ananas empfiehlt er übrigens diesen Versuch nicht; deren Anbau erscheint vielmehr auch in diesem Fall wie in anderen Fällen sehr viel problematischer als der der Banane, wohl deshalb, weil wir heute die Krankheiten und Parasiten der Ananas sehr viel schlechter zu bekämpfen wissen als die der Banane, die außerdem den Vorzug eines sehr viel größern Nährwerts pro Gewichtseinheit der Fruchtsubstanz hat und sich leichter breitere Käuferschichten gewinnen kann, da sie bequemer nach Europa zu transportieren und in kleineren Einheiten abzusetzen ist als die empfindliche und ungefüge Ananasfrucht. Übrigens läßt sich der unverkäufliche Überschuß einer besonders reichen Bananenernte leicht getrocknet verwerten, während die nicht frisch absetzbaren Erntemengen der Ananas im großen nur durch Einmachen, das heißt also mit erheblich größeren Unkosten, verwertet werden können.

Organisationen In Deutschland wurde eine *Gesellschaft für koloniale Erneuerung* begründet. In dem Arbeitsprogramm heißt es unter anderem: »Unsere Organisation setzt es sich zur Aufgabe den gesamten Kolonialgedankenkomplex zur Prüfung und Erörterung zu stellen.« Offenbar ist aber das Ergebnis der Prüfung schon vorweg festgestellt. Es heißt nämlich weiter: »Wir sind der Überzeugung, daß eine koloniale Betätigung Deutschlands notwendig ist.« Weiter findet man erfreulichere Sätze wie den: »Wenn aber die Erschließung Afrikas eine europäische Notwendigkeit ist, so wird man nicht vertreten können, daß ein wirtschaftlich und kulturell so leistungsfähiges Volk wie das deutsche bei dieser für den europäischen Kontinent notwendigen Arbeit beiseite stehen soll. Das geht nicht; denn die deutsche Arbeit wird ebenso wie die der anderen Nationen gebraucht.« Diese Auffassung der Kolonisation als einer europäischen und kulturellen Aufgabe wird man nur begrüßen können; bedauerlich aber ist es, wenn daneben allerlei merkantilistische Vorstellungen von der Sicherung des Rohstoffbezugs vorgetragen werden, oder der Wunsch ausgesprochen wird »den auswandernden Bevölkerungsüberschuß in eigene Gebiete zu leiten, um ihn so der heimischen Kultur und seinen Arbeitsertrag der eigenen Volkswirtschaft zu erhalten«. Daß der Wille zum Nachdenken, an dem man angesichts solcher Sätze zweifeln könnte, aber doch besteht, zeigt dann wieder folgendes: »Dabei erheischen namentlich die Fragen gründliche Untersuchung, ob eine Wiedererlangung eigener Kolonien möglich ist, ob der in der Theorie, aber nicht in der Praxis durchgeführte Mandatsgedanke des Völkerbundes den Weg weist, oder ob sich neue ... Formen finden lassen, unter denen größere geschlossene Gebiete vertragsmäßig auf ausreichend lange Zeitdauer Deutschland zur Verfügung gestellt werden können.« Das behandelt zwar manche, aber nicht alle grundlegenden Fragen als gelöst. Allerdings ist es sehr notwendig, daß die problematische Natur des Gegenstands der Vereinsarbeit den Mitgliedern klar werde. Da liest man: »Mit der primitiven Eingeborenenwirtschaft allein ist es nicht möglich all die Dinge aus dem afrikanischen Boden herauszuholen, die eine moderne Wirtschaft heute braucht.« Dieser Satz verrät Unkenntnis dessen, was an durchaus nicht mehr primitiver Eingeborenenwirtschaft in Afrika heute teils

besteht teils entsteht. Wir wünschen der Gesellschaft bei ihren »Prüfungen und Erörterungen« also recht guten Erfolg, gerade deshalb auch ein möglichst geringes Maß von Voreingenommenheit. Eine *Palestine Mandate Society*, eine Parallelorganisation zu den Palästina-Komitees in Deutschland und Frankreich, wurde in England unter dem Vorsitz Lord Robert Cecil's und unter Mitwirkung Lord Arthur James Balfours, James Ramsay MacDonalds, David Lloyd Georges, Philip und Ethel Snowdens, Josiah Wedgwoods und anderer Politiker aus allen 3 Parteien gebildet.

Der *Keren Kajemeth* hat eine Anleihe von 3¼ Millionen Dollars, die 20 Jahre läuft, in den Vereinigten Staaten aufgenommen. Die Hälfte der Anleihe dient der Konsolidierung der in Palästina bereits vorhandenen Siedlungen, worunter wohl die Auffüllung des ihnen zugesagten, aber noch nicht gezahlten Kapitalteils zu verstehen ist; die andere Hälfte ist für Bodenkäufe bestimmt.

Totenliste

Im Mai starb in Jamaica *Carlton Craig Gowdey*, der auf dieser englischen Insel als Fachbeamter für Insektenkunde und Insektenbekämpfung tätig war. Er stammte von der Insel Barbadoes, wurde in den Vereinigten Staaten, auf dem Massachusetts Agricultural College, ausgebildet und diente dann in seinem Fach der englischen Kolonialverwaltung nach einander in Barbadoes, Uganda und Jamaica. Seine Verdienste im Kampf gegen schädliche tropische Insekten sind bedeutend gewesen. Wissenschaftliche Arbeit hat er weniger geleistet.

Ebenfalls im Mai starb in Schweden *A. Buge Wicksell*, die Witwe des bekannten Nationalökonom Knut Wicksell, die als Mitglied der Ständigen Mandatskommission des Völkerbunds in Genf eine emsige Tätigkeit entfaltet hat.

Kurze Chronik Die Regierung des brasilianischen Staats Rio de Janeiro setzte einen Preis von 1200 Milreis für die beste Arbeit über die Ursachen und Abwehr der Mosaikkrankheit des Zuckerrohrs aus. <> Einem Aufsatz des Regierungsrats Eberhard Niedermeyer in der Kolonialen Rundschau, betitelt Togo, ein Beitrag zur heutigen Lage, seien folgende Sätze zur *Eingeborenenpolitik Frankreichs* entnommen, die in Anbetracht der Quelle vielleicht einigen in Deutschland die Augen öffnen werden: »Frankreichs Kolonialpolitik geht letzten Endes darauf hin-

aus aus den Eingeborenen seiner Kolonien gute Franzosen zu machen, die auch mit dem Herzen an ihrer neuen "Mutter" hängen. Es ist dies ein umfassender menschlicher Gedanke ... Charakteristisch für diese Kolonialpolitik ist die Eingeborenen möglichst an sich heranzuziehen ... Diese Politik beginnt damit, daß der französische Administrator bei gegebener Gelegenheit in gesellschaftlich gleichberechtigter Form mit Angehörigen bestimmter Gesellschaftsklassen der Eingeborenen seine Pfeife raucht ... sie endet schließlich in den scharfen Worten des französischen Ministerpräsidenten Poincaré, der von der Tribüne des Parlaments die menschlich enge Auffassung geißelt, daß ein Angehöriger der weißen Rasse nicht zusammen mit einem Angehörigen der schwarzen in einem Pariser Restaurant sein Abendessen einnehmen könne ... Die französische Behandlungsweise [ist] von außerordentlicher Tragweite. Strenge Strafen verhängen die französischen Kolonialgerichte gegen Weiße, die Übergriffe gegen Farbige begehen. Manche sprechen hier bereits von einer Voreingenommenheit der Gerichte. Man könnte meinen, daß Frankreich es auf eine Volksabstimmung ankommen lassen wollte, wenn einmal die Frage der Rückgabe der Mandate an Deutschland zur Diskussion steht.« <> Paraguay siedelt neuerdings systematisch *Einwanderer* aus Ostfriesland und Oldenburg, der brasilianische Staat Entre Rios unter Vermittlung der Salesianerpatres italienische Kolonisten an. In beiden Fällen werden erhebliche Unterstützungen aus Staatsmitteln gewährt. <> Argentinien hat das Gebiet der riesigen *Wasserfälle des Rio Iguazú* zum Staatseigentum gemacht; den bisherigen Landbesitzern ist eine (vergleichsweise sehr geringe) Entschädigung gezahlt worden. Der Zweck der Maßnahme ist die Einleitung des großzügigen Ausbaus der Wasserkräfte; das zugrundeliegende Gesetz bestand schon seit 1909, konnte aber erst jetzt durchgeführt werden. <> Im *brasilianischen* Staat Alto Paraná glückten die Versuche mit dem Weizenanbau. Am Rio Tapajoz in Nordbrasilien wurden erhebliche Petroleumvorkommen entdeckt.

Literatur

Die zum Beginn des 51. Jahrgangs des hier schon öfter rühmend erwähnten *Argentinischen Wochenblatts*, der Wochenausgabe des Argentinischen Tageblatts /Buenos Aires, Alemann & Co./, herausgegebene Jubiläumsschrift ent-

hält ein sehr reiches Material und ist ein schönes Denkmal des fruchtbaren Wirkens dieses verdienstvollen deutschen Blattes. \diamond In Paris erscheint seit Oktober 1927 eine sehr schön gedruckte, 10mal jährlich herauskommende Zeitschrift *Palestine*, herausgegeben vom Französischen Komitee der Freunde des Zionismus. Die ersten Hefte enthalten in der Hauptsache Beiträge repräsentativen Charakters, so unter anderen solche von Sir Herbert Samuel, Benesch, Weizmann, Albert Thomas, Charles Gide. \diamond Ferner liegt über Palästina ein vom Zentralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens stark propagiertes Buch *Alfred Wieners Kritische Reise durch Palästina* /Berlin, Philo Verlag/ vor, das heftig gegen das jüdische Kolonisationswerk in Palästina Stimmung macht, dabei in den tatsächlichen Angaben sehr ungenau ist, und auch sonst starke Voreingenommenheit des Verfassers erkennen läßt. Daß der Verlag das Buch als 1. Band einer ganzen Reihe Jüdische Siedlung und Wirtschaft anzeigt, bedeutet hoffentlich nicht, daß die weiteren Bände der Sammlung vom selben Kaliber sein werden. \diamond Sehr gut dagegen und interessant auch für den, der in Einzelfragen anderer Meinung ist, ist *Arthur Ruppins* Buch *Die landwirtschaftliche Kolonisation der zionistischen Organisation in Palästina* /Berlin, Verlag Aufbau/. Daß die gut fundierte Kritik Wilkanskis und anderer auch an den offiziellen Kreisen der Kolonisationsleitung nicht ganz nutzlos vorübergegangen ist, zeigt sich an vielen Stellen, zum Beispiel in der ruhigen Abwägung der Chancen der Milchwirtschaft, in Warnung vor Überschätzung der Plantagenwirtschaft. Andererseits teilt der Verfasser nach wie vor noch die Grundposition der offiziellen Kolonisationsleitung, wofür folgender Satz charakteristisch ist: »Der beste Schutz gegen die Konkurrenz des Auslandes für den jüdischen Siedler in Palästina ist, wenn er nur zum kleinsten Teile auf den Verkauf seiner Produkte angewiesen ist und den größeren Teil zur Befriedigung seines eigenen Bedarfs verbraucht.« Das kommt auf den hoffnungslosen Versuch hinaus die jüdische Siedlung in Palästina als Zelle der Naturalwirtschaft innerhalb einer auf Geld gestellten palästinensischen Volkswirtschaft zu etablieren. Es kann dann eben alles das, was der jüdische Siedler nicht selbst produzieren kann (zum Beispiel industrielle und handwerkliche Erzeugnisse, geistige Güter, ärztliche Versorgung usw.), nicht

oder kaum zugekauft, Zinsen und Tilgung der Leihkapitalien können nicht gezahlt werden. Das Fehlerhafte dieses Gedankengangs liegt also eigentlich auf der Hand. Leider hat er, da er die Gesamtgestaltung dieser Siedlungswirtschaft entscheidend beeinflusst, sehr erhebliche praktische Konsequenzen. Mit solcher Grundeinstellung wird die Krise, selbst wenn sie im Augenblick etwas leichter ist, nicht dauernd zu bannen sein. Auch das Bodenproblem wird infolgedessen völlig verkannt. Bestürzen muß es uns, wenn wir lesen, daß zwischen dem Keren Hajessod und den mit seinen Mitteln angesetzten Siedlern seit 1923 ohne Ergebnis über den Vertrag verhandelt wird. Die Gründe, mit denen Ruppin das zu entschuldigen sucht, sind leeres Gerede; das muß einmal aufrichtig ausgesprochen werden. \diamond Aus dem an den zionistischen Bestrebungen interessierten Kreis stammt auch die völker- und staatsrechtlich interessante Arbeit *Manka Spiegels* *Das völkerrechtliche Mandat und seine Anwendung auf Palästina* /Graz, Leuschner & Lubensky/. Sie enthält unter anderem eine sehr wertvolle Kommentierung der einzelnen Artikel der Mandatssatzung.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Glaube und Wirklichkeit Unsere literarische und literarisch interessierte Generation steht, was den Roman anlangt, durchaus im Situationsbewußtsein des Unheimlichen: im Bann von Proust, Kafka, Döblin, Joyce. Situationsbewußtsein ist immer komplexes Wertungsbewußtsein, das heißt, die Stellung zu einem Gegenstand ist komplex, schließt das Moment der Wertung ein. Eine neutrale Beurteilung ist unmöglich, denn in dem Phänomen des Situationsbewußtseins ist auch die Distanz als beurteilender Faktor eingeschlossen. Distanz ist primär ein Verhalten zu etwas. Wo das übersehen wird, greift man die Substanz an. Halten wir also Distanz ein, so verfahren wir auch dabei nicht "neutral". Wir halten sie ein, wenn wir zu dem Roman *Georg Bernanos' Die Sonne Satans* (übersetzt von Friedrich Burschell /Dresden, Jakob Hegner/) zunächst sagen: Ein etwaiges Mißtrauen ist hier berechtigt, bleibt auch noch nach der Lektüre von 20, 30 Seiten vorhanden, bleibt, bis man schließlich das Buch zuklappt. Dem Chaos des Dämonischen, der Irrationalität des einzelnen ist hier eine Sinnerfüllung vom Reli-

giößen her gegeben. Bei Joyce gibt die "zerebrale Zentrierung", bei Döblin die monoman visionäre Kraft, bei Proust jene kraftvolle Weite der Unendlichkeit, bei Kafka der Versuch einer transzendenten Deutung des Infantilen, jenes Unheimlichen, das mit dem Wort Angst bezeichnet werden mag, eine Deutung, die letzter Ausdruck des Leidens ungestillter, nie zu begreifender Einsamkeit des einzelnen ist. Jene Eigenständigkeit wird bei Epigonen zur Manier, urwüchsige Metaphern werden da schablonisiert, und es entstehen dann ganz blutleere Zufallsprodukte, die nur Symbole eigener Eitelkeit sind. Besteht auch bei Bernanos solche Gefahr?

Es geht um die Hinwendung zum Letzten vom Existenzialen her. Inhaltliches: das Leben des Sünders und Heiligen Donissan. Die Verschlingung dieser Kategorien durchzieht auch die Teile des Buchs. Vorspiel: das Mädchen, die Versuchung, der Heilige. In das Leben dieses Priesters spielt das Leben der jungen Germaine Malorthy hinein. Die Stationen sind in den Überschriften präsent. Germaine geht an dem Unheimlichen der Sünde zugrunde, während der Priester zwischen Satan und Gott den Weg des Heiligen geht. Inhaltliche Zusammenfassungen sind banale Trivialitäten dem Werk gegenüber. Das wird hier bei diesem Ausgang deutlich. Deshalb mögen die angedeuteten Problembereiche aus der Wirklichkeit des Werks selber sprechen. Das Hereinbrechen der Schuld in die Angst des Menschen wird als existenziales Problem gesehen und von Gott her zentriert. Und wenn Bernanos von Sünde redet, redet er zugleich von der interpersonalen Wirklichkeit. Wenn in lebensphilosophischen Philosophemen das Unheimliche als abstrakte Konstruktion erscheinen mußte, so ist es bei Bernanos vollgültig legitimiert. Einzelnes: Bei der Begegnung des Abbés Donissan mit dem Satan drängt sich der Vergleich mit der visionären Höllenszene in Joyces Jugendbildnis auf. Aber solche Vergleichsmomente bedeuten keine Abwertung, da die Voraussetzungen der dichterischen Gestaltung unzugänglich bleiben.

Über den angedeuteten Problembereich hinaus ist das Buch ein Beitrag zur Frage der Irrationalität des einzelnen. »Jeder von uns (ach, würden Sie Sich doch die Worte eines alten Freundes merken!) ist irgendwie bald ein Verbrecher bald ein Heiliger.« (Die unangebrachte Verwendung des Modeworts irgendwie durch den Übersetzer stört, aber man kann das übersehen.) Diese

dualistische Spaltung ist jedoch zugleich der Ausdruck des immer gegebenen Widerspruchs zwischen Einzelem und Umgebung. Dieser Komplex der zwischenmenschlichen Beziehungen ist durch Reflexion nicht aufzulösen. Er bedeutet ein Stück Wirklichkeit mit eigenständiger Struktur, deren Verschlingung man innewird, ohne daß man sie ordnen könnte. Die Überwindung, die Bernanos gibt, heißt Glaube.

Die Vielfältigkeit, die verwirrende Ungeheuerlichkeit der unheimlichen Spannungen nimmt den Leser mit und reißt ihn bis zum Zerreißen auf. Die Gestaltung Bernanos' ist keine Pathetik, keine enthusiastische Übersteigerung, sondern kraftvoller eindringlicher Realismus. Das plastische Ausdrucksvermögen mag durch ein Beispiel verdeutlicht werden. »Über ihnen ragte die hohe Kirche in die unvergleichlich lebendige, klare Nacht. Man hörte die genagelten Schuhe des Mesmers drinnen über die Steinfliesen schleifen.« Und die letzten Sätze vom Ende Germaine Malorthys vergißt man nicht. In der Bändigung der Sprache liegt mit ein Stück Gestaltung des Strotzenden, bluthaft Unheimlichen. Diese Realistik ist genuine Kraft. Und trotzdem läge die Gefahr der Sensation nahe. Denn die Lösung eines solchen Themas ist in jeder Abwandlung eine Rechenschaftslegung über Eigenstes, ist Bilanz, die nur als Bekenntnis Sinn zu haben scheint. Bei Bernanos klingen Sünde und Glaube in der Überwindung des Dämonischen zusammen, das unzerreißbare Ineinander von Glauben und Wirklichkeit ist keine abstrakte Konstruktion sondern elementar erschaut. Diese Schau berechtigt vor die Öffentlichkeit zu treten.

Durch die religiöse Zentrierung sieht Bernanos jene Einheit von Glauben und Wirklichkeit, gerade auch, indem er die Momente psychoanalytisch zerlegt. Für Bernanos ist die Psychoanalyse heuristisches Prinzip. So wird man sie vom Standpunkt des einzelnen, gleichgültig welcher Zentrierung, auch werten müssen, da sie als absolute Position zur Krankheit der Krankheit wird, für deren Heilung sie sich ausgiebt. Als soziologische Komplexrechenschaft über die Individuation, nicht als "Weltanschauung", nimmt Bernanos sie auf.

Wenn man den Erfolg des Originals in französischer Sprache bedenkt, wird man davon überzeugt sein, daß es sich hier zugleich um eine eminent praktische Verkündigung für die katholische Kirche handeln kann.

Walter Braun